

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 49 · 5. Dezember 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



WIR im All

Ist Deutschland mit seiner nationalen Weltraumsicherheitsstrategie bereit für einen potentiellen Krieg der Sterne? Seite 2



Neutralitätspflicht Wenn Beamte gegen die AfD zu Felde ziehen Seite 3



Vorbild Hannah Arendt kämpfte stets gegen jeden Totalitarismus Seite 11

VON RENÉ NEHRING

SOZIALSTAAT

Es ist noch nicht sicher, wie der Streit zwischen den „Renten-Rebellen“ in der Union und der Bundesregierung am Ende ausgehen wird. Mitte der Woche zumindest hielten noch immer fast alle jungen Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU die von Sozialministerin Bärbel Bas vorgelegten Rentenpläne der Regierung „für nicht zustimmungsfähig“.

Damit droht der schwarz-roten Regierung ein halbes Jahr nach ihrem Start nicht nur eine weitere Schlappe (nach der gescheiterten Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf zur Richterinnen am Bundesverfassungsgericht). Sondern es stellt sich ganz offen die Frage nach dem Fortbestand der Koalition. Die SPD-Co-Vorsitzende Bas machte bereits die Verabschiedung ihres Gesetzentwurfes zur Bedingung für eine weitere Zusammenarbeit mit der Union.

Unabhängig davon, ob am Ende doch noch ein Kompromiss zustande kommt, wird hier einmal mehr deutlich, dass auf dem Handeln der Bundesregierung kein Segen liegt. Anstatt vor der Vereidigung von Bundeskanzler Friedrich Merz und seinem Kabinett zu klären, wohin Union und SPD unser Land in grundlegenden Fragen führen wollen, haben sie unter dem zeitlichen Druck des nahen Zusammentretens des neuen Bundestags die Kräfte darauf verwandt, schnell noch mit den Mandatsverhältnissen des vorherigen Bundestags die Schuldenbremse aufzuweichen, um dann (scheinbar) genug finanzielle Spielräume für ein behagliches Regieren zu haben, bei dem jeder Koalitionspartner das bekommen sollte, was sein Herz begehrt. Der Rentenstreit zeigt indes, dass die strukturellen Probleme der Bundesrepublik Deutschland – und das meint vor allem ihren Sozialstaat – so groß sind, dass kein noch so großes Schuldenprogramm sie verdecken kann.

In ihrem Tun und Lassen sind die Akteure der Bundesregierung Getriebene

Die Regierung ist Getriebene und Täterin zugleich

Im Rentenstreit ringen Union und SPD mit dem Erbe früherer Zeiten. Doch haben sich auch die Gestalter von heute längst an künftigen Generationen versündigt

und sündige Täter zugleich. Getrieben sind sie, weil sie wesentliche Rahmenbedingungen nicht selbst herbeigeführt haben. Das Leben über die Verhältnisse, das ein Wesensmerkmal des deutschen Sozialstaats ist, hat bereits Anfang der 1970er Jahre begonnen, als die damalige sozialliberale Koalition auf das Ende des Wirtschaftswunders und die Rezession von 1966/67 nicht mit einer Rückkehr zu den Erfolgsrezepten Ludwig Erhards antwortete, sondern mit den Irrlehren von John Maynard Keynes und anderen.

Seitdem ist nicht nur der Glaube, dass der Staat in Krisenzeiten nur genug Geld in die Hand nehmen müsse, um die Dinge wieder zum Besseren zu bewegen, unerschütterlich, sondern auch das schlechte Gewissen dahin, selbst in ungunstigen Zeiten über die eigenen Verhältnisse zu leben, solange sich nur eine Bank findet, die dem Staat für das „Weiter so“ das Geld leiht.

Immer weiter in die Sackgasse

In diesen Kontext gehört auch, dass wann immer ein verantwortungsbewusster Akteur den Mut zu echten Reformen aufbrachte, sich schnell ein Profiteur fand, der Ängste vor „sozialer Kälte“ schürte und damit erfolgreich auf Stimmenfang ging.

So wurde die Regierungserklärung von Gerhard Schröder vom 14. März 2003, in der er die „Agenda 2010“ zur Reform des Sozialstaats verkündete und offen sagte: „Wir werden Leistungen des Staates kür-

zen“, nicht nur zum Startschuss für eine fast zwanzigjährige wirtschaftliche Blütezeit unseres Landes, sondern auch zum Wiederbelebungsimpuls für längst abgehalfterte linke Staatsfetischisten. Die PDS etwa, die bei der Bundestagswahl 2002 gerade einmal vier Prozent erzielt hatte, verdoppelte ihr Ergebnis 2005 auf 8,4 Prozent, während Schröders SPD zeitgleich von 38,5 auf 34,2 Prozent absackte.

Seine ökonomisch richtigen Schritte hinderten den damaligen Kanzler freilich nicht daran, im Wahlkampf 2005 selbst zur Sozialstaatskeule zu greifen und insbesondere den Verfassungsrechtler Paul Kirchhof, der in einem unter Mitwirkung „großer“ wie „kleiner“ und „schwarz“ wie „rot“ regierter Bundesländer gebildeten Steuerkreis ein einfaches, transparentes und trotzdem sozial gerechtes Steuermodell entwickelt hatte, als elitären „Professor aus Heidelberg“ zu verunglimpfen. Da Schröder damit fast Erfolg gehabt hätte, zog seine Nachfolgerin Angela Merkel, die 2003 in Leipzig ihrer Partei gerade erst einen liberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs gegeben hatte, die Konsequenz, dass ökonomisch sinnvolles Handeln von den Wählern nicht goutiert wird.

Insofern sind die Akteure von heute tatsächlich Getriebene – Merz von einer zutiefst staatsgläubigen SPD und die Sozialdemokraten von einer inzwischen zur „Linkspartei“ mutierten PDS, die mit ihrer neuen Führung so extremistisch ist wie

nie seit dem Rücktritt von Erich Honecker vom SED-Vorsitz am 18. Oktober 1989.

Gleichwohl sind die Protagonisten in der Bundesregierung – vor allem der Kanzler, die Sozialministerin und Finanzminister Lars Klingbeil – auch Täter. Mit der Verabschiedung zur Aushebelung der Schuldenbremse haben sie sich noch vor ihrem Amtsantritt bewusst für die Fortsetzung des bequemen Lebens über die Verhältnisse entschieden – und sich damit zulasten Dritter verschworen. In diesem Fall der jüngeren Generation, der skrupellos die Rechnung für das Aufrechterhalten der Illusion von Wohlstand zugeschoben wird.

Anstatt, wie vom Kandidaten Merz noch im Wahlkampf lauthals versprochen, den Irrweg des weiteren Lebens über die Verhältnisse zu beenden und stattdessen ein Entkommen aus der sozialpolitischen Sackgasse zu suchen, fährt der nunmehrige Kanzler sehenden Auges noch tiefer in diese hinein. Das Problem an Sackgassen aber ist, dass es aus ihnen keinen Ausweg gibt – außer der Umkehr zu dem Punkt, an dem man falsch abgelenkt ist.

Für die deutsche Politik heißt das, dass sie entweder, wie von Merz im Wahlkampf versprochen, nur noch das (durchaus üppige) Geld ausgibt, was zuvor durch Steuern und Abgaben eingegangen ist – oder aber, dass der Karren namens Sozialstaat vor die Wand fährt. Da der Weg durch die Sackgasse schon eine ganze Weile anhält, dürfte letzteres eher früher als später geschehen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Schlagabtausch in den USA: Vance gegen Rubio – zwei Republikaner im Clinch Seite 6

Kultur

Geldmittel gestrichen: Potsdams Garnisonkirche gerät ins Wanken Seite 9

Die Pommersche Zeitung

Nach seiner Sanierung: Warum das Stettiner Schloss Pommern pur ist Seite 19

Heimat

Schwimmerin Anni Weydell scheiterte trotz großer Siege an nur einem Rekord Seite 18



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 49
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Nationale Weltraumsicherheitsstrategie für 35 Milliarden Euro – Bundeswehr will im All für mehr Sicherheit sorgen – Für die Bundesrepublik ist das Vorhaben historisch – Viele Projekte sind bisher nur lose angedacht

Deutschlands Krieg der Sterne

Das neue Weltraumsicherheitsprogramm soll vor Spionage schützen, abschrecken und die NATO stärken

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 19. November stellten Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) und Bundesaußenminister Johann Wadepuhl (CDU) die erste Nationale Weltraumsicherheitsstrategie (WRSS) vor. Diese soll „den zunehmend komplexen Bedrohungen in der Dimension Weltraum Rechnung“ tragen, „indem sie das politisch-strategische Fundament für die gesamtstaatliche deutsche Weltraumsicherheitsarchitektur legt“, deren Kern „die militärische Weltraumarchitektur der Bundeswehr“ sei. Als „übergeordnetes Ziel“ gilt dabei, „die Handlungsfähigkeit Deutschlands im Weltraum sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich, in Friedens- wie in Krisenzeiten nachhaltig zu sichern“.

Im Einzelnen sieht die Bundesregierung drei strategische Handlungsfelder:

1. „Gefahren und Bedrohungen erkennen, Handlungsoptionen entwickeln“;
2. „Internationale Kooperation und nachhaltige Ordnung im Weltraum fördern“;
3. „Abschreckung aufbauen, Wehrhaftigkeit und Resilienz stärken“.

Zum ersten Punkt heißt es, Russland und China hätten „in den letzten Jahren mehrfach Weltraumkriegsfähigkeiten unter Beweis“ gestellt, womit es zu einer Militarisierung des Weltraums gekommen sei. Was das im Konkreten bedeutet, drang in jüngerer Vergangenheit aus Bundeswehrkreisen nach außen. Beispielsweise kursierten Berichte über auffällige Annäherungen russischer und chinesischer Satelliten an Raumflugkörper der deutschen Streitkräfte – möglicherweise zu dem Zweck, Signale abzufangen, Kommunikationsausfälle zu provozieren oder Flugmanöver zur späteren Ausschaltung der Bundeswehrsatelliten zu proben.

„Wir sind im All nicht offensiv unterwegs. Wir werden von uns aus keinen Satelliten einer anderen Nation – weder jetzt noch in Zukunft – attackieren oder attackieren lassen. Aber wir müssen in der Lage sein, uns auch offensiv im Sinne eines Gegenschlages wehren zu können, damit unsere Satelliten geschützt bleiben oder nicht weiter beschädigt werden, wenn es zu einem solchen Zwischenfall kommt“, machte der Bundesverteidigungsminister deutlich.

Im internationalen Maßstab wiederum soll die WRSS den künftigen „deutschen Beitrag zur Unterstützung der NATO für den Fall der Bündnisverteidigung“ im All umreißen. So will die Bundesrepublik für die Schaffung eines gemeinsamen European Space Component Command (ESCC) eintreten und als „Schrittmacher in Europa“ fungieren, was die Weltraumsicherheit betrifft. Andere Länder könnten sich dann „an die Pläne der Bundeswehr anlehnen“.

Eine lange Wunschliste

Darüber hinaus heißt es in puncto Abschreckung, Wehrhaftigkeit und Resilienz: „Deutschland sichert sich den Zugang zu strategisch wichtigen Weltraumtechnologien und nutzt hierzu seine zivilmilitärische Innovationsfähigkeit“, denn „eine Abschreckung gegenüber potenziellen Gegnern funktioniert auch in der Dimension Weltraum nur durch das Vorhandensein von Fähigkeiten und dem Willen, diese einzusetzen“.

So ambitioniert, wie das Papier daherkommt, fällt auch dessen Bewertung durch das Verteidigungsministerium aus: „Insgesamt ist die erste Weltraumsicherheitsstrategie der Bundesregierung maßstabsetzend und historisch.“

Für die Umsetzung des Vorhabens bis 2035 soll die Bundeswehr 35 Milliarden Euro erhalten, zu denen sich noch weitere zehn Milliarden für zivile Institutionen gesellen, wobei die Aufstellung der ins Auge gefassten Aktivitäten diese Summe doch eher klein erscheinen lässt. Immerhin reicht die Wunschliste von der Entwicklung von Satelliten und „leistungsstarken Raketenantrieben“ über „weltraumgestützte Beiträge zur territorialen Flugkörperabwehr“ und die „orbitale Vernetzung mit Inter-Satelliten-Links“ bis hin zur Schaffung von „wiederverwendbaren Raumgleitern und Raumflugzeugen“. Dazu liefert die 48-seitige Hochglanzbroschüre zur WRSS auch gleich noch die „künstlerische Darstellung des Raumflugzeugs ‚Aurora‘ – ein deutsches

Start-up“ mit Bundeswehr-Bemalung. Insgesamt zählt die Strategie nicht weniger als 65 „Handlungslinien“ auf, von denen nicht alle bereits sehr konkret und ausgeklügelt wirken. Ausgereift dürften allerdings die Punkte „Etablierung einer Weltraumakademie der Bundeswehr (Space Defence Academy)“ und eines „Space Wargaming Centers“ sein.

Zweifel an der Umsetzung

Manche Experten wie Antje Nötzold von der Technischen Universität Chemnitz, die zur „Sicherheit und Nachhaltigkeit im Weltraum“ forscht, halten die WRSS für eine „ausgewogene und überfällige Weichenstellung“. Dahingegen wurde in den alternativen Medien Kritik laut. So schrieb „Journalistenwatch“: Die „großspurige“ Strategie „wird sich natürlich wie immer im Nichts auflösen und die Milliarden in den Untiefen der Bürokratie versinken. Ein Land, das kaum noch ein größeres Bauvorhaben ... fertigstellen kann, will nun in den Weltraum vorstoßen.“

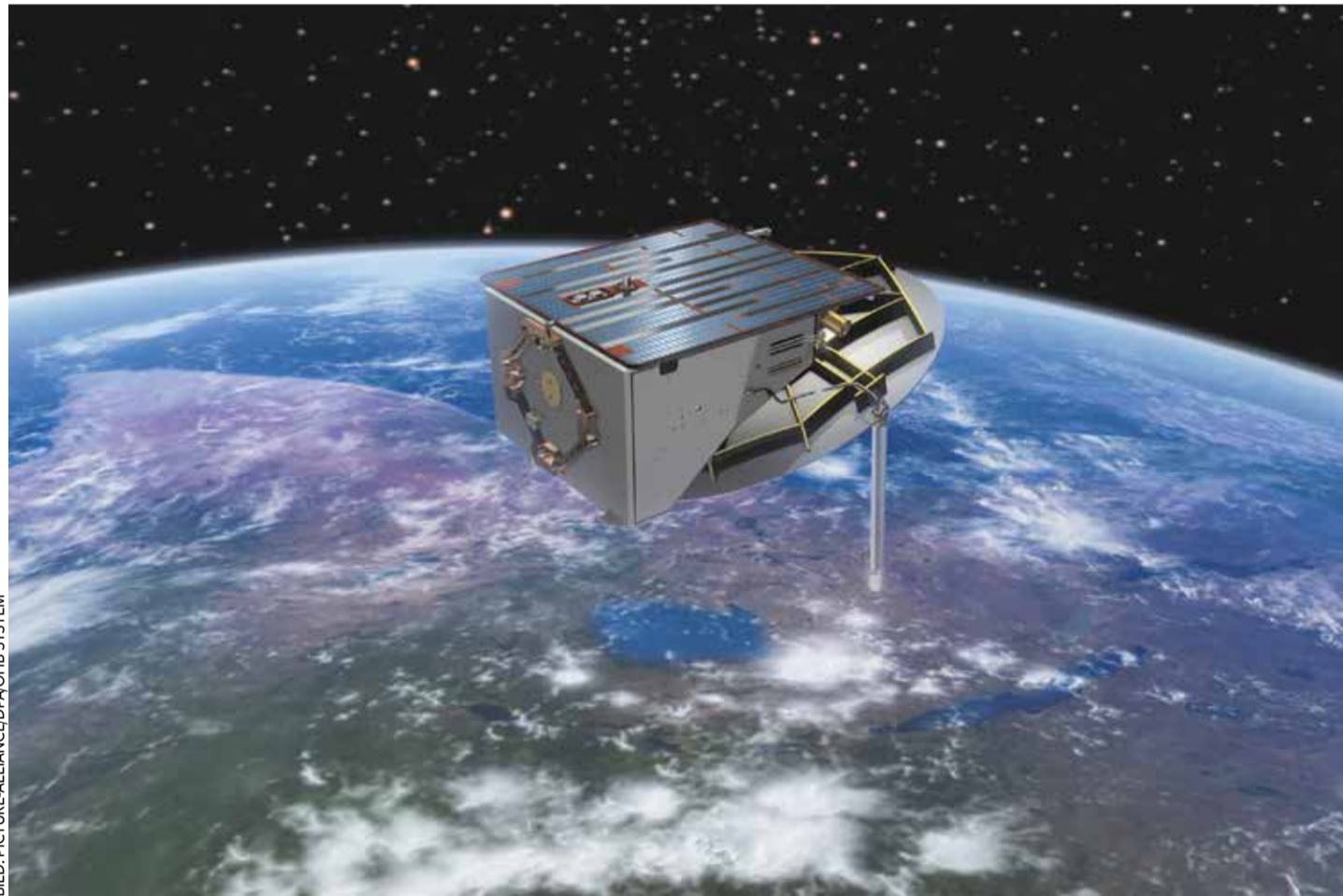


Illustration eines der fünf Satelliten des Aufklärungs-Systems SAR-Lupe. Wenn es irgendwo auf der Welt eine Krise gibt, sind Satelliten ein perfektes Werkzeug, um zu sehen, was ein Gegner plant und ob vielleicht schon Panzer rollen

BUNDESWEHR

Mit lediglich zwei Strukturen aktiv

Deutsche Aufklärungssatelliten fliegen bereits durch den Orbit – doch sie sind zu wenig, zu harmlos, zu ineffektiv und zu unzuverlässig

Der Kern der aktuellen militärischen Weltrauminfrastruktur der Bundesrepublik sind das Weltraumkommando der Bundeswehr (WRKdoBw) sowie die militärischen Weltraumsysteme.

Beim WRKdoBw handelt es sich um eine Behörde mit Sitz in Uedem am Niederrhein, die dem Kommando Luftwaffe untersteht und alle mit dem Weltraum verbundenen Aktivitäten der Bundeswehr koordiniert. Dazu verfügt das Kommando, an dessen Spitze derzeit Generalmajor Michael Traut steht, über zwei operationelle Abteilungen. Die erste und größere trägt die Bezeichnung „Weltraumlage“ und hat die Aufgabe, ein permanent aktualisiertes Bild von der Situation im erd-

nahen Kosmos zu erstellen, wobei das Hauptaugenmerk auf eventuelle Bedrohungen der eigenen Systeme durch Weltraumwaffen oder -schrott gerichtet ist. Dagegen obliegt es der zweiten Abteilung namens „Planen & Führen von Weltraumoperationen“, die sich im Moment noch im Aufbau befindet, auf der Basis der Weltraumlage militärische Aktivitäten im All vorzubereiten und zu steuern. In beiden Fällen kooperiert das seit 2021 existierende WRKdoBw mit dem Cyber- und Informationsraum (CIR) der Bundeswehr sowie dem zivilen Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR).

Zu den militärischen Weltraumsystemen der Bundesrepublik wiederum gehö-

ren momentan die fünf Aufklärungssatelliten vom Typ SAR-Lupe, die zwischen 2006 und 2008 mit russischen Raketen ins All geschossen wurden, sowie die drei Nachfolgesatelliten für das SAR-Lupe-Quintett namens SARah 1 bis 3. Deren Start erfolgte im Juni 2022 beziehungsweise Dezember 2023 mit Raketen des US-Unternehmens SpaceX, wonach es große Probleme mit den Radar-Aufklärern gab, die unabhängig von Wetterlage und Tageszeit hochauflösende Bilder von jedem Punkt der Erdoberfläche liefern sollten. Ihre Sensoren ließen sich nicht ausklappen, womit die Späher wertlos waren, bis es im Mai 2025 gelang, die mechanischen Blockaden zu lösen. Ein weiterer

„Wir beobachten, dass China und Russland sich aufstellen, um Einfluss zu nehmen ... Der Weltraum militarisiert sich.“

Boris Pistorius
Bundesverteidigungsminister

von der Bundeswehr genutzter Raumflugkörper ist der Erderkundungssatellit TANDem-X zur Erstellung von globalen Höhenprofilen. Darüber hinaus verfügt die Bundeswehr über das Kommunikationssystem SATCOMBw mit den beiden Satelliten COMSATBw-1 und -2. Diesen elf Satelliten stehen allerdings mehrere hundert russische und chinesische Militärsatelliten gegenüber. Auf der Erde platziert sind zudem das Weltraumbeobachtungsradar TIRA in Wachtberg unweit von Bonn sowie das German Experimental Space Surveillance and Tracking Radar (GESTRA) zur Ortung und Nachverfolgung von Weltraumobjekten in Koblenz-Schmidtenhöhe. W.K.

NEUES PORTFOLIO

Rheinmetall geht künftig in die Luft

Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall, der bislang vor allem Rad- und Kettenfahrzeuge fertigte, will in das Geschäft mit militärischen Erdsatelliten einsteigen. Gebaut werden sollen diese im nordrhein-westfälischen Neuss, wo 1.500 Mitarbeiter freiwerden, weil sich die Herstellung von Bauteilen für die zivile Autoindustrie nicht mehr lohnt. Rheinmetall kooperiert dabei mit dem finnischen Unternehmen ICEYE, dem weltweit führenden Lieferanten von kleinen Radarsatelliten mit Niederlassungen in Polen, Spanien, Großbritannien, Australien, Japan, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Griechenland und den USA. Die offizielle Gründung des Joint Ventures Rheinmetall ICEYE Space Solutions erfolgte erst vor wenigen Tagen, wobei mitgeteilt wurde, dass Rheinmetall 60 Prozent der Anteile hält, während auf die Finnen die Minderheit von 40 Prozent entfällt.

Der erste militärische Raumflugkörper mit einem hochleistungsfähigen Synthetic Aperture Radar (SAR), das auch unter sehr widrigen Bedingungen präzise Bilder von der Erdoberfläche zu liefern vermag, soll 2026 bereitstehen. Man erwartet, dass die Kooperationspartner in den kommenden Jahren rund 40 SAR-Aufklärungssatelliten für die Bundeswehr bauen, wobei das finanzielle Volumen dieses Großauftrages bei gut drei Milliarden Euro liegen könnte.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages muss die Beschaffungsmaßnahme zwar noch absegnen, aber angesichts der nunmehr verabschiedeten Weltraumsicherheitsstrategie und des wachsenden Bedarfes an SAR-Satelliten dürfte das eine reine Formsache sein, auch wenn die Konkurrenz von Rheinmetall sich empört zeigt und auf angeblich billigere Alternativen verweist. Die Waffenschmiede, deren Umsatz 2024 bei fast zehn Milliarden Euro lag, plant auch noch die Aufnahme der Fertigung von Triebwerken für Raketen mit einer Reichweite von bis zu 2.000 Kilometern innerhalb der kommenden zwei Jahre. W.K.

Die stille Pflicht des Staates

Angesichts des rapiden Anstiegs der AfD beteiligen sich Beamte aus dem Umfeld der etablierten Parteien immer wieder an Aktionen gegen die Oppositionspartei – und verstoßen damit gegen das für sie bestehende Neutralitätsgebot

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Am 17. November 2025 hat das Verwaltungsgericht Oldenburg in einem viel beachteten Urteil entschieden, dass ein Teil der Aussagen des ehemaligen Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Oldenburg, Johann Kühme, im Zusammenhang mit der AfD in Niedersachsen das neutrale Handeln staatlicher Institutionen verletzt. Kühme hatte die AfD im August 2023 in einem Zeitungsinterview als „Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung“ bezeichnet. Die Partei täusche „die Bürger bewusst und perfide mit ihrem Lügenkonstrukt“, um „Unsicherheiten und Ängste in der Bevölkerung zu schüren“. Damit, so der hohe Polizeibeamte, stelle sich die AfD gegen die Arbeit der Polizei, weil diese die Verpflichtung habe, dass die Bürger sich sicher fühlen können.

Es gibt ohne Zweifel Vieles, was man dem „gärrigen Haufen“ AfD – um ein Wort des Parteigranden Alexander Gauland über seine eigenen Parteifreunde aufzugreifen – vorwerfen kann. Fingerspitzengefühl und diplomatisches Geschick gehört nicht dazu, wie die Statistiken zu Ordnungsrufen in den Parlamenten oder fragwürdige Auslandsreisen beispielsweise nach Russland belegen.

Doch auch wenn man mit guten Gründen sich selbst gegen diese Partei positionieren mag, ist eine deutliche Zunahme von Ereignissen, die Verletzungen des staatlichen Neutralitätsgebots und des vom Grundgesetz geschützten Parteienprivilegs nach Artikel 21 Grundgesetz darstellen, nicht mehr zu übersehen. Der Fall Kühme ist insoweit kein Einzelfall, sondern steht vielmehr in einer langen, sich kontinuierlich vertiefenden Konfliktlinie zwischen Verfassungsrecht und Verwaltungspraxis.

Das Gebot zur Neutralität des Staates

Angesichts der aktuellen Entscheidung ist es lohnend, die Entwicklung dieses Gebots historisch nachzuzeichnen – von den frühen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bis zur jüngsten Rechtsprechung – und seine Bedeutung für eine funktionierende Demokratie neu zu beleuchten.

Neutralität als solche steht nicht im Grundgesetz. Weder „neutral“ noch „Neutralität“ tauchen ausdrücklich in den Artikeln der Verfassung auf. Dennoch hat das Bundesverfassungsgericht in langjährigen Entscheidungen ein verpflichtendes, verfassungsrechtlich schlagkräftiges Prinzip geformt – zunächst mit Blick auf staatliche Öffentlichkeitsarbeit, später erweitert auf Äußerungen von Amtsträgern, sogar im laufenden Meinungskampf im Zusammenhang mit Wahlen.

Ein Meilenstein war die Entscheidung von Karlsruhe aus dem Jahr 1966. In dieser Grundsatzentscheidung (BVerfGE 20, 56) zur staatlichen Informationsarbeit formulierte das Gericht erstmals verbindliche Kriterien für sachliche, objektive Öffentlichkeitsarbeit. Es ging darum, dass der Staat seine Bürger informieren darf – aber ohne Parteipropaganda. Die Richter verlangten einen objektiven Ton, keine einseitige Vereinnahmung.

Später, im Bundestagswahlkampf 1976, entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Bundesregierung gegen das Neutralitätsgebot verstoßen hat, weil sie mit Steuermitteln Anzeigen schaltete, die stark auf positive Regierungsleistung abzielten – und diese Druckschriften teilweise direkt in den Wahlkampf der sie tragenden Parteien (SPD/FDP) flossen (BVerfGE 44, 125). Das Gericht betonte in der Urteilsbegründung, dass die Staatsorgane „als solche“ nicht parteiergreifend zugunsten oder zulasten einer Partei werben dürften, weil damit die Chancengleichheit der Parteien und die Integrität der



Ohne Zweifel für die Neutralität des Staates: Das Verwaltungsgericht Oldenburg entschied, dass Aussagen des ehemaligen Polizeipräsidenten Johann Kühme (r.) zur AfD gegen das Gebot zum neutralen Handeln staatlicher Institutionen verstoßen

Willensbildung verletzt würden. Eine einmal an die Macht gelangte Partei soll diese Macht gerade nicht dazu nutzen dürfen, für sich selbst zu werben und sich so den Wählerwillen manipulierend von politischen Mitbewerbern abzusetzen.

In der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) wurde diese Linie später bekräftigt: 2017 formulierte Karlsruhe, das Neutralitätsgebot folge „aus dem Recht der politischen Parteien auf Chancengleichheit (Art. 21 Abs. 1 GG) ... das gilt nicht nur im Wahlkampf, sondern darüber hinaus auch für den politischen Meinungskampf und Wettbewerb im Allgemeinen.“ Erneut wird so das zentrale Prinzip betont: Der Staat darf nicht mit seiner Autorität, seinen Mitteln und seinem Gewicht im demokratischen Wettbewerb eingreifen – und zwar nicht nur vor Wahlterminen, sondern generell.

Strukturgebendes Prinzip des demokratischen Staates

Mit der Zeit hat die Rechtsprechung allerdings das Neutralitätsgebot in der Rechtsprechung zunehmend ausdifferenziert: Es ist nicht mehr eine bloße allgemeine Forderung, sondern ein strukturgebendes Prinzip mit detaillierten Anforderungen, je nach Kontext.

Der Politikwissenschaftler und Verfassungsrechtler Rainer Eckertz beschrieb in einer Analyse: „Die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung hat das Prinzip der staatlichen Neutralität schrittweise und fallbezogen zu einem verfassungsrechtlichen Maßstab ausgebildet“, es sei „bereichsspezifisch konkretisiert“.

So hat das Bundesverfassungsgericht etwa klargestellt, dass nicht nur Ministerien im Wahlkampf neutral sein müssen, sondern auch staatliche Einrichtungen wie Schulen.

Das heißt: Neutralität betrifft nicht nur parteipolitische Kommunikation, sondern auch weltanschauliche Neutralität an Bildungseinrichtungen. Das Neutralitätsgebot äußert sich insoweit auch in dem Gebot zur Mäßigung und Zurückhaltung nach § 33 Beamtenstatusgesetz. Das Gebot verlangt die Zurückhaltung auch außerhalb des Dienstes.

Eine gewisse Zwickmühle ist dabei für Beamte nicht zu übersehen: Einerseits müssen sie unparteiisch agieren, andererseits haben sie als Beamte auch eine Verpflichtung gegenüber der Verfassung selbst – insbesondere, wenn demokratische Grundwerte gefährdet werden. Das Neutralitätsgebot birgt insoweit ein Erpressungspotential, wenn politische Gegner die Pflicht zum „Schweigen“ instrumentalisieren könnten.

Beamte im Dienst der „Brandmauer“?

In den letzten Jahren hat die Bedeutung des Neutralitätsgebots durch das Aufkommen der AfD eine neue Dringlichkeit bekommen. Die staatsrechtliche Diskussion erlebt einen sprunghaften Wandel, weil immer häufiger Behördenleiter, Minister oder Sicherheitsbehörden in direkte Auseinandersetzung mit dieser Partei treten – und anschließend ihre etwaige Verletzung der Neutralitätspflicht geprüft wird. Bestes Beispiel dafür ist ein öffentlicher Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die am 6. Februar 2020 von Südafrika aus die von der AfD unterstützte Wahl des FDP-Kandidaten Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen scharf kritisierte und (mit Erfolg) die Rückgängigmachung der Wahl einforderte. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Juni 2022 die Verfassungswidrigkeit dieser Äußerung wegen Verstoßes gegen das Parteienprivileg festgestellt.

Der Staat hat,
so die Botschaft,
ein Diener
aller Bürger zu
sein, nicht
nur seiner
Machthaber

Ein aktuelles Beispiel ist ein Urteil gegen einen Hamburger Bezirksamtsleiter, der die AfD in einer Bezirksversammlung als „Bruder im Geiste von Putin“ bezeichnet und als „Feinde der Demokratie“ deklariert hatte. Auch hier stellte das Gericht eine Verletzung der Neutralitätspflicht fest.

Die Beispiele zeigen, dass die Justiz in Zeiten der gegen eine an Relevanz immer weiter zunehmenden Partei errichteten „Brandmauer“, die einen vernunftbasierten Austausch und eine abwägende parlamentarische Kooperation unmöglich macht sowie eher als gegenseitiger Treiber von Hass und Ablehnung wirkt und so immer wieder auch zu angreifbaren Handlungen von Behörden und Amtsträgern führt, heute sehr sensibel abwägen muss zwischen legitimer Meinungsfreiheit von Amtsträgern und deren Pflicht, im Amt neutral zu agieren.

Auch die Wissenschaft mag sich nicht mehr in Gänze raushalten aus dem Dilemma, der AfD zumindest indirekt beispringen zu müssen. So warnte der Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler von der Universität Oldenburg, dass öffentliche Kampfansagen des Verfassungsschutzes an die AfD parteipolitisch motiviert sein könnten und damit das Neutralitätsgebot verletzt würde.

Kritiker an dieser Auffassung wettern wiederum gegen eine zu starre Interpretation des Neutralitätsgebots. „Das alles ist ein fatales Missverständnis des staatlichen Neutralitätsgebotes: Es wird so ausgelegt, als ob es quasi keine Kritik an einer Partei geben dürfe, die in Teilen verfassungsfeindlich ist“, formuliert etwa Valerie Schönian pointiert in der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Klarstellung in Zeiten der Versuchung

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Oldenburg könnte zu einem wichtigen Markstein werden. Denn während im politischen Berlin CDU-Parteichef Friedrich Merz von seiner eigenen Jugendorganisation herausgefordert wird und die Koalition von Zerreißprobe zu Zerreißprobe eilt, beweist die Justiz, dass der Rechtsstaat keine Bühne für parteipolitische Agitation ist, sondern einen Rahmen für einen fairen, gleichberechtigten Wettstreit bietet, eine Instrumentalisierung der Justiz also nicht gesichert ist. In diesem Lichte dürfte auch die Äußerung des SPD-Innenpolitikers Sebastian Fiedler, der jüngst in einem Interview erklärte, dass Beamte auf das Grundgesetz verpflichtet sind und dann fragte, ob sie im Falle eines Wahlsiegs der AfD in Sachsen-Anhalt „Extremisten sensibelste Daten überlassen“ oder „lieber auf die Löschtaste drücken“ sollten, als Aufforderung zu Straftaten gesehen werden, die weit über Verletzungen gegen das Neutralitätsgebot hinausgehen.

Die Neutralitätspflicht ist kein Feigenblatt, sondern ein Fundament der Demokratie. In einer Zeit, in der Populismus, Polarisierung und Misstrauen wachsen, sind die Gerichte gefordert, das Gleichgewicht zu wahren: Meinungsfreiheit muss auch für Beamte möglich bleiben – den Anlass dafür dürften AfD-Politiker wohl auch in Zukunft immer wieder liefern. Andererseits ist unbedingt zu verhindern, dass der Staat selbst zum Akteur im parteipolitischen Wettbewerb wird. Dieses Prinzip wird dann auch die AfD lernen müssen, sollte sie in den kommenden Jahren in einzelnen Bundesländern an die Macht gelangen.

Die Oldenburger Entscheidung ist insoweit ein Bekenntnis für den rechtsstaatlichen Kern der Demokratie, für einen spröden und neutral agierenden Staat, der sich auf parteipolitischen Geplänkel heraushält, soweit dieses nicht selbst Gesetzesverstöße beinhaltet. Der Staat hat, so die Botschaft, ein Diener aller Bürger zu sein, nicht nur seiner Machthaber. Eigentlich sollten solche Urteile das zuletzt vielerorts weggebrochene Vertrauen in den Staat wieder stärken helfen.

MELDUNGEN

Notruf für seelische Krisen

Berlin – Die Zahl der Depressionen und Angstzustände hat seit der Coronakrise mit gut 30 Prozent deutlich zugenommen. Angehörige psychisch kranker Menschen fordern seit Langem, eine einheitliche Notrufnummer für akute Krisensituationen – etwa bei Suizidgedanken, Panik, Wut, Verwirrtheit oder körperlichen Symptomen wie Zittern oder Herzrasen – einzuführen. Die Bundesregierung prüft derzeit Möglichkeiten und die Rahmenbedingungen zur Einführung der einheitlichen Notrufnummer 113 für psychische Krisen. Speziell geschultes Personal könnte ab kommendem Jahr schnelle und anonyme Hilfe leisten, die Situation deeskalieren und notfalls lokale Krisendienste alarmieren. Im Rahmen der Reform der Notfallversorgung wird auch geprüft, inwieweit die Notrufnummern der bestehenden Krisendienste der Feuerwehr 112 und des ärztlichen Notdienstes 116117 vernetzt werden könnten. Die Finanzierung der Reform der Krisendienste aus Mitteln der Gesetzlichen Krankenversicherung ist nicht vorgesehen. **MRK**

Abwehrücke ist bald dicht

Potsdam – Die Bundeswehr beginnt im Dezember mit dem ersten Schritt zur Inbetriebnahme des neuen Flugabwehrsystems Arrow 3 auf dem Fliegerhorst Holzendorf am Standort Schönewalde. Mit dem israelischen Flugabwehrsystem erhalten die deutschen Streitkräfte erstmals die Fähigkeit zur Frühwarnung und Bekämpfung anfliegender ballistischer Flugkörper außerhalb der Erdatmosphäre. Das Arrow-3-System soll anfliegende Raketen in einer Höhe von bis zu über 100 Kilometern zerstören können. Der Bundeswehrstandort Schönewalde mit dem Militärflughafen Holzendorf liegt gut 90 Kilometer südlich von Berlin an der Landesgrenze zwischen Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Zusätzlich sind für das Flugabwehrsystem je ein Standort in Norddeutschland und in Süddeutschland vorgesehen. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sollen alle drei Arrow-Systeme im Jahr 2030 einsatzbereit sein. **H.M.**

Arche warnt vor Armut

Berlin – Das Kinder- und Jugendhilfswerk „Die Arche“ feierte 30-jähriges Bestehen. Gründer Bernd Siggelkow sagte, er hätte sich gewünscht, der Kampf gegen Kinderarmut sei inzwischen gewonnen und die „Arche“ überflüssig. Bis das gelinge, dauere es noch mindestens 30 Jahre. Nach Angaben des 61-jährigen braucht es in Deutschland fünf Generationen, um aus der Armut überhaupt herauszukommen: „Wir sind eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt. Da ist es schon sehr eigenartig, dass wir, obwohl wir kaum Bodenschätze besitzen, nicht genug in unsere Kinder investieren.“ Siggelkow weiter: „Wir ziehen sozusagen die nächste Generation von armen Menschen heran, also finanziell armen Menschen.“ Seit der Gründung im Jahr 1995 sind 35 „Arche“-Standorte entstanden, die täglich von 10.500 Jungen und Mädchen besucht werden. **H.M.**



Schoko-Weihnachtsmänner 2025: Verführerisch lecker, aber so teuer wie nie. Ähnlich sieht es bei Lebkuchen aus, für die der Handel Preise aufruft, dass einem der Nasch-Appetit ganz schnell vergehen kann

REKORDPREISE

Die süße Schoko-Inflation

Teurer Rohkakao und Missernten in Afrika versalzen uns die Weihnachtsnascherei

VON WOLFGANG KAUFMANN

Weihnachten 2025 wird für die deutschen Verbraucher zur finanziellen Zumutung, was die hohen Preise für saisonale Leckereien wie Dominosteine, Lebkuchen, Printen oder Schoko-Weihnachtsmänner betrifft. Denn diese kosten so viel wie nie zuvor. Laut einer Auswertung der Deutschen Presse-Agentur sind die beliebten Schokofiguren im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 67 Prozent teurer geworden, und Lebkuchenherzen um bis zu 60 Prozent, während der Anstieg bei Dominosteinen bei 25 Prozent lag. Gleichzeitig meldete das Statistische Bundesamt unlängst, dass eine Tafel Vollmilchschokolade nun im Schnitt 75 Prozent mehr koste als 2020, während sich Nahrungsmittel insgesamt „nur“ um maximal 37 Prozent verteuert hätten. Doch für diese „Schoko-Inflation“ gibt es gleich mehrere Gründe.

Hauptfaktor ist dabei der stark gestiegene Preis für Rohkakao. Lag dieser im Jahr 2022 noch deutlich unter 2.500 Euro pro Tonne, so wurden auch 2023 bloß moderate 3.000 Euro fällig. Doch dann gab es eine regelrechte Preisexplosion, bis Kakao im Dezember 2024 an den Rohstoffbörsen mit fast 12.000 Euro pro Tonne notierte. Anschließend fielen die Preise wieder, allerdings nur auf rund 5.000 Euro für die Tonne. Außerdem kam diese Absenkung im Laufe des Jahres 2025 nicht bei den Verbrauchern an. Das resultierte weniger aus einer vermeintlichen Gier der Hersteller und Händler als vielmehr aus den langen Lieferketten bei Kakao und aus dem Umstand, dass die Produzenten der süßen Leckereien ihre Rohstoffe Anfang 2025 einkaufen mussten, da die Herstellung von Weihnachtsartikeln bald darauf anließ.

Die Verteuerung des begehrten Rohkakaos im Jahr 2024 war die Folge anhaltender Regenfälle sowie der Pflanzen-

krankheit „Cacao Swollen Shoot“ (CSS) – gleich zwei Faktoren, die in den Hauptanbauländern Ghana und Elfenbeinküste für deutliche Ernterückgänge sorgten. Dazu kam die stagnierende Produktivität aufgrund fehlender Investitionsanreize in diesen beiden Staaten. Bis heute stammen fast drei Viertel der Kakaovernte in Westafrika von den Feldern der dortigen Kleinbauern.

Die Konzentration auf eine Region macht den Kakaomarkt entsprechend anfällig für Schocks wie beispielsweise besagtes Auftreten des CSS-Virus, das von Schmierläusen verbreitet wird und den Ernteertrag bereits im ersten Jahr um satte 25 Prozent und im zweiten Jahr sogar um 50 Prozent reduziert, bevor die Kakaobäume dann in der Folgezeit komplett absterben.

Käufer halten sich zurück

Auf die schlechten Ernten reagierten die Rohstoffbörsen außerdem mit Spekulationen

onen aller Art, wodurch die Preise noch weiter nach oben schnellten. Ansonsten klagen die deutschen und europäischen Schokoladenhersteller aber auch über unablässig steigende Lohn- und Energiekosten geopolitische Unsicherheiten, ausufernde bürokratische Anforderungen, und wachsende Aufwendungen für die Logistik. Die höheren Löhne sind dabei genau so starke Preistreiber wie die teurer gewordenen Rohstoffe, während die Energiepreise etwas weniger zu Buche schlagen.

Die Reaktion der Verbraucher auf die Preisexplosion ist in der Folge eindeutig: Sie kaufen schlichtweg weniger Kakao-Produkte. Bei Schokolade beträgt der Nachfragerückgang in der Bundesrepublik laut einer Untersuchung des britischen Markt- und Meinungsforschungsunternehmens YouGov aktuell rund 20 Prozent. Deshalb kündigten inzwischen einige Hersteller sogar Werksschließungen wegen mangelnder Auslastung an.

Während bereits feststeht, dass Weihnachten 2025 für die Verbraucher teuer wird, zielen die Prognosen für das nächste Oster- und Weihnachtsgeschäft in zwei gegensätzliche Richtungen. So erwartet die Barry Callebaut AG mit Hauptsitz in Zürich, die zu den größten Schokoladenproduzenten der Welt gehört, 2026 einen deutlichen Preisverfall – nicht zuletzt aufgrund der starken Zurückhaltung der Konsumenten, deren ganzes Ausmaß erst nach Weihnachten sichtbar werden wird.

Ebenso sagte der Rohstoffanalyst der niederländischen Rabobank-Gruppe, Oran van Dort, sinkende Preise aufgrund der intensiven Nachpflanzungen von Kakaobäumen in Westafrika voraus. Darüber hinaus verwies er auf die Bemühungen anderer Länder wie Nigeria, Kamerun, Ecuador, Brasilien und Peru, künftig in die Kakaoproduktion einzusteigen.

Weiterer Preisanstieg ist kurzfristig möglich

Allerdings bleibt die Situation unübersichtlich, was nicht zuletzt auch am Fehlen belastbarer Zahlen liegt. Manchmal meldet Ghana 30 Prozent abgestorbene Kakaobäume, und dann wieder 70 Prozent. Die Elfenbeinküste wiederum kann oder will überhaupt nicht beziffern, wie schwer das CSS-Virus zugeschlagen hat. Vor diesem Hintergrund hält das Leitmedium der deutschen Ernährungswirtschaft „Lebensmittel Zeitung“ noch einen weiteren Preisanstieg bei Schokolade von rund 20 Prozent für möglich.

KOMMUNALPOLITIK

Kiel steht vor einer heiklen Entscheidung

Stichwahl zum Oberbürgermeister: Grünen-Kandidat Yilmaz, die „Grauen Wölfe“ und der radikale Islam

In Kiel häufen sich in jüngster Zeit Hinweise auf eine starke Präsenz von Islamisten in Politik und Gesellschaft. Auch der Grünen-Kandidat für die entscheidende zweite Runde der Bürgermeisterwahl am 7. Dezember, Samet Yilmaz, hatte sich beispielsweise beim Grünflächenamt in Kiel dafür eingesetzt, dass das Fest „Türkischer Tag“ der türkisch-rechtsextremen „Grauen Wölfe“ im Sommer einen Tag länger dauern durfte.

Die Grauen Wölfe stehen als „gefährliche Rechtsextreme“ im Verfassungsschutzbericht von Schleswig-Holstein. Yilmaz war früher Leiter eines Referats im Verfassungsschutz, das unter anderem für „Extremismus mit Auslandsbezug“ zuständig ist, also auch zuständig für den türkischen Rechtsextremismus. Laut Medienberichten verlor der Grüne zeitweise

seinen Posten – möglicherweise wegen „Sicherheitsbedenken“. Die SPD in Schleswig-Holstein unter Führung der selbst türkischstämmigen SPD-Vorsitzenden Midyatli fordert eine „umfassende Aufklärung“ der Vorwürfe. Besonders kritisch: Als Verfassungsschutz hätte Yilmaz eigentlich wissen müssen, wem er im Sommer half, den „Türkischen Tag“ zu verlängern.

Yilmaz weist die Vorwürfe zurück und sieht darin eine Kampagne. Er sagte jedoch, dass er sich wegen rechtlicher, heimlich relevanter Gründe nicht zu allen Details öffentlich äußern könne. Im entscheidenden zweiten Wahlgang tritt der Grüne nun gegen den parteilosen Gerit Derkowski an, der von CDU und FDP unterstützt wird. Der SPD-Kandidat war in der ersten Runde ausgeschieden, so-

dass es jetzt insbesondere auf die bisherigen Wähler der Sozialdemokraten ankommt, wer das Rennen macht.

Erst im Mai war Kiel eine Woche lang das Zentrum von Aufritten radikaler Moslems im Studentenmilieu, die dem dortigen Verfassungsschutz nicht aufgefallen waren, sondern ebenfalls nur im Nachhinein entdeckt wurden. Die Islamische Hochschulgruppe Kiel (IHG) hatte eine „Islamwoche“ an der Christian-Albrechts-Universität (CAU) organisiert. Bei mehreren Vorträgen und Veranstaltungen sollen Männer und Frauen damals durch verschiedene Eingänge eingelassen worden sein und danach auch getrennt gesessen haben: Männer vorne, Frauen hinten, wie es auch in Moscheen üblich ist.

Ein Redner war laut Berichten Sertac Odabas von der Organisation „IMAN“,

die dem Salafismus zugeordnet wird. Teilnehmer seines Vortrages berichteten, dass während der Diskussion Fragen zu kontroversen Koranstellen kamen (etwa zur „Züchtigung der Frau“) und dass Odabas diese nicht klar verurteilte, sondern sprachlich abschwächte.

Durch Medienberichte war die Leitung der CAU auf die Vorkommnisse aufmerksam gemacht worden und hatte eine Untersuchung eingeleitet. Dabei konnten die Vorwürfe nicht ausgeräumt werden. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) forderte damals „Aufklärung und Konsequenzen“. Die schwarz-grüne Regierung wendet sich indes in ihrem Koalitionsvertrag von 2023 zwar gegen „antimuslimischen Rassismus“. Von der Bekämpfung des radikalen Islam ist in dem Vertrag dagegen nicht die Rede. **Bodo Bost**

WAHL ZUM ABGEORDNETENHAUS

Wohnungskrise als Waffe der Radikalen

Berliner Linkspartei stellt die Not der Mieter ins Zentrum ihrer Wahlkampagne 2026

VON HERMANN MÜLLER

Bei der Bundestagswahl im Februar hat die Linkspartei stark auf das Thema Wohnen und Mieten gesetzt. In Berlin holte die Partei damit rund 20 Prozent und wurde damit stärkste Kraft. Mit derselben Strategie will die Linkspartei im Herbst 2026 auch ihre Spitzenkandidatin Elif Eralp zur Regierenden Bürgermeisterin der deutschen Hauptstadt machen. Angesichts der Zustände auf dem Berliner Wohnungsmarkt erscheint es aussichtsreich, dass die Linkspartei mit radikal-populistischen Ankündigungen ein gutes Wahlergebnis einfährt.

Wie erst vor Kurzem bekannt wurde, haben sich die Angebotsmieten in Berlin in den vergangenen zehn Jahren im Schnitt fast verdoppelt. Zudem lagen die durchschnittlich geforderten Mieten in der Hauptstadt im Jahr 2024 um mehr als 50 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Zutreffend beschrieb der „Tagespiegel“ die Lage auf dem Wohnungsmarkt: „Menschen, die Berlin am Laufen halten, finden vielerorts keine bezahlbare Wohnung mehr.“

Berlin ist obendrein auch eine klassische „Mieterstadt“. Im bundesweiten Vergleich ist der Anteil von Menschen, die zur Miete wohnen, mit 84 Prozent besonders hoch. Nach Daten des Berliner Mietervereins erfüllen zudem mehr als 60 Prozent der Berliner Mieterhaushalte die Bedingungen für einen Wohnberechtigungsschein. Im Klartext heißt das: Das Einkommen ist so niedrig, dass diese Haushalte eigentlich einen Anspruch auf sozial gebundenen Wohnraum haben.

Enteignungen sollen kommen

Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft allerdings seit Jahren, der Neubau kommt nicht hinterher: Von 2019 bis 2023 ist bei gut 19.500 Wohnungen die Sozialbindung ausgelaufen – neu entstanden sind aber nur etwa 11.000 Sozialwohnungen. Die wachsende Einwohnerzahl, insbesondere durch Zuwanderung aus dem Ausland, verschärft wird das Problem auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich: „Der Zuzug aus dem Ausland stellt einen wesentlichen Faktor für die zunehmende Anspannung auf dem Berliner Wohnungsmarkt dar“, stellt auch der Mieterverein fest.



Feindbild Vermieter: Die Linkspartei hat ihr Wahlkampfthema gefunden

Bild: picture alliance/Rainer Keuenhof

Bereits Anfang November hat die Linkspartei eine große Kampagne gegen zu hohe Mieten und für einen bundesweiten Mietendeckel gestartet. Bundesweit plant die Partei an mehr als 80 Orten Mieterversammlungen und den Ausbau von Beratungsangeboten für Mieter. „Weil Millionen Menschen nicht mehr wissen, wie sie die explodierenden Mieten bezahlen sollen, haben wir einen Mieten-Notstand in unserem Land“, erklärt die Co-Bundesvorsitzende Ines Schwerdtner.

Auch Eralp stellte auf einem Parteitag Mitte November die Wohnungs- und Mietenpolitik als wichtigstes Wahlkampfthema vor: „Viele Menschen haben das Gefühl, dass unsere Stadt immer mehr zum Selbstbedienungsladen für dreiste Vermieter wird. Und Schwarz-Rot schaut zu.“ Als erste Amtshandlung nach der Wahl zur Regierenden Bürgermeisterin will Eralp für die 380.000 kommunalen Wohnungen einen Mietendeckel einführen. Angekündigt hat die Kandidatin auch, gemäß dem Volksentscheid „Deutsche Wohn-

nen & Co. enteignen“ die Verstaatlichung von großen Wohnungsunternehmen umzusetzen. Größere private Vermieter sollen zudem verpflichtet werden, jede dritte frei werdende Wohnung „bezahlbar“ zu vermieten. Verstöße sollen eine Taskforce gegen Mietwucher und ein neues Landesamt für Wohnungswesen ahnden.

Wahlrecht für Ausländer

Eralp kündigte zudem eine Luxusvillensteuer für Häuser mit einem Marktwert von mehr als vier Millionen Euro, höhere Grundsteuern und eine mögliche Vermögensteuer auf Landesebene an. Durch ein kommunales Bauprogramm sollen nach den Vorstellungen der Linkspartei in Berlin jährlich 7.500 Sozialwohnungen entstehen.

Viele Schnittmengen sehe sie mit SPD und Grünen, vor allem in der Mietenpolitik, so Eralp auf dem Linke-Parteitag. Angesichts der desaströsen Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt wird die Linkspartei mit diesem Programm vermutlich

bei einem beachtlichen Teil der Berliner Punkten können. Die Wähler müssen allerdings damit rechnen, dass sie im Huckepack unter einer absehbaren Koalition aus Linkspartei, Grünen und SPD auch eine Politik bekommen, die zur weiteren Spaltung der Gesellschaft führt.

Berlins Linkspartei hat beispielsweise bereits eine Wahlrechtsreform als politisches Ziel benannt, bei der alle in Berlin lebenden Ausländer ein Wahlrecht bekommen sollen. Hoffnungen auf weiterhin fließende Staatsgelder können sich sogenannte Nichtregierungsorganisationen und die „Zivilgesellschaft“ machen. Die Linke nennt explizit neben der „Stärkung von Kultur und Demokratie“ auch die Förderung von Medien als Ziel.

Eralp erklärte auf ihrer Parteitagsspreche im November „ein Leben frei von Diskriminierung“ zu einem entscheidenden Thema für das Zusammenleben in Berlin. „Uns geht’s nicht darum, Politik für linke Menschen zu machen, sondern linke Politik für alle Menschen“, so Eralp.

RICHTUNGSSTREIT

SPD demontiert ihre eigene Spitze

„Nicht von der Funktionärssebene mitgetragen“: Parteichefs geben sich linkem Flügel geschlagen

Zehn Monate vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus hat sich die Ausgangslage für die Hauptstadt-SPD weiter verschlechtert. Die beiden Landesvorsitzenden der Partei, Martin Hikel und Nicola Böcker-Giannini, haben am 23. November ihren Rücktritt erklärt. Beide waren erst im Mai 2024 in einem Mitgliederentscheid an die Spitze der Berliner Sozialdemokraten gewählt worden. Die scheidenden Landeschefs begründeten ihren Rücktritt mit unüberbrückbaren Differenzen mit den SPD-Funktionären der Kreisverbände.

Hikel und Böcker-Giannini berichteten, sie hätten zwar von den Mitgliedern der Partei die Autorität bekommen, allerdings wären sie auf den Widerstand der Funktionärssebene gestoßen. Dies hat sich nach Angaben der zurückgetretenen Landesvorsitzenden nicht nur bei inhaltli-

chen Themen wie der Diskussion um das kostenlose Schulesen ausgewirkt, sondern auch bei der personellen Besetzung des geschäftsführenden Landesvorstandes. Die Kursänderung, für die beide vor anderthalb Jahren bei einer Mitgliederbefragung gewählt wurden, sei regelmäßig auf „erheblichen Widerstand“ gestoßen, so Hikel. In einem Brief an die Partei erklärten Hikel und Böcker-Giannini, dass sie den „Auftrag der Mitglieder nicht mehr glaubhaft umsetzen können, da dieser Kurs, den die Mitglieder wünschen, nicht von der Funktionärssebene mitgetragen wird“.

Auf aussichtslosem Posten

Nur kurz vor der Rücktrittserklärung der beiden Co-Vorsitzenden war Böcker-Giannini in ihrem Heimatverband daran gescheitert, sich einen Listenplatz für die

Berlin-Wahl im kommenden Jahr zu sichern: „In fast jedem anderen Landesverband dieser Bundesrepublik wäre es logisch, dass die Landesvorsitzende auf Platz eins kandidiert und auch die Chance hat, ins Abgeordnetenhaus zu kommen.“ Kandidiert hatte die 50-Jährige sogar nur für den Listenplatz drei. Dabei unterlag sie in einer Kampfkandidatur ganz deutlich. Böcker-Giannini kann im September 2026 nur als Direktkandidatin in ihrem Wahlkreis Berlin-Heiligensee antreten. Der Wahlkreis ist allerdings als ausgesprochene CDU-Hochburg bekannt. Nach der Ex-Bürgermeisterin Franziska Giffey und dem Neuköllner Bezirksbürgermeister Martin Hikel ist Böcker-Giannini nun bereits der dritte prominente SPD-Politiker, der auf Kreisebene demontiert wurde.

Die SPD setzt nach dem Rücktritt der Landesvorsitzenden nun alles auf ihren

Spitzenkandidaten Steffen Krach. Er soll den Posten des Landesvorsitzenden übernehmen. Krach sieht die SPD durch den Rücktritt des Führungsduos nicht geschwächt. Der 46-Jährige erklärte, er sei optimistisch, dass man die zehn Monate bis zur Wahl gut meistern und am 20. September 2026 ein gutes Ergebnis einfahren werde.

Eine aktuelle Umfrage, die zwischen dem 13. und 17. November von Infratest dimap durchgeführt wurde, sieht die Berliner SPD allerdings mit 13 Prozent Zustimmung nur noch auf Platz fünf. Die SPD büßte damit im Vergleich zum vorangegangenen BerlinTrend im Juni einen Prozentpunkt ein. Die Berliner CDU kam auf 22 Prozent, drei Prozentpunkte weniger. Rechnerisch wären in Berlin damit nur noch Koalitionen aus drei Parteien für eine Mehrheit ausreichend. H.M.

KOLUMNE

Rätsel Berlin

VON THEO MAASS

Die im September 2026 anstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus verheißen für das linke Lager eine Wiederholung des Wahlergebnisses vom Februar 2023. Die jüngste Umfrage ergibt 48 Prozent für Rot-Rot-Grün. Gegenüber der Abgeordnetenhauswahl vom Jahr 2023 müssen sich die SPD damit zwar auf Verluste von fünf (jetzt 13 Prozent) und die Grünen von zwei Prozentpunkten (auf nunmehr 16 Prozent) einstellen. Die Verluste würden jedoch komplett an die Linkspartei gehen, die sich von zwölf auf 19 Prozent verbessern dürfte. Die SPD schlingert derzeit weiter nach links. Heute weiß niemand mehr, was er am Ende bekommt, wenn er den Sozialdemokraten die Stimme gibt.

Unter Böcker-Giannini und Hikel wollte man eher zu der alten SPD-Kernwählerschaft zurück. Das ist aber vorbei. In welche Richtung die Grünen in Berlin marschieren, ist ungewiss. Während in Baden-Württemberg die Partei neuerdings versucht, sich als autofahrerfreundlich zu verkaufen, profilierte sich die grüne Partei an der Spree mit Radwegen, Parkplatzvernichtung und Straßenumbenennungen. Werner Graf als Spitzenkandidat ist unbekannt. Die SPD scheint auf dem Feld Neid und Klassenkampf der Linkspartei hinterlaufen zu wollen.

Die CDU kann aus dieser Situation keinen Nutzen ziehen. Ihr werden mit minus sechs Prozent sogar noch schlimmere Verluste vorausgesagt als der SPD. Die Unionswähler scheinen vom Regierenden Bürgermeister Kai Wegner tief enttäuscht zu sein. Die FDP ist in den nicht mehr messbaren Raum der „Sonstigen“ abgesunken. Die AfD kann zwar mit starken Zuwächsen rechnen, aber auch sie bleibt mit 16 Prozent unter ihren Möglichkeiten. Das ist es, was Außenstehenden Rätsel aufgibt: Obwohl die Parteien des linken Lagers immer weiter nach links rücken, kann nicht einmal die Union Boden gut machen. Wegners zeitgeistige Profillosigkeit hat ihm offenkundig nichts genützt.

MELDUNG

Mehrheit gegen Olympia

Berlin – 67 Prozent der Berliner sind nach einer repräsentativen GIVEY-Umfrage gegen eine Olympia-Bewerbung der Stadt für die Jahre 2036, 2040 oder 2044. Nur 27 Prozent sind dafür. Der Senat wollte sich gemeinsam mit Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein um die Ausrichtung der Spiele bewerben. In München wünscht eine starke Mehrheit (66 Prozent), dass die Stadt sich bewirbt. Das Bündnis „NOlympia“ will am 1. Januar 2026 ein Volksbegehren gegen eine Bewerbung starten. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) wird im September 2026 entscheiden, ob sich eine deutsche Stadt um die Ausrichtung der Spiele bewerben soll – und welche. Der DOSB will erstmals seit München 1972 die Spiele ins Land holen. Am 4. Dezember will Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) dazu eine Vereinbarung unterzeichnen, die der Bewerbung ihren Segen sowie finanziellen Spielraum gibt. F.B.

● MELDUNGEN

Viele Asylsucher lügen beim Alter

Athen – Wie der griechische Minister für Einwanderung und Asyl, Athanasios Plevris, von der liberal-konservativen Nea Dimokratia, bekannt gab, lügen viele Asylbewerber, was ihr Alter betrifft, um in den Genuss von Sonderrechten für Minderjährige zu kommen. Die Regierung von Kyriakos Mitsotakis hat ein neues medizinisch-psychologisches Altersfeststellungsverfahren für Immigranten verordnet, in dessen Rahmen nun regelmäßig auch Röntgenuntersuchungen des Handgelenks erfolgen, die zu klaren Ergebnissen führen. Von den so überprüften angeblichen Minderjährigen waren fast 60 Prozent über 18 Jahre alt. Plevris kommentierte das Ganze mit den Worten, die Konsequenzen für die Betrüger seien „selbsterklärend“. Das heißt, sie werden aus Griechenland ausgewiesen. Ebenso gelten all jene, welche die Untersuchung verweigern, automatisch als volljährige Personen, die keinen Sonderstatus zu gebilligt bekommen. **W.K.**

Terroranschlag für Russland

Warschau – Nach dem Sprengstoffanschlag auf die Bahnstrecke Warschau-Lublin haben polnische Ermittler einen dritten Tatverdächtigen identifiziert und festgenommen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft soll ein Ukrainer den zwei flüchtigen Hauptverdächtigen bei der Vorbereitung des Anschlags geholfen haben. Diese sollen sich nach Weißrussland abgesetzt haben. Nach Einschätzung der Ermittlungsbehörden führten die beiden ukrainischen Staatsbürger den Sabotageakt im Auftrag russischer Geheimdienste aus. Bei dem Anschlag waren Mitte November an der strategisch wichtigen Bahnstrecke von Warschau nach Lublin Gleise durch eine Explosion zerstört worden. Da ein Lokführer rechtzeitig das beschädigte Gleis bemerkte, konnte der Zugverkehr auf der Strecke noch gestoppt werden. Als Reaktion auf den Sprengstoffanschlag hat Polen die Schließung des letzten russischen Konsulats in Danzig angeordnet. **H.M.**

EU-Beamte im Burnout-Stress

Brüssel – Auf einer Vollversammlung am 21. November haben sich Beschäftigte der EU-Kommission über extreme Arbeitsbelastungen beklagt und kürzere Arbeitszeiten, mehr Homeoffice sowie besseren Burnout-Schutz gefordert. Wie „Euractiv“ berichtet, fallen diese Forderungen in eine Phase, in der die Behörde eine interne Reform prüft, die den Beamtenapparat grundlegend verändern könnte. Die EU-Bediensteten trafen bei der Vollversammlung auf EU-Spitzenbeamte, die für diese Prüfung zuständig sind. Der für Personal und Verwaltung zuständige EU-Kommissar Piotr Serafin dämpfte dabei die Erwartungen. Er erklärte, er habe die Mitgliedstaaten gebeten, im neuen Haushaltsplan 2,500 zusätzliche Stellen für die Kommission zu finanzieren. Laut „Euractiv“-Bericht haben die Regierungen der Mitgliedstaaten diesen Vorschlag bei einer jüngsten Vorstellung im EU-Rat „fast einstimmig“ kritisiert. **H.M.**



BILD: PICTURE ALLIANCE/ASSOCIATED PRESS/ALEX BRANDON
Dass J.D. Vance (l.) der derzeit unbeliebteste US-Vizepräsident aller Zeiten und Marco Rubio aktuell der beliebteste Politiker der Trump-Regierung ist, könnte auch an ihren unterschiedlichen Sichtweisen in Bezug auf Russland und Präsident Putin liegen

FÜR ODER GEGEN PUTIN

Vance gegen Rubio – Republikaner vor Zerreißprobe

Immer wieder muss der US-Außenminister einen Balanceakt für den aktuellen Vizepräsidenten hinlegen, denn beide sehen Russland mit anderen Augen

VON JENS EICHLER

Im Gezerre um die künftige Ausrichtung der US-Außenpolitik stehen derzeit zwei Männer im Mittelpunkt: Außenminister Marco Rubio und US-Vizepräsident J.D. Vance. Aktuell liefern sie sich einen intensiven Kampf um Einfluss – vor allem in Fragen rund den Umgang mit Putins Russland.

Rubio, der als Außenminister seit Januar im Amt ist, vertritt eine harte Linie gegenüber Moskau. Immer wieder betont er, die brutale Aggression Russlands dürfe nicht mit Nachsicht und Schwäche beantwortet werden. Seine Forderung: Russland müsse mit harten Sanktionen, Unterstützung der Ukraine und unmissverständlicher Solidarisierung mit den demokratischen Ländern Europas zur Verantwortung gezogen werden.

Dem gegenüber steht Vance, der in vielen außenpolitischen Entscheidungen mitmischen will, und dies mit einer teils

geradezu russlandfreundlichen Haltung. Während Rubio mit Nachdruck warnt, dass ein Nachgeben gegenüber Russland langfristig westliche Stabilität und Glaubwürdigkeit untergraben könnte, zeigt sich Vance offen für Putins Gedankengut und ist dabei sogar offen für Zugeständnisse gegenüber Moskau. In den US-Medien wie Fox News wird Vance mit einem Kurs assoziiert, der Russland diplomatisch entlasten und geopolitische Realitäten anerkennen will – ein Ansatz, den Kritiker als gefährlich und naiv bezeichnen.

Die diversen Positionen von Rubio und Vance wurzeln dabei in grundverschiedenen Weltbildern und Herkünften. Rubio sieht in Russland nicht einfach nur einen Konkurrenten, sondern eine aggressive Autokratie, die nach eigenen Aussagen demokratische Staaten destabilisieren will. Für ihn ist Klarheit wichtig. Wer einmarschiert und Gewalt anwendet, darf nicht mit Lippenbekenntnissen abgespeist werden. Sein Credo lautet: Diplo-

matie kann nur funktionieren, wenn es eine glaubwürdige Abschreckung gibt. Zudem ist er als Kind von Exilkubanern, die einst vor dem Kommunismus von Fidel Castro flüchteten, extrem antikommunistisch eingestellt, was damit auch für Russland und seinen Präsidenten gilt, der als Ex-KGB-Agent derzeit sogar den Stalin-Kult revitalisiert.

Geschäftemacherei vor Anstand

Vance dagegen agiert eiskalt pragmatisch. Er will den Ukrainekrieg möglichst schnell beenden, um daraus – wie auch sein Präsident – wirtschaftliche Vorteile und damit gute Geschäfte zu generieren. Selbst wenn der Preis dafür Zugeständnisse an Putin sind. Für ihn steht politische Stabilität, wirtschaftliches Interesse sowie eine schnelle Rückkehr zur „Normalität“ ganz oben auf der Agenda. Zudem verhehlt er nicht eine gewisse Bewunderung für den kompromisslosen Diktator Russlands. Denn Vance ist aufgrund seiner Herkunft

auf Härte, die ohne große Diplomatie auskommt, auf Kompromisslosigkeit und Durchsetzungskraft des eigenen Willens gepolt. Putins Wirken spiegelt daher seine eigene Position und Denkweise wider.

Signale der Schwäche

All das wird derzeit auch im Rahmen der Verhandlungen um mögliche Friedensgespräche im Ukraine-Konflikt deutlich. Während Vance und sein Lager versuchen, einen Plan durchzusetzen, der Russland sehr weit entgegenkommt, intervenierte Rubio vehement: Er warnte, das vorgelegte Konzept sei kaum mehr als eine dreiste Wunschliste Moskaus. Zudem drohte er mehrfach an, die USA könnten sich aus Vermittlungsversuchen zurückziehen, sollten die Russen nicht ernsthafte Kompromissbereitschaft zeigen.

Sein skeptischer, entschlossener Kurs gegenüber Russland erscheint vielen heute als einzig machbarer Weg: Denn Russland hat mit seinem Angriff auf die Ukraine bewiesen, dass es Völkerrecht und nationale Souveränität nicht respektiert. Zugeständnisse könnten daher als Schwäche gewertet werden. Für Rubio wäre es zudem ein Verrat am Opferland Ukraine und ginge mit einer Destabilisierung Europas einher. Zusätzlich würden die USA an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie ihre Werte für kurzfristige „Friedenserfolge“ verraten. Gerade für ein Land, das sich als Garant liberaler Ordnung versteht, wäre das ein strategischer Fehler.

Doch ist der Konflikt zwischen Rubio und Vance inzwischen sogar symptomatisch für ein tieferes Ringen innerhalb der Republikanischen Partei. Auf der einen Seite stehen Trump-treue Pragmatiker, die, oft aus wirtschaftlichen Beweggründen, zu Kompromissen mit autoritären Mächten wie Russland bereit sind. Auf der anderen Seite stehen Parteimitglieder, die Werte wie Demokratie oder Menschenrechte weit über geopolitische Opportunität stellen. In dieser Zerrissenheit zeigt sich das Dilemma: Für schnelle Lösungen mag der gefühlte schmutzige Weg von Vance verlockend sein. Doch wer an Verantwortung und Prinzipien glaubt, der sieht in Rubios Kurs die einzige Option, um Glaubwürdigkeit, moralische Integrität und langfristige Sicherheit zu wahren.

Angeichts der russischen Aggressionen gibt es also gute Gründe, warum Rubio mit seiner eher harten Linie richtig liegen könnte. Milde gegenüber Putin, trotz eventuell kurzfristiger Wirksamkeit, ist keine Stärke, sondern strategische Kurzsichtigkeit. Es wird sich zeigen, welche Richtung die USA tatsächlich einschlagen. Für Europa und die demokratische Welt wäre ein kompromissloses Bekenntnis zu Freiheit und Recht aber wohl die einzige vertrauenswürdige Option.

RUSSLAND

Wie Moskaus Medien den 28-Punkte-Plan sehen

Viel Lob für Trumps Initiativen zu einem Friedensplan – Misstrauen gegenüber Kiew und EU

Wie die Berichte in den russischen „Mainstream“-Medien zeigen, wird der 28-Punkte-Plan des US-Präsidenten Donald Trump ebenso aufmerksam verfolgt wie hierzulande. In Russland, in der Ukraine, aber auch bei den europäischen Ukraine-Unterstützern mache sich Kriegsmüdigkeit breit, was den Wunsch nach Frieden fördere.

Portale wie die „Nesawissimaja gazeta“ (NG), „Lenta.ru“ oder die Zeitung „Kommersant“ loben Donald Trump für dessen 28-Punkte-Plan. Auch, dass er an die Bereitschaft Moskaus glaube, die Kampfhandlungen einzustellen und Russland keine neuen territorialen Ansprüche gegenüber Kiew stellen werde. An Trumps Ernsthaftigkeit besteht kein Zweifel, zumal er seine Vertreter Steve Witkoff und Jared Kushner nach Moskau geschickt

hat. Allerdings wird Trumps Hoffnung auf ein Treffen von Putin und Wolodymyr Selenskyj negativ beschieden, da Putin diesen nicht als legitimen Präsidenten der Ukraine anerkennt.

Während Trumps Initiativen zur Lösung des Ukraine Konflikts positiv dargestellt werden, gilt der Einspruch der europäischen Seite als Beleg dafür, dass die EU den Krieg selbst um den Preis, die Ukraine zu opfern, fortsetzen wolle, um die militärische Aufrüstung vor den eigenen Wählern zu rechtfertigen. Durch den Einspruch Kiews und Europas wurde der Plan bereits auf 22 Punkte gekürzt.

Putin zeigt sich sogar bereit, der EU schriftliche Nichtangriffsgarantien zu geben. Die Gerüchte, Russland wolle die NATO angreifen, bezeichnete er als lächerlich „Die Wahrheit ist, dass wir das

vorhatten, aber wenn sie das von uns hören wollen, na gut, dann werden wir es festhalten.“

Das Misstrauen gegenüber den europäischen „Partnern“ sitzt tief. In einer Pressekonferenz nach einer Sitzung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in Kirgisistan erinnerte Putin an die Minsker Verträge und Angela Merkels Aussage, man habe der Ukraine damit nur Zeit verschaffen wollen, um ihre Armee aufbauen zu können.

Zwar gebe es derzeit keinen fertigen Friedensvertrag, doch sei über die von Trump veröffentlichten Punkte bereits beim Treffen der beiden Präsidenten in Alaska gesprochen worden. Darauf beziehe sich der 28-Punkte-Plan, an dem neben dem Investmentbanker und USA-Kenner Kirill Dmitriew auch Steve Witkoff und

Jared Kushner teilgenommen hätten. In dem abgehörten Witkoff-Telefonat sieht Jurij Uschakow, der engste Berater von Wladimir Putin, einen weiteren Versuch, die ohnehin schwierigen russisch-amerikanischen Beziehungen zu stören.

Die US-Sanktionen nach dem Treffen in Alaska haben Putin misstrauisch gemacht. Sollte der Westen russisches Vermögen im Ausland als Reparationszahlungen für die Ukraine einbehalten, werde Russland entsprechende Gegenmaßnahmen treffen, so Putin. Laut dem russischen Präsidenten ist der Kreml weiterhin bereit, mit Washington zu verhandeln. Allerdings wird Putin von seinen Forderungen nicht abweichen, wie viele Zitate belegen. Donbass und Krim sollten bei einem Dialog mit den USA die wichtigsten Themen sein. **Manuela Rosenthal-Kappi**

VON CHRISTIAN RUDNITZKI

Noch vor wenigen Wochen stand Nepal im Scheinwerferlicht. Jugendproteste erschütterten das Land, Regierungsgebäude brannten und der Premierminister trat zurück. Heute herrscht beinahe befremdliche Stille. Während die Öffentlichkeit wegsieht, baut China seinen Einfluss aus. Nicht mit Soldaten, sondern mit Krediten, Infrastruktur, digitalen Netzen und politischen Narrativen, die das Himalaja-Königreich langfristig binden. Mit dem formellen Beitritt Nepals zur Belt-and-Road-Initiative (BRI) im Dezember 2024 hat sich Pekings Präsenz rasant ausgeweitet: mit neuen Logistikkrouen, Zollabkommen, Stromleitungen über den Himalaja, digitale Infrastruktur sowie einem umfassenden Ausbildungsprogramm für nepalesische Beamte. Besonders brisant ist das Kerung-Kathmandu Railway Project, eine transhimalajische Bahnverbindung von enormer symbolischer Tragweite. Die Kosten liegen zwischen 2,7 und 5,5 Milliarden US-Dollar, größtenteils kreditfinanziert. Allein die Möglichkeit einer direkten Schienenverbindung zwischen Kathmandu und Tibet verschiebt die geopolitische Balance.

Nepal leidet seit Jahren unter mangelnden Investitionen und hoher Abwanderung. Chinesische Projekte wirken vor diesem Hintergrund wie freundliche Entwicklungshilfe – von Krankenhäusern bis zu digitaler Infrastruktur. Doch sie zementieren faktisch Abhängigkeiten. Nepal importiert weit mehr aus China, als es exportiert. Die Schulden gegenüber Peking steigen und beliefen sich Anfang 2024 auf rund 261 Millionen US-Dollar – eine Grundlage, die sich mit neuen BRI-Krediten schnell erhöhen könnte.

Ein Blick nach Sri Lanka zeigt, wie solche Konstellationen kippen. Die Schuldenlast des Hafens von Hambantota zwang Colombo dazu, den Port für 99 Jahre an Peking zu verpachten. Auch Nepal könnte in diese Abhängigkeit geraten. Die nepalesische Opposition warnt inzwischen ausdrücklich davor und fordert Transparenz und mehr parlamentarische Kontrolle. Doch Nepals politische Bindung an China verfestigt sich. Beleg dafür ist ein Statement der nepalesischen Regierung, 2025 auf der Website ihrer Botschaft in Peking veröffentlicht: „Nepal hat sich fest zur Ein-China-Politik bekannt und betrachtet Taiwan als integralen Bestandteil Chinas. Nepal hat niemals zugelassen, dass sein Territorium gegen China genutzt wird“ (Embassy of Nepal in China, 2025). Diese Sätze sind politisch sehr brisant. Denn Nepal hält – trotz Protesten und Regierungswechsel – konsequent an einer pro-chinesischen Linie fest und



Das Himalajagebirge wird als „Dach der Welt“ bezeichnet: Noch ist es nepalesisch, aber China zieht schon seine Kreise der Macht

FEINDLICHE ÜBERNAHME

Chinas leise-bedrohlicher Griff nach Nepal

Wie Peking das Himalaja-Königreich klammheimlich wirtschaftlich und kulturell nach seinen kommunistischen Vorstellungen „maßgenau“ umbaut

übernimmt damit auch Pekings Tibet-Position, den Kern der Sinisierung. Zugleich verpflichtet es sich, jede anti-chinesische Aktivität auf seinem Territorium zu unterbinden. Es grenzt direkt an Tibet. „Sinsierung“ ist dort kein ökonomischer, sondern ein erzwungener, schmerzhafter kultureller Prozess. Traditionen, religiöse Praktiken und politische Narrative werden so lange „harmonisiert“, bis sie kompatibel sind. Ökonomie ist für China nicht Ziel, sondern brachiales Instrument.

Wirtschaft schafft Realität

Diese Entwicklung ist für Indien ein strategischer Schock. Delhi betrachtet Tibet und den Himalaja als sicherheitspolitisch lebenswichtige Pufferzone. Wenn Nepal chinesische Interessen schützt, rückt Pekings Einfluss unmittelbar an Indiens

Nordgrenze. Und für den Westen ist dies eine nachdrückliche und nachhaltige Mahnung. Fragile Staaten können schnell in Chinas Machtbereich geraten, sobald die wirtschaftlichen Hebel gesetzt sind. Wirtschaft schafft so Realität – und Realität schafft wiederum Loyalität. Eine historisch gut belegbare Tatsache.

Indien fühlt sich deshalb von China nachvollziehbar „ingeschnürt“. Delhi wird reagieren müssen – diplomatisch oder sicherheitspolitisch. Wahrscheinlich wird es auf eine verstärkte Grenz- und Infrastrukturstrategie hinauslaufen sowie den Versuch, Nepal wieder in eine multipolare Position zurückzuführen. Denn jede Verschiebung im Himalaja verändert die Machtbalance in Südasien – und damit globale Allianzen. Die EU spielt in Nepal hingegen kaum eine Rolle. Westliche Pro-

gramme bleiben fragmentiert und weit entfernt von der strukturellen Tiefe chinesischer Investitionen.

Während Peking viele Milliarden als Lockmittel mobilisiert und zunehmend Verwaltungskooperationen etabliert, beschränkt sich der Westen lediglich auf punktuelle Entwicklungszusammenarbeit. Sein Einfluss schrumpft zwangsläufig – und mit ihm der Raum für freiheitliche Ordnungsvorstellungen.

Die Proteste in Kathmandu sind verstummt. Doch China baut weiterhin seine Macht aus. Nepal zeigt, wie Dominanz im 21. Jahrhundert durchgesetzt wird: nicht durch Kriege, sondern durch perfide Abhängigkeiten. Vielen mag das „Dach der Welt“ weit weg erscheinen. Doch es zeigt eine Welt, in der Stabilität zur Währung wird – und Freiheit zum knappen Gut.

HÜTCHENSPIEL-NIVEAU

Betrug mit Kryptowährungen steigt rapide an

Die Börsen kooperieren selten mit Fahndungsbehörden oder sitzen in Staaten ohne Aufsicht

Der Betrug mit Kryptowährungen nimmt rasant zu – und er gedeiht in einem Umfeld, das Kriminellen allzu oft leichtes Spiel bietet. Ermittler sprechen längst von einer Schattenwelt, in der manipulierte Trading-Plattformen, internationale Geldwäschenetze und nachlässige Kryptobörsen ineinandergreifen. „Die globale Kriminalität nutzt heute Krypto, wo immer sie kann“, sagt ein deutscher Ermittler, der seit Jahren grenzüberschreitende Cyberdelikte verfolgt.

Für Aufsehen sorgte kürzlich eine Recherche von Journalisten, über die unter anderem die „Tagesschau“ sowie die „Süddeutsche Zeitung“ berichteten. Ein Österreicher war über eine Online-Anzeige auf ein vermeintlich attraktives Geschäft gestoßen. Am Ende war er rund 20 Millionen Euro los. Der mutmaßliche Be-

trüger soll sich als Mitarbeiter einer angeblichen Kryptobörse ausgegeben haben. Dort sah der vermeintliche Kunde zwar Einzahlungen und angebliche Wertsteigerungen. Aber die Handelsplattform existierte offenbar gar nicht.

Er ließ weltweit nach seinem verschwundenen Geld suchen, doch viele Kryptobörsen verhielten sich auffallend wortkarg. Die Recherchen der Journalisten ergaben, dass verschiedene Kryptobörsen weltweit verdächtige Transaktionen mehrfach haben durchgehen lassen. Dies hätten deutsche Ermittlungsbehörden auch bestätigt. In mehreren der recherchierten Fälle seien Konten bei Kryptobörsen offenbar erst spät gesperrt worden. „Die Coins werden sofort umgetauscht, abgebucht und weiter verschoben“, wird ein Ermittler zitiert. Im End-

effekt ist es ein digitales Hütchenspiel, das jede Ermittlung erschwert.

Die Analyse zeigt ein grundsätzliches Problem: Manche Börsen kooperieren nur zögerlich, andere sitzen in Staaten ohne wirksame Aufsicht. Viele Transaktionen laufen durch Länder, in denen Finanzregeln kaum existieren. Konten werden häufig erst gesperrt, wenn enorme Summen längst weitergeleitet wurden. Die undurchschaubaren Strukturen machen den Kryptomarkt zu einem idealen Umschlagplatz – für Betrüger, Drogenkartelle, Menschenhändler und Erpresser, die Lösegelder in Digitalwährungen verlangen.

Zudem nutzen Terrororganisationen Kryptowährungen, um Unterstützer weltweit zu erreichen. Manchmal sollen Walletadressen sogar offen in Videos eingebildet worden sein. Die Geldströme

lassen sich nur schwer stoppen, weil sie erst spät in das traditionelle Finanzsystem zurückkehren.

Und noch ein weiteres Phänomen beobachten die Ermittler. Dabei geht es um eine Methode, die „Pig Butchering“ (Schweineschlachten) genannt wird. Es handelt sich um ein systematisches „Aus-schlachten“ von Opfern, die über lange Zeit emotional abhängig gemacht werden. Über Dating-Apps, soziale Netzwerke oder Messenger-Dienste suchen Täter gezielt Kontakt zu Menschen, die einsam sind oder sich in Lebenskrisen befinden. „Sie haben mich regelrecht eingelullt“, beschreibt ein Betroffener die Erfahrung. Aus harmlosen Nachrichten wird Vertrauen, aus Vertrauen Abhängigkeit – und am Ende steht der vollständige Verlust des Ersparnen.

Peter Entinger

MELDUNGEN

EU importiert Russlandwaren

Brüssel – Ungeachtet des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat der Wert der EU-Importe aus Russland seit Februar 2022 die Höhe der EU-Hilfen für Kiew im gleichen Zeitraum deutlich überstiegen. Das sagte die schwedische Außenministerin Maria Malmer Stenergard von der bürgerlich-konservativen Moderaten Sammlungspartei gegenüber Journalisten im Vorfeld des EU-Außenministertreffens in Brüssel. Dabei bezifferte sie die Gesamtkosten der Einfuhren aus Russland auf 311 Milliarden Euro, wobei 201 Milliarden auf Öl- und Gaskäufe entfallen sein sollen. Dagegen stellte die EU nach Stenergards Angaben 187 Milliarden Euro für die Ukraine bereit. Daraus errechnete die schwedische Politikerin ein Minus zu Lasten des überfallenen Landes von 124 Milliarden. Dieses wiederum bezeichnete sie als „Schande“. Anschließend forderte Stenergard, die Ukraine-Hilfen zu erhöhen und den Druck auf Russland zu verstärken. W.K.

Gaskraftwerke: Warten auf EU

Berlin/Brüssel – Die Energiewirtschaft reagiert zögerlich auf das Ausbleiben der EU-Genehmigung für die Kraftwerksstrategie der Bundesregierung. Laut der schwarz-roten Regierung soll der Bau neuer Gaskraftwerke mit bis zu 20 Gigawatt (GW) Leistung vom Bund finanziell gefördert werden. Allerdings steht die dafür notwendige beihilferechtliche Genehmigung der EU-Kommission noch immer aus. Wie eine Umfrage des „Handelsblatt“ unter großen Kraftwerksbetreibern und deren Zulieferern ergeben hat, haben nicht alle Unternehmen, die neue Kraftwerke bauen wollen, die erforderlichen Turbinen reserviert. Wichtige Hersteller von Gasturbinen sind zudem stark ausgelastet, sodass mit längeren Lieferzeiten zu rechnen ist. Die befragten Unternehmen erklärten, ohne eine gesetzliche Grundlage keine größeren Investitionen tätigen zu wollen. Aus Sicht der Energiewirtschaft fehlen außerdem weiterhin wesentliche Details zu den geplanten Kraftwerksausschreibungen. H.M.

Ideen mit wenig Umsetzungen

Düsseldorf – Deutsche Unternehmen sind stark in der Forschung, aber mittelmäßig in der Umsetzung von Innovationen. Dies ist das Fazit des neuen Innovationsindikators des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Unternehmensberatung Roland Berger. Laut Stefan Schaible, Partner der Beraterfirma, ist die Effizienz bei der Wissensgenerierung in Deutschland hoch, nicht aber die Effizienz bei der Kommerzialisierung. Bei der Studie zur Innovationsfähigkeit erreichte Deutschland unter 35 Volkswirtschaften wie 2024 Rang zwölf. Im Vergleich zu Ländern wie Großbritannien, den USA oder Frankreich hat Deutschland aber an Innovationsfähigkeit verloren. Spitze bei der Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen sind die Schweiz, Singapur und Dänemark. Diese Länder profitieren von geringerer Komplexität oder anderen strukturellen Vorteilen. H.M.

KOMMENTAR

Schwindende Sympathie

HERMANN MÜLLER

Nur noch gut ein Drittel der Polen mag die Deutschen – so das Ergebnis des aktuellen deutsch-polnischen Barometers. Dies ist einer der niedrigsten Werte in den seit 25 Jahren durchgeführten Umfragen. Sehr niedrig ist unter den Polen die Akzeptanz der Deutschen in sozialen Rollen, etwa als Chef, Mitarbeiter, Schwiegersohn oder Nachbar. Jeder vierte Pole äußerte sogar Abneigung gegen Deutsche. Während 60 Prozent der Deutschen der Meinung sind, ihr Land habe ausreichend Wiedergutmachung für die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs geleistet, teilen nur 17 Prozent der Polen diese Einschätzung.

Aus Sicht der deutschen Politik müssen die Umfragewerte tief enttäuschend wirken. Egal, welche Partei den Bundeskanzler gestellt hat – es hat nie an Bemühungen gefehlt, sich für die Interessen Polens einzusetzen. In Brandenburg ist die Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Polen seit 2022 sogar als Grundsatz in der Landesverfassung verankert.

So stellt sich die Frage, ob die Bundesrepublik ihre Bemühungen im Nachbarland nicht besser hätte darstellen müssen – damit antideutsche Stimmung keine Chancen hat. Offenbar ist in Vergessenheit geraten, wie sehr sich private Initiativen und alle Bundesregierungen in den letzten Dekaden um Aussöhnung bemüht haben.

Schon im Oktober 1991 gründeten die Bundesrepublik und die Republik Polen die Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“. Diese wurde von deutscher Seite mit 500 Millionen D-Mark zur Entschädigung besonders betroffener polnischer Opfer der NS-Gewaltherrschaft ausgestattet. Zudem erhielten laut Auswärtigen Amt 484.000 NS-Opfer aus Polen zwischen 2001 und 2006 insgesamt 97,5 Millionen Euro aus Mitteln der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

Fast vergessen ist wohl auch, dass das nachkommunistische Polen Anfang der 1990er Jahre wegen seiner Auslandsschulden in Höhe von fast 30 Milliarden US-Dollar vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Einer der Hauptgläubiger, der damals auf Milliardenbeträge verzichtete, war die Bundesrepublik.

Wenige Jahre später ging es um die Frage einer schnellen Aufnahme Polens in die Europäische Gemeinschaft. Vor allem in Südeuropa gab es große Bedenken, nach einer EU-Osterweiterung finanziell den Kürzeren zu ziehen. Es waren Politiker wie Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble, die sich beharrlich immer wieder für eine Aufnahme Polens in die NATO und die EU eingesetzt haben. Kohl betonte in den 90er Jahren mehrfach, die Aufnahme Polens in die EU sei für ihn vor allem eine politische und moralische, weniger eine wirtschaftliche Frage. Über alle Fraktionen hinweg haben große Teile des Bundestages diese Hilfestellung für Polen mitgetragen.

Fraglich ist, ob Polen ohne deutsche Hilfe 2004 EU-Mitglied geworden wäre. Für viele Regionen Mitteldeutschlands

bedeutete die EU-Osterweiterung, dass sie seither auf EU-Förderung verzichten mussten. Nach dem EU-Beitritt profitierte Polen nicht nur von hohen Transferzahlungen aus Brüssel und damit von den hohen deutschen Nettozahlungen an die EU. Brüssel genehmigte auch den übergangsweisen Fortbestand von 14 steuerlich begünstigten Sonderwirtschaftszonen in Polen. Mittlerweile ist die Existenz dieser Gebiete von der EU sogar bis Ende 2016 bewilligt worden. Deutsche Politiker haben parallel darauf verzichtet, öffentlich zu thematisieren, dass sich diese Sonderwirtschaftszonen mittlerweile über das gesamte Nachbarland ausgebreitet haben und stark von den Arbeitsplatzverlagerungen deutscher Unternehmen profitieren.



BILD: IMAGO / FEMAX

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, Kontoinhaber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de



BILD: PICTURE ALLIANCE / IMAGOBROKER | WALTER G. ALLGÖWER

Kinder in Deutschland: Immer öfter sind sie arm, ohne Perspektive, und es mangelt ihnen an wärmender Herzensbildung

KOLUMNE

Deutschland fehlt das Herz

CHRISTIAN RUDNITZKI

Am 12. November 2025 haben UNICEF Deutschland und das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in der Bundespressekonferenz in Berlin den neuen Bericht „Zur Lage der Kinder in Deutschland 2025“ vorgestellt. Es ist die umfassendste regelmäßige Bestandsaufnahme darüber, wie Kinder und Jugendliche hierzulande aufwachsen. Anhand einer Vielzahl empirischer Daten zeigt der Bericht, wie es Kindern in Familie, Schule, Freizeit, Gesundheit und sozialer Teilhabe tatsächlich geht. Wenn UNICEF seinen großen Deutschland-Bericht vorlegt, geht es jedoch auch um eine generelle Diagnose unseres Landes. Wie geht es unseren Kindern? Und was sagt das über den Zustand der Gesellschaft und deren Zukunft?

Die Antworten des diesjährigen Berichts sind ernüchternd – und die politischen Reaktionen darauf ebenso. Mehr als eine Million Kinder in Deutschland wachsen ohne die elementaren Voraussetzungen für ein stabiles Leben auf: ohne ruhigen Platz zum Lernen, ohne verlässliche Betreuung, ohne ausreichende Ernährung. 14 Prozent der Kinder gelten als arbeitsgefährdet, 1,9 Millionen leben in Haushalten, die Bürgergeld beziehen.

Die Bildungsbilanz ist genauso düster: Ein Viertel der Kinder kann nicht flüssig lesen. 41 Prozent der Achtklässler verfügen nur über rudimentäre digitale Kompetenzen. 62.000 Jugendliche verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss. Hinzu kommt eine alarmierende Entwicklung, die oft unterschätzt wird: Gut 40 Prozent der elf- bis 15-Jährigen berichten von häufigen körperlichen oder psychischen Beschwerden – ein historischer Höchststand. Jedes zweite 15-jährige Mädchen fühlt sich zu Hause nicht genug unterstützt. Nur ein Viertel erlebt hohe Unterstützung durch Lehrkräfte.

08/15-Mittel gegen alle Symptome

Ein reiches Land scheitert also an seiner elementarsten Aufgabe, nämlich Kindern Stabilität und Halt zu geben. Doch wer die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, wird feststellen, die Befunde überraschen nicht. Und statt die Ursachen ehrlich zu hinterfragen, reagiert die Politik mit dem üblichen Instrumentenkasten: Ausbau des „Startchancenprogramms“. Dazu natürlich Investitionen in Kitas und Ganz-

tagsschulen, Reformen der Kindergrund-sicherung und mehr Daten, mehr Monitoring. Alles nicht falsch, aber auch nicht wirklich richtig. Es ist quasi Politik wie aus einem Automaten: ein Strukturprogramm gegen jedes Symptom. Es erinnert an einen Arzt, der Fieber misst, Tabletten verordnet – und den Patienten draußen auf der Straße nicht erkennen würde.

Ohne jegliche Empathie

Dabei listet UNICEF neun große Handlungsfelder auf: materielle Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Teilhabe, Familienun-

korreliert mit emotionaler Haltlosigkeit. Fehlende Teilhabe ist häufig Symptom einer tieferen, existenziellen Einsamkeit.

Bemerkenswert ist auch, wer zum UNICEF-Bericht geschwiegen hat. Aus dem kirchlichen Umfeld findet sich keine einzige offizielle Stellungnahme. Dass ausgerechnet jene Institutionen, die einst die Sprache für Würde, Gewissen und Menschenbildung prägten, heute nicht einmal mehr auf die Lage der Kinder reagieren, spricht für sich. Es zeigt, wie weit sich die Kirchen politisiert haben – und wie sehr sie ihr eigenes Kerngeschäft aus dem Blick verloren haben: den Menschen, sein Herz, sein Wohl.

Das Land, das sich jahrhundertlang als Teil des christlichen Abendlands verstand, besitzt heute Kirchen, die in der Frage der Herzensbildung weitgehend unsichtbar geworden sind – nicht, weil sie nichts zu sagen hätten, sondern weil sie sich verstaatlicht und entkernt haben. Kirchliche Kitas und Schulen, einst Orte von Bindung, Gewissen und Sinn, ähneln heute staatlichen Einrichtungen bis zur Unkenntlichkeit. Während UNICEF Daten liefert und Politik Programme auflegt, schweigen diejenigen, die eigentlich sagen müssten, woraus ein Herz lebt.

Halt- oder orientierungslos

Arme Kinder haben oft keinen Halt – reiche oft keine Orientierung. Und die Mittelschicht wird bedrängt von Ideologie, ökonomischer Last und einer Kultur, die Familie nicht als Ressource, sondern als Relikt betrachtet. Kirche könnte hier Orientierung geben – doch sie tut es nicht. Sie verwaltet, wo sie führen müsste. Emotionalität und Herzensbildung ist weder im Staat noch in den Kirchen verankert. Darum bleibt sie unsichtbar – und darum fehlt sie.

Was jetzt nötig ist: Der UNICEF-Bericht braucht dringend eine fehlende zehnte Empfehlung: Herzensbildung als Kernaufgabe. Konkret heißt das: Beziehungen stärken, echte emotionale Entwicklung fördern, klare Werte vermitteln, Resilienz bilden – und pädagogische Fachkräfte so ausbilden, dass sie genau das können und nicht nur verwalten.

Der Bericht zeigt Symptome – die Ursache jedoch liegt tiefer. Eine still wachsende seelische Verwahrlosung. Deutschland braucht keine neuen Tabellen, sondern das, was fehlt: Herzensbildung. Oder, kurz gesagt, gesunden Menschenverstand und ein hörendes Herz.

Kirchen haben ihr Kerngeschäft aus den Augen verloren: den Menschen ...

terstützung, Kinderschutz, Beteiligung, institutionelle Qualität, Monitoring. Doch auffällig ist auch, was der Bericht auslöst. Er beschreibt fast alles – außer dem inneren Zustand des Kindes selbst. Wie steht es um das Herz eines Kindes, das aufwächst, ohne wirklich gespürt zu werden? Wie wirkt eine Gesellschaft auf Kinder, die selbst verunsichert, überreizt, medial getrieben und moralisch erschöpft ist? Hier liegt nämlich die eigentliche Frontlinie unserer Zeit. Und sie wird im Bericht nicht einmal berührt.

UNICEF misst Kompetenzen. Aber Deutschland antwortet mit Programmen. Doch das, was Kinder am stärksten prägt, kommt nicht vor: Herzensbildung. Herzensbildung ist kein sentimentaler Begriff. Er beschreibt Fähigkeiten, die ein Kind für ein gelingendes Leben braucht: Bindung und Beziehungsfähigkeit. Selbstwahrnehmung und Verständnis für andere. Vertrauen und innere Stabilität. Sinnorientierung. Umgang mit Freiheit, Verantwortung und Konflikten.

Alles, was moderne Psychologie, Bindungsforschung und Neurowissenschaft als zentral bezeichnen, fällt im Grunde unter diesen Begriff. Im UNICEF-Bericht kommt er nicht vor – nicht einmal indirekt. Dabei zeigen die Daten genau hier die größten Risse: Die Jugendlichen mit den meisten Beschwerden sind oft die am wenigsten unterstützten. Leseschwäche

Ein Turm gerät ins Wanken

Landeskirche will Mittel für die Potsdamer Garnisonkirche streichen – Es könnte mit einem veränderten Preußenbild zu tun haben

VON RALF LOOCK

Das Nutzungskonzept des erst im Spätsommer 2024 eingeweihten Turms der Garnisonkirche in Potsdam steckt in schweren finanziellen Nöten. Die Evangelische Landeskirche will den Betrieb nicht weiter unterstützen. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz hat angekündigt, keine weiteren Mittel für den Potsdamer Garnisonkirchturm zur Verfügung zu stellen. Dies kündigte jetzt Bischof Christian Stäblein auf der Landessynode an. Der Garnisonkirchenstiftung sei mit „klarer Deutlichkeit“ gesagt worden, dass die in diesem Jahr gewährten Mittel von bis zu 950.000 Euro aus den kirchlichen Kassen die letzte Zuwendung sein müssten, sagte Stäblein Ende November bei der Herbsttagung der Landessynode in Berlin.

Erforderlich seien ein Betriebskonzept für den Turm, das sich selbst finanziert, oder eine „Exitstrategie“, so der Bischof. Wobei offenblieb, wie ein solcher Exit, also ein Ausstieg, konkret aussehen könnte. Will man die Nutzung des Gebäudes durch die Kirche beenden und den Komplex schlicht zum Kauf anbieten? Besonders auffällig und irritierend ist dabei, dass Stäblein nicht nur als Bischof Chef der Landeskirche ist, er ist auch Kuratoriumsvorsitzender der Garnisonkirchenstiftung.

Die Änderungen müssten in den nächsten zwei bis drei Jahren erfolgen. In den Kirchengremien sei mit „Heftigkeit und Nachdruck“ über das Thema diskutiert worden. Die allgemeine Forderung sei jetzt, nichts mehr auf die lange Bank zu schieben.

Weniger Turmbesucher als erwartet

Das Versöhnungszentrum im Turm der Garnisonkirche soll sich schon kurzfristig selbst tragen. Allerdings kommen weniger zahlende Gäste, als die Stiftung gedacht hatte. Wie kommt man aus diesem Dilemma heraus? Die Stiftung Garnisonkirche hofft nun erneut auf Geld aus der öffentlichen Hand. Nach dem vom Bund bereits mit einer zweistelligen Millionensumme



Architektonischer Widerspruch: Der wiederaufgebaute Turm der Garnisonkirche vor dem Rechenzentrum aus DDR-Zeiten

geförderten Wiederaufbau gehe es nun um ein „dauerhaftes Engagement, das uns ein großes Anliegen ist“, sagte der Verwaltungsvorstand der Stiftung Garnisonkirche, Peter Leinemann, auf Anfrage der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“. Dieser Wunsch sei bereits in Richtung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Wolfram Weimer, annonciert worden.

In den kirchlichen Kreisen spricht man jetzt von einer Grundfinanzierung oder einem Sockelbetrag. Öffentliche Einrichtungen sollen die Bildungsarbeit in dem Turm durch erhebliche jährliche Zuwendungen unterstützen. Die Stiftung will um eine Grundfinanzierung im staatlichen und kirchlichen Bereich werben. Immerhin, so Leinemann, sei der Garnisonkirchturm „der einzige kulturelle Bildungsort, der keine Finanzierung von irgendwoher bekommt“.

Zum finanziellen Bedarf sagte er: Ein Sockelbetrag von 300.000 bis 500.000

Euro im Jahr wäre „angemessen“. Im Blick hat die Stiftung dabei die Landeshauptstadt Potsdam, das Land Brandenburg und den Bundesbeauftragten für Kultur und Medien.

Das Kardinalproblem bei der Finanzmisere: Es kommen weniger zahlende Besucher als geplant. Die Einnahmen aus Ticketverkäufen für die Aussichtsplattform und die Dauerausstellung liegen weit unter den Erwartungen. Konkrete Besucherzahlen hat die Stiftung bisher allerdings geheim gehalten. Die Erwartungen lagen bei 80.000 bis 90.000 Personen pro Jahr.

Jetzt wird klar: Das Besucherinteresse ist um die Hälfte hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgeblieben. „Bis jetzt haben wir in diesem Kalenderjahr 30.000 Besucher – geplant haben wir mit 60.000 Besuchern“, sagte Stiftungsvorstand Leinemann.

Seit der Eröffnung des Turms im vergangenen Jahr erst gut 45.000 Besucher

den Turm mit der Ausstellung besucht. „Daran müssen wir noch arbeiten“, räumte Leinemann mit Blick auf die Besucherzahlen ein: „Wir haben ein gutes Produkt – es muss nur noch bekannter werden.“

Querschüsse aus der Politik

Aber ob dies wirklich reichen wird, muss bezweifelt werden. Denn es gibt noch ein massives inhaltliches Problem. Jene Potsdam-Fans, die vor 20 oder vor 30 Jahren für den Wiederaufbau der Garnisonkirche spendeten, hatten zumeist ein positives Preußenbild und begrüßten die preußischen Tugenden. Ganz anders hingegen präsentiert sich der heutige Turm der Garnisonkirche: Die modernen Ausstellungsmacher zeigen ihn als Bau des preußischen Militarismus, als Hort des deutschen Nationalismus und der Reaktion und damit letztlich auch als Vorläufer der NS-Bewegung.

Dies machte schon Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede

zur Einweihung deutlich. Er beschrieb damals die Garnisonkirche als zentrales Symbol für die Macht Preußens, für Militarismus und Nationalismus. Im Kaiserreich sei hier die Religion von Hofpredigern, die den Krieg verherrlichten und bedingungslosen Gehorsam forderten, in den Dienst nationalistischer Propaganda gestellt worden.

Steinmeier warnte auch vor den geschichtsrevisionsistischen Versuchen, den Wiederaufbau der Kirche zu vereinnahmen. Der Bundespräsident hat mit seiner Beschimpfung der preußisch-deutschen Geschichte die Fördergesellschaft für den Wiederaufbau massiv attackiert.

Kurzum: Der Garnisonkirchturm präsentiert sich heute als ein „böser“ Bau, als ein Haus voller Schrecken. Und da schließt sich die Frage an: Warum sollte eine Familie in ihrer Freizeit ein so „böses“ Haus besuchen und auch noch Eintritt dafür zahlen? Genau dies hindert viele an einem Besuch des Turms. Vorbei sind die Zeiten, da die Passanten voller Freude, Dankbarkeit und Hingabe an die Garnisonkirche und an die preußischen Tugenden dachten. Vielleicht denken viele auch heute noch so – aber sie bleiben zu Hause und wollen diesen „schrecklichen“ Bau nicht besuchen.

Unterdessen gehen die letzten abschließenden Bauarbeiten an dem Turm weiter. Die Fertigstellung des Turms ist derzeit die knapp 30 Meter hohe Turmhaube gefertigt. Sie soll bis zum Sommer 2027 mit einem Kran auf den 57 Meter hohen Turmstumpf aufgesetzt werden.

Damit aus dem Turm eine richtige Kirche wird, müsste man auch das Kirchenschiff wieder errichten. Für diese Realisierung mit einem multifunktionalen Veranstaltungssaal fehlen aber belastbare Finanzierungspläne. Ganz zu schweigen von dem schmucklosen Rechenzentrum. Dieses steht heute zum Teil auf dem Gelände der 1968 gesprengten Garnisonkirche. Also müsste man in Potsdam erst dieses Gebäude aus DDR-Zeiten abreißen, um so Baufreiheit für das Kirchenschiff zu schaffen. Doch in Potsdam fehlt der politische Wille zu solch einem Abriss.

KINO

Good Bye, Ost-Berlin!

Der letzte Film eines großen Regisseurs – Wolfgang Beckers „Der Held vom Bahnhof Friedrichstraße“

Wäre die Kinokomödie „Good Bye, Lenin!“ von 2003 ein Hollywoodfilm gewesen, hätte man aus dem Erfolgsstoff mit einer Fortsetzung sofort weiteres Kapital geschlagen. Die Deutschen dagegen lassen solche Chancen eher ungenutzt liegen. Dennoch kommt mit „Der Held vom Bahnhof Friedrichstraße“ am 11. Dezember ein Film ins Kino, der wie ein Nachfolger des Kassenschlagers von 2003 erscheint, zumal er vom selben Regisseur gedreht wurde. Wolfgang Beckers letzter Film ist wohl sein Vermächtnis an die Kinofreunde. Wenn der Film hier startet, ist es fast auf den Tag genau ein Jahr her, dass Becker nach Ende der Dreharbeiten im Alter von 70 Jahren an Krebs verstarb.

Wie schon bei „Good Bye, Lenin!“ lässt auch die Verfilmung des 2022 erschienenen Romans „Der Held vom Bahnhof Friedrichstraße“ des in Ost-Berlin geborenen Autors Maxim Leo reichlich Os-

talgie aufblühen. Erzählt wird die Münchhausiade des im Berlin der 2000er Jahre lebenden Videothek-Inhabers Micha, der in der DDR des Jahres 1984 am Bahnhof Friedrichstraße eine U-Bahn-Weiche falsch gestellt haben soll, sodass er damit

127 Fahrgästen die Flucht in den Westen ermöglicht hat. Obgleich unbeabsichtigt geschehen, wird er von einem Boulevardjournalisten zum Fluchthelfer hochgejazzt. Die Rolle des gefeierten Helden wider Willen lässt sich Micha gefallen, zu-

mal eine charmante, alleinstehende Staatsanwältin (Christiane Paul) mehr als nur ein Auge auf ihn geworfen hat.

Seinen Helden häufig aus den Augen verliert der Film allerdings, weil er auf unbedeutenden Nebenschauplätzen sein komödiantisches Pulver verschießt. Ein an Wolfgang Thierse erinnernder Dissidenten-Zausel (Thorsten Merten) klebt sich da ebenso an Michas Fersen wie ein Stasi-Jäger (Dirk Martens), und selbst der Bundespräsident, ein Steinmeier-Verschnitt, sucht Profit aus der Geschichte zu schlagen. Daniel Brühl, der Held von „Good Bye, Lenin!“, zieht das Ganze mit einem überflüssigen Gastauftritt zusätzlich in die Länge. Bei so vielen filmischen Nebengleisen kann selbst ein Charly Hübner, der mit herrlich schnodderigem Temperament den prekären Helden Micha gibt, der Geschichte keine entscheidende Weichenstellung mehr geben. Harald Tews

Held und Fluchthelfer wider Willen: Charly Hübner als Videothekbesitzer

Bild: X Verleih AG/Frédéric Batier



MELDUNG

Wie die DDR die Welt sah

Zossen – Das Museum des Teltow in der Schulstrasse 15 in Wünsdorf zeigt bis 30. August 2026 die Sonderausstellung „Weltanschauung kommt von Welt anschauen“. Sie geht 35 Jahre nach der Deutschen Einheit der Frage nach, welches Bild die Bevölkerung der DDR von der Welt hatte und welche tatsächlichen Kontakte trotz eingeschränkter Reisefreiheit zu anderen Ländern bestanden. Während der Begriff „Weltanschauung“ in der DDR lange staatlich und nach den Maximen des „Marxismus-Leninismus“ gelenkt war, richtet die Ausstellung den Fokus auf die Frage, welche Eindrücke und Erfahrungen jenseits offizieller Vorgaben eine Rolle spielten. Geöffnet ist sonnabends und sonntags von 13 bis 16 Uhr sowie nach Vereinbarung. Eintritt: 2 Euro. Infos im Internet: www.museum.teltow-flaeming.de tws

CHARLES GOODYEAR

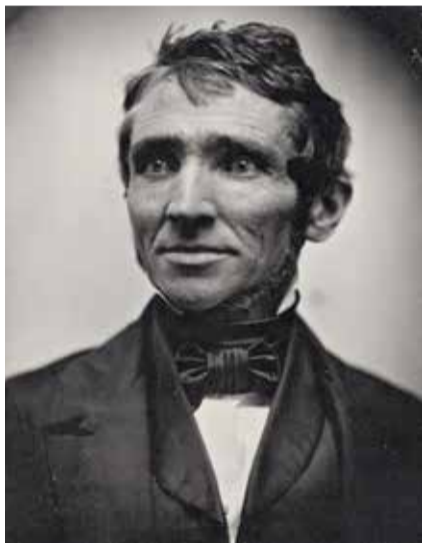
Der Nikola Tesla der Reifenbranche

Auf die Frage, was Tesla und Goodyear miteinander verbindet, gibt es nicht nur eine Antwort. Zweifellos sind beides US-amerikanische Großkonzerne, die zumindest im weiteren Sinne der Automobilbranche zuzurechnen sind. Tesla ist derzeit der zweitgrößte E-Auto-Hersteller der Welt, die Goodyear Tire & Rubber Company momentan der drittgrößte Reifenhersteller.

Das im Jahr 2003 von Martin Eberhard und Marc Tarpenning in Austin im Bundesstaat Texas gegründete Unternehmen verbindet jedoch noch ein Weiteres mit der 1898 von Frank Seiberling in Akron, Bundesstaat Ohio, geschaffenen Firma. So sind beide erst nach dem Tod ihres Namensgebers entstanden. Nikola Tesla starb bereits 1943, Charles Goodyear gar schon 1860. Statt einer Beteiligung an der Gründung der Betriebe war es die Bewunderung von deren Besitzern für sie, welche die beiden zu Namensgebern machte.

Während jedoch Tesla ein erfolgreicher Technik-Forscher und Erfinder war, der 86 Jahre alt wurde, war Goodyear ein erfolgloser Geschäftsmann, dessen Gesundheit außer durch seine jahrelangen Experimente mit Metallen und Chemikalien auch durch seine Armut ruiniert wurde. Er hatte das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet, als er am 1. Juli 1860 in New York starb.

„Wenn ihr einen Mann seht, in Schuhen, mit Mantel und Hut aus



Charles Goodyear Bild: Wikimedia

Kautschuk, aber ohne einen Cent in der Tasche, dann habt ihr Charles Goodyear vor euch.“ Diese flapsige Formulierung aus einer Zeitung ist gleich in doppelter Hinsicht aussagekräftig.

Goodyear widmete sein Leben der Erforschung der Nutzungsmöglichkeiten von Kautschuk. Dabei war er durchaus erfolgreich. So entdeckte er die Vulkanisation und erfand das Hartgummi. Die Tragik von Goodyear bestand daran, dass er aufgrund fehlender Geschäftstüchtigkeit bei dem Versuch scheiterte, als Unternehmer mit seinen Erfindungen und Entdeckungen Geld zu machen. Mehrmals wurde er zu Haftstrafen verurteilt, weil er seine Schulden nicht zurückzahlen konnte. Bis zu seinem Lebensende blieb er mittellos. Was er der Welt hinterließ, waren Schulden sowie Entdeckungen und Erfindungen, welche die Grundlagen der heutigen Kautschukindustrie bilden. Vor 225 Jahren, am 29. Dezember 1800, kam dieser so ungleichmäßig talentierte US-Amerikaner in New Haven, Bundesstaat Connecticut, zur Welt. Manuel Ruoff

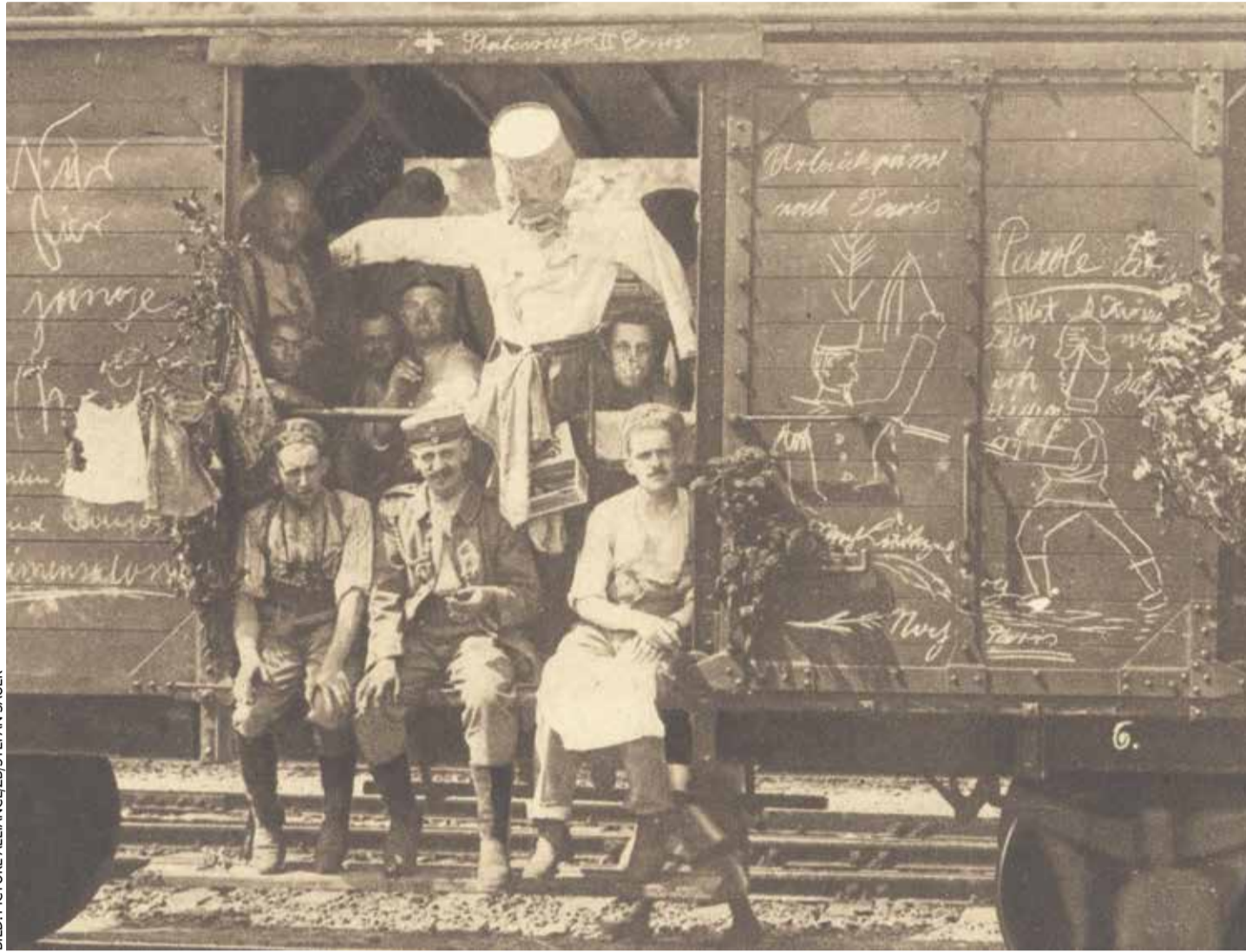


BILD: PICTURE ALLIANCE/ZB/STEFAN SAUER

Im Ersten Weltkrieg erlebte die militärische Nutzung der Eisenbahn einen Höhepunkt: Deutsche Soldaten 1916 in einem Waggon

DEUTSCHLAND

Der Krieg ist nicht der Vater aller Dinge

Der vor 190 Jahren begonnenen zivilen Nutzung der Eisenbahn folgte erst später die militärische

VON JÖRG KOCH

Als sich am Montag, dem 7. Dezember 1835, um 9 Uhr in Nürnberg die erste Dampflokomotive „Adler“ mit neun Wagen in Richtung des benachbarten Fürth in Bewegung setzte, glich dieses Ereignis einem Volksfest. Neben den 200 geladenen Fahrgästen wollten mehrere Tausend Menschen Zeuge der ersten Eisenbahnfahrt in Deutschland sein. Zwar waren die Dampflokomotive und William Wilson, der Lokführer, aus England importiert, doch dieser Tag war ein Meilenstein, er steht für den Beginn einer nunmehr 190-jährigen deutschen Eisenbahngeschichte. Betreiber der sechs Kilometer langen Strecke war die erst im November 1833 in Nürnberg gegründete Königlich privilegierte Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft. Benannt war sie nach dem bayerischen König Ludwig I.

Dem ersten öffentlichen Personenverkehr mit einer Dampflokomotive in Deutschland folgte ab August 1839 auch ein regulärer Güterverkehr zwischen Nürnberg und Fürth. Nachdem innerhalb kurzer Zeit die Ludwigseisenbahn den wirtschaftlichen Betrieb einer Eisenbahn bewiesen hatte, kam es auch in anderen Staaten des Deutschen Bundes zur Gründung von Eisenbahngesellschaften und zur raschen Errichtung eines weit angelegten Streckennetzes.

Zwar misstraute Preußens König Friedrich Wilhelm III. der Eisenbahn, doch bereits Mitte 1836 hatte sich sein Kriegsministerium für die militärische Verwendbarkeit des neuartigen Verkehrsmittels interessiert. Die Eisenbahn verdiene, so das Fazit einer Kommission preußischer Offiziere, „in militärischer Beziehung alle Beachtung“.

Nur drei Jahre später fanden auf der 1838 eröffneten und 26 Kilometer langen Bahnstrecke Berlin-Potsdam Truppentransporte statt. Rund 8.000 Garde-Infanteristen zogen von der Residenzstadt

Potsdam per Bahn zum Herbstmanöver nach Berlin.

Nach den Erfahrungen im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865), in dem die Eisenbahn erstmals systematisch als Mittel der Kriegsführung eingesetzt worden war, ließ General Helmuth von Moltke als Chef des preußischen Generalstabs 1864 eine eigene Eisenbahnsektion einrichten. Kriege sollten fortan durch die schnelle und die Kräfte der Soldaten schonende Fortbewegung ganzer Truppenverbände per Bahn gewonnen werden. Nach Preußens guten Erfahrungen mit der Bahn 1866 im Deutschen Krieg gegen Österreich und dessen Verbündete wurden nach dem Ausbruch des Krieges gegen Frankreich vier Jahre später innerhalb von drei Wochen mehr als 1.500 Züge mit rund 640.000 Soldaten, 170.000 Pferden und annähernd 1600 Geschützen an die Kriegsschauplätze in Elsass und Lothringen transportiert. Nicht nur Generale und Soldaten, Pferde, Kriegsgerät und Verpflegung und dann auch Verwundete wurden in diesem kurzen Krieg mit der Bahn bewegt, auch der gefangene Napoleon III. reiste in einem Salonwagen zum Bahnhof Wilhelmshöhe bei Kassel, wo er für ein halbes Jahr im nahegelegenen Schloss untergebracht war, bis er nach seiner Entlassung mithilfe auch der Bahn nach England ins Exil wechselte.

Moltke und die Einigungskriege

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg begann der Ausbau des deutschen Schienennetzes nach militärstrategischen Überlegungen. Durch die französischen Reparationszahlungen und die beginnende Verstaatlichung der Eisenbahngesellschaften war dies bis zur Jahrhundertwende in großem Stil möglich. Als erste strategische Bahn wurde die 1873 beschlossene und bis 1882 fertiggestellte Strecke Metz-Berlin errichtet. Sie hieß im Volksmund Kanonenbahn und war mit

800 Kilometern die längste zusammenhängend gebaute Bahnstrecke Deutschlands. Sie verlief quer durch das Deutsche Reich von Metz über Diedenhofen, Perl, Trier, Ehrang, Cochem, Koblenz, Wetzlar, Lollar, Marburg, Treysa, Silberhausen, Leinefelde, Nordhausen, Sangerhausen, Blankenheim, Güsten, Barby und Belzig bis nach Berlin, teils entlang der Mosel und der Lahn. Für den zivilen Eisenbahnverkehr und den Handel spielte sie nur eine untergeordnete Rolle.

Weitere strategische Bahnen entstanden infolge des 1905 vom Chef des Großen Generalstabs von 1891 bis 1906 im Jahre 1905 erarbeiteten und nach ihm benannten Schlieffen-Plan. Demnach sollte das Gros der Truppen für den Fall des vermuteten Zweifrontenkrieges erst per Bahn in den Westen gebracht werden, dann dort mit vereinten Kräften Frankreich schnell niederwerfen und schließlich abermals per Bahn in den Osten verlegt werden, um dort wieder mit vereinten Kräften die sogenannte russische Dampfwalze aufzuhalten. Diese Strategie, die ganz auf die Eisenbahn setzte, sollte verhindern, dass das Reich gleichzeitig an zwei Fronten kämpfen und seine Kräfte teilen musste.

Folglich wurden nun Strecken an der Westgrenze zu Frankreich (u.a. Weil am Rhein-Lörrach, Homburg-Zweibrücken, Zellertalbahn von Worms nach Kaiserslautern) und Belgien (u.a. Ahrtalbahn) sowie im Osten des Reiches (Preußische Ostbahn von Berlin über Küstrin und Königsberg nach Eydtkuhnen) errichtet. Charakteristisch für diese Strecken war ihre massive Bauweise; problemlos sollten schwere Lasten transportiert werden. Sie verliefen in der Regel abseits der größeren Städte und enthielten zahlreiche Brücken und Tunnel. Bereits vorhandene Bahnstrecken wurden großzügig ausgebaut, die Bahnhöfe erhielten überlange Bahnsteige.

Zu den besonderen Bauwerken der strategischen Bahnen, die jedoch nicht

Teil der Kanonenbahn waren, gehörten auch folgende Rheinbrücken: die 1915 in Betrieb genommene Hindenburgbrücke (Rüdesheim-Bingen) sowie die Ludendorffbrücke (Erpel-Remagen) und die Kronprinz-Wilhelm-Brücke (Neuwied-Koblenz), die beide 1918 fertiggestellt wurden. Alle drei Brücken wurden am Ende des Zweiten Weltkrieges durch Angehörige der Wehrmacht gesprengt, um den vorrückenden US-amerikanischen Truppen die Querung des Rheins zu erschweren.

Schlieffen-Plan

Infolge des Schlieffen-Plans wurde auch der Hauptbahnhof Metz/Lothringen errichtet. Die ab 1871 zum Deutschen Reich gehörende Stadt galt als wichtigster Truppenumschlagplatz für die Westfront. Der prachtvolle Neubau im neoromanischen Stil löste mit seiner Inbetriebnahme 1908 den bisherigen Kopfbahnhof von 1878 ab. Mit seiner 300 Meter langen Bahnsteighalle konnten hier lange Züge der Kanonenbahn problemlos aufgenommen werden. Die beeindruckende Anlage war so konzipiert, dass innerhalb von 24 Stunden eine komplette Armee transportiert werden konnte. Die langen und vor allem ungewöhnlich breiten Bahnsteige sollten im Kriegsfall das rasche und bequeme Be- und Entladen von Pferden ermöglichen. Jeder Bahnsteig hatte einen Bereich für Reisende zu Fuß und für Passagiere zu Pferd. Das noch heute vorhandene Empfangsgebäude ist eine architektonische Meisterleistung und eine besondere Sehenswürdigkeit, die voller Überraschungen steckt.

Während des Ersten Weltkrieges, als das deutsche Eisenbahnnetz rund 63.000 Streckenkilometer umfasste, spielte die Bahn für den Transport von Personal und Material bei allen kriegsführenden Staaten eine wichtige Rolle. In Frontnähe wurden zudem Feldbahnen verlegt. Eine große Leistung erbrachte die Bahn vor allem ab Mitte November 1918, nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, der Kapitulation Deutschlands, als Hunderttausende Soldaten der Westfront ins linksrheinische Gebiet transportiert wurden. Von den dortigen Bahnhöfen (u.a. Köln, Koblenz, Mainz, Worms) wurden die Angehörigen der heimkehrenden Truppen in ihre Heimat geschickt.

Bedeutungsverlust

Im Zweiten Weltkrieg dagegen hatten motorisierte Verbände, die flexibler reagieren konnten, die Funktion der Bahn weitgehend übernommen. Mit dem Einmarsch der Wehrmacht in die Sowjetunion im Juni 1941 wurden die Breitspurbahnstrecken zeitaufwendig umgespurt. Die Reichsbahn transportierte in den Kriegsjahren Hunderttausende Fronturlauber und Verwundete, allerdings auch Millionen Menschen in die Vernichtungslager.

Zwar wird auch in unseren Tagen gelegentlich und für jedermann sichtbar militärisches Großgerät (Panzer, Haubitzen) über die Schiene verlegt, doch die Rolle der strategischen Strecken hat sich längst verändert. Wo einst Gleise lagen, führen heute Rad- und Wanderwege durch eine idyllische Gegend. So beginnt im nordhessischen Schwalmstadt der rund 32 Kilometer lange Kanonenbahnradweg, der entlang beziehungsweise auf der ehemaligen und seit 1974 stillgelegten Teilstrecke der Kanonenbahn von Treysa nach Leinefelde/Thüringen führt. Rund 250 Kilometer südwestlich besteht zudem der Kulturweg Kanonenbahn, der 23 Kilometer durch die romantische Mosellandschaft bei Bullay und Zell führt und Teil des Fernwanderwegs Trier-Koblenz ist. Zahlreiche historische Tunnel und Viadukte lassen hier die Herzen der Eisenbahnfreunde höherschlagen.

● Dr. Jörg Koch ist Verfasser des dieses Jahr in Stuttgart erschienenen Buches „Zug fällt aus. Dramatische Ereignisse der Eisenbahngeschichte“.

HANNAH ARENDT

Rauchende Kämpferin gegen den Totalitarismus

Die vor 50 Jahren gestorbene Jüdin verglich den Rechts- mit dem Linksextremismus – und bekämpfte beide

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Die Republik taumelt durch eine Phase, in der Parteien und ein linker Mainstream-Journalismus vorgeben, was gesagt und gedacht werden darf, und in der andere Haltungen schnell als „Delegitimierung des Staats“ erachtet werden. Eine große deutsche Denkerin, die dazu einiges zu sagen hätte, lebte sie noch, ist die am 4. Dezember 1975 gestorbene Hannah Arendt.

„Wo Parteien die Debatte ersetzen und das öffentliche Leben verwalten, stirbt die Freiheit des Politischen“, schrieb sie „Zur Krise der Republik“ 1968.

Ein halbes Jahrhundert nach ihrem Tod wirkt ihre Stimme seltsam gegenwärtig, fast unheimlich vertraut. Arendt war keine Systemtheoretikerin, keine Ideologin, kein Parteimensch. Sie war – im tiefsten Sinne – eine Verteidigerin des Politischen gegen die Versuchung der Herrschaft, gleich welcher Couleur. In einer Zeit, in der demokratische Gesellschaften ihre Konflikte zunehmend verwalten statt austragen, in der bestimmte Ansichten nicht mehr widerlegt, sondern aus dem Raum des Sagbaren verbannt werden, lohnt es, Arendt neu zu interpretieren. Brandmauern kannte Arendt nicht, nur den Austausch von Argumenten im ketterauchenden Diskurs.

Für den Pluralismus der Meinungen

Hannah Arendt hatte Königsberger Vorfahren und ist auch in der Pregelmetropole aufgewachsen. Geboren wurde sie indes 1906 im ebenfalls preußischen Linden bei Hannover. Früh schon begegnete die Angehörige einer bürgerlich-jüdischen Familie dem intellektuellen Leben: Studium der Philosophie bei Martin Heidegger, Karl Jaspers und Edmund Husserl, erste Begegnung mit der deutschen Philosophie des politischen Denkens. Die politische Brutalität ihrer Zeit prägte sie persönlich. 1933, nach der Machtergreifung Adolf Hitlers, floh sie aus Deutschland, 1937 nach Paris, später in die USA. Die Erfahrung von Exil, Entrechtung und totalitärer Gewalt hinterließ tiefe Spuren in ihrem Denken: Sie lernte, dass politische Strukturen ebenso gefährlich sein können wie offene Gewalt, dass Worte und Gesetze



Mit Zigarette: Hannah Arendt im Jahre 1944

Bild: picture alliance/Fred Stein/Fred Stein

ze brüchig sind, wenn sie nicht im öffentlichen Raum bestätigt werden.

Für Arendt war Politik niemals die Kunst des Machterhalts. Politik bedeutete Handeln unter Gleichen, das Ringen um eine gemeinsame Welt, getragen vom Wort, nicht vom Befehl. In ihrer Beobachtung der Weimarer Republik erkannte sie, wie Parteien die Öffentlichkeit zähmen und Debatte zu taktischem Spiel degradieren konnten. Die Erfahrung des deutschen Parteienstaats, der politische Opposition diskreditiert und aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt, war für sie ein Mahnmal. Hier beginnt die stille Verdrängung des Politischen, hier stirbt der Raum für Pluralität.

Auch ihr Exil in Frankreich und schließlich in den USA zeigte ihr, wie unterschiedlich Parteienkulturen Demokratie prägen. In den USA lehrte und schrieb sie, beobachtete die Funktionsweise von Lobbyismus, Parteidisziplin und politischer Konformität. Sie sah, dass Selbstschutz der Institutionen häufig Vorrang vor argumentativer Auseinandersetzung gewinnt – ein Phänomen, das sie in Deutschland wie in den USA als Bedrohung der Freiheit analysierte.

Die Gegenwart kennt einen neuen, subtileren Mechanismus des Ausschlusses. Nicht mehr der Ausnahmezustand des Souveräns, sondern das moralische Verdikt über das Sagbare regiert. Wer au-

ßerhalb des angenommenen Konsenses spricht, gilt nicht mehr als Gegner, sondern als Gefährder. Arendt hätte darin eine gefährliche Verschiebung erkannt: Vom Streit über Positionen hin zur Kontrolle der Positionierbarkeit selbst. Wenn nicht mehr gestritten, sondern nur noch abgegrenzt wird; wenn Dissens nicht mehr als notwendiges Moment der pluralen Öffentlichkeit begriffen wird, sondern als Vorstufe des Extremismus, dann verliert die Demokratie ihren innersten Kern. Sie verkommt zu dem, was Arendt eine „Verhinderung des Politischen“ nannte – die Herrschaft der Alternativlosigkeit.

Dabei war Arendt keine Romantikerin des Dissenses. Sie kannte den Abgrund

menschlicher Politik – sie hatte ihn erlebt, in den Gleichschaltungstechniken des Totalitarismus ebenso wie in der opportunistischen Selbstzerstörung der Weimarer Öffentlichkeit. Aber gerade deshalb bestand sie auf einer Einsicht: Politische Freiheit bedeutet nicht, dass alles gut wird – sie bedeutet, dass etwas Neues überhaupt möglich bleibt. Ihr Begriff der „Natalität“, der Fähigkeit zum Anfang, ist vielleicht ihr hellster Gedanke gegen die bleierne Atmosphäre politischer Stillstellung. Freiheit ist für sie weniger eine Rechtsform als ein Ereignis: das Erscheinen im öffentlichen Raum, das gesprochene Wort, der Widerspruch, der sich nicht entschuldigt.

Für die politische Toleranz

Arendt wusste, dass Freiheit anstrengend ist. Dass sie riskant ist. „Die Freiheit ist ein heikles Geschäft“, schreibt sie, „denn sie kann immer missbraucht werden.“ Aber für sie war das kein Grund zur Zählung, sondern der Grund für Öffentlichkeit selbst. Eine Gesellschaft, die Konflikte nur noch als Gefahr begreift und nicht mehr als Quelle politischer Energie, verliert das, was sie schützen will. In diesem Sinne war Arendt eine Radikale – aber nicht im Sinne der Feindschaft, sondern der Öffnung. Radikal in der Forderung: Lasst uns einander aussetzen. Nicht abschaffen, nicht neutralisieren, nicht moralisch vernichten – sondern hören, sprechen, handeln.

50 Jahre nach ihrem Tod bleibt Arendt unbequem. Sie passt nicht in die Lager und in die Erzählung der „wehrhaften Demokratie“ ebenso wenig wie in die der Systemopposition. Sie wäre vermutlich missverständlich gegenüber beiden Seiten. Ihr Maßstab war ein anderer: Gibt es noch einen Raum, in dem Menschen sich als Handelnde begegnen – nicht als Rollen, Zielgruppen oder Risiken? Wenn wir diese Frage heute stellen, nicht abstrakt, sondern angesichts echter Spaltungen, dann verstehen wir vielleicht, warum Arendt nicht veraltet, sondern dringlich wirkt.

Vielleicht ist das ihre eigentliche Botschaft zum 50. Todestag: Die Demokratie stirbt nicht am Streit. Sie stirbt daran, dass einige mit anderen nicht mehr streiten wollen, ohne zugleich deren Vernichtung anzustreben.

VORDERASIEN

Als die Pahlavis als Schahs den Iran beherrschten

Reza Khan begründete vor 100 Jahren die erste genuin persische Dynastie in Persien seit fast tausend Jahren

Reza Khan entstammte einfachsten Verhältnissen. Früh wurde er Vollwaise. Als er 14 Jahre alt war, schrieb ein Onkel, bei dem er lebte, den 1878 in dem kleinen nordiranischen Dorf Alascht geborenen Jungen bei der persischen Kosakenbrigade ein, der er selbst als Stabsfeldwebel angehörte. Diese Leibgarde des Schahs diente auch dem Schutz des russischen Gesandten und wurde zunächst ausschließlich von russischen Offizieren befehligt.

1921 beteiligte sich Reza Khan maßgeblich am sogenannten Putsch vom 21. Februar. Kosakenhauptmann Reza Khan zog mit einer 3000 Mann umfassenden Einheit vom Hauptquartier in Qazvin nach Teheran und stürzte die Regierung unter Premierminister Fathollah Akbar Sepahdar. Danach übernahm er das Kommando über die Kosakenbrigade, die er zu einem zentralen Bestandteil seiner eigenen Militärmacht formte.

1925 war es dann so weit. Nachdem das Parlament im Oktober den seit 1909 regierenden siebten Herrscher der turkmenischstämmigen Kadscharer-Dynastie, Ahmad Schah Kadschar, abgesetzt hatte, rief es am 12. Dezember Reza Khan zum neuen Schah aus.

So begründete Reza Khan die Herrscherdynastie der Pahlavis. „Pahlavi“ war sein selbst gewählter Nachname, nachdem im Mai 1925 alle Perser per Gesetz verpflichtet worden waren, einen Nachnamen zu führen und sich bei den neu geschaffenen Meldebehörden registrieren zu lassen. Diese Pahlavi-Dynastie war das erste genuin persische Herrscherhaus nach fast tausend Jahren türkischer Dynastien.

Reza Schah Pahlavi, der eine eher deutschfreundliche Politik machte, musste 1941 auf Druck von Briten und Russen den Thron an seinen 1919 in Teheran geborenen Sohn Mohammad Reza Pahlavi abge-

ben. Der politisch unerfahrene Sohn galt den Alliierten als leichter beeinflussbar.



Reza Schah Pahlavi um 1930

In den Jahrzehnten nach diesem erzwungenen Thronwechsel verwandelte Mohammad Reza Pahlavi sein Land mit Hilfe von Ölmilliarden in einen modernen Staat, der sich stark am Westen orientierte, bis hin zu einer Landreform und gleichen Rechten für Frauen, mit denen er sich in der schiitischen Geistlichkeit keine Freunde machte. Deshalb blieb seine Herrschaft autokratisch und wurde zunehmend repressiv.

Der Schah pflegte enge Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik war seit den 1950er Jahren einer der wichtigsten Handelspartner Irans. Zwischen Persien und dem deutschen Sprachraum existierten seit dem 19. Jahrhundert starke kulturelle Beziehungen. Die erste Ehefrau des Schahs, Soraya Esfandiary-Bakhtiary, hatte eine deutsche Mutter.

Weil sein Hauptverbündeter im Ausland, die Vereinigten Staaten von Ameri-

ka, und später auch seine Armee den Schah im Stich ließen, musste dieser 1979 während der Islamischen Revolution den Iran verlassen. Er starb ein Jahr später im ägyptischen Exil.

Sein 1960 geborener einziger Sohn, Reza Pahlavi (II.), übernahm in der Emigration symbolisch die Rolle des Kronprinzen. Er setzte seine politische Ausbildung in den USA fort, machte einen Abschluss in Politikwissenschaft und engagierte sich seit Jahrzehnten für einen demokratischen Wandel im Iran. Zur Sicherheitskonferenz im Februar dieses Jahres war er zunächst nach München eingeladen worden, wurde aber kurzfristig wieder von der Ampelregierung ausgelassen. Obwohl die Familie keinen realen Machtanspruch mehr im Iran hat, bleibt sie symbolisch stark. Reza Pahlavi sieht sich als Vertreter eines säkularen, demokratischen Irans nach dem Ende der Theokratie.

Bodo Bost

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Gegensatz zu Marx, Engels und Lenin war der chinesische Revolutionsführer und „Große Steuer-mann“ Mao Zedong keine intellektuelle Größe. Vor seiner Karriere als kommunistischer Funktionär brachte er es mit Mühe und Not bis zum Grundschullehrer. Dennoch mutierte das Konglomerat der von Mao geäußerten Ideen zu einer eigenständigen kommunistischen Weltanschauung, welche das politische Denken und Handeln in der Volksrepublik China ab 1949 bestimmte und auch im Ausland unzählige Anhänger fand.

So folgte das Regime des Enver Hodscha in Albanien zwischen 1961 und 1978 den Idealen Maos. Darüber hinaus waren und sind Maoisten in Staaten wie Nepal, den Philippinen, Indien, Bangladesch, Kambodscha, Afghanistan, dem Iran, der Türkei und Peru sowie auch in westlichen Ländern aktiv. In der Bundesrepublik konzentrierten sich die Anhänger der Lehren des chinesischen Staats- und Parteichefs in den sogenannten K-Gruppen, die im Zuge des Niedergangs der Studentenbewegung der 1960er Jahre entstanden. Dabei bekleiden Ex-Maoisten wie Winfried Kretschmann, Ulla Schmidt oder Jürgen Trittin teilweise noch heute hohe Ämter.

Mittlerweile steht fest, dass es sich beim praktisch gelebten Maoismus in den Volksrepubliken China und Albanien sowie dem sogenannten Demokratischen Kampuchea (Kambodscha) um die seinerzeit schlimmste Spielart des Kommunismus handelte, die viele Millionen Menschenleben kostete und vor allem durch zwei Merkmale geprägt war: brutale immerwährende Repression sowie völlige wirtschaftliche Inkompetenz.

Bis zum Kannibalismus

Kurz nach der Machtübernahme Maos in ganz Festlandchina begann im Juni 1950 der Terror gegen die Grundbesitzer. Im Zuge der Eliminierung der „Klassenfeinde auf dem Land“ erhielten 300 Millionen Bauern 47 Millionen Hektar Ackerboden zugewiesen, woraufhin bald darauf die Zwangskollektivierung folgte. Dem schloss sich die „Kampagne zur Unterdrückung von Konterrevolutionären“ an, welche ausdrücklich darauf abzielte, die politische Opposition „auszurotten“. Dann ging es mit der „Drei-Anti-“ beziehungsweise „Fünf-Anti-Bewegung“ weiter, der vor allem Geschäftsleute und Inhaber von privaten Unternehmen zum Opfer fielen. 1955 und 1957 wurde zum Kampf gegen „verborgene konterrevolutionäre Elemente“ sowie „Rechtsabweichler“ innerhalb der Kommunistischen Partei geblasen. Das alles forderte mehr als acht Millionen Menschenleben, doch es sollte noch schlimmer kommen.

Während der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ von 1966 bis 1976 zur Zurückdrängung angeblicher kapitalisti-



„Großer Sprung nach vorn“: Bis zu 55 Millionen Menschen starben in der größten Hungerkatastrophe der Geschichte. Ein Resultat des menschenverachtenden Maoismus

IDEOLOGIE

Die mörderische Saat eines Volksschullehrers

Brutale Verfolgung, wirtschaftlicher Dilettantismus und fanatische Anhänger: Den Lehren Mao Zedongs fielen Abermillionen Menschen zum Opfer – Doch Maoisten gibt es immer noch in vielen Ländern

schers und bürgerlicher Tendenzen sowie zur Ausmerzungen „alter Denkweisen, Kulturen, Gewohnheiten und Sitten“ fanden unzählige kleinere und große Massaker statt, wobei die Anhänger Maos die Ermordeten aus den „fünf schwarzen Kategorien“ manchmal sogar in rituellen kannibalistischen Sitzungen verspeisten. Das kostete möglicherweise bis zu 20 Millionen Tote.

Ähnlich grausam wüteten die maoistischen Roten Khmer in Kambodscha. Sie haben wohl mehr als zwei Millionen ihrer Landsleute auf dem Gewissen, etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung. In Albanien hingegen wurden während der Diktatur des langjährigen Mao-Gesinnungsgenossen Hodscha „nur“ 6.000 Menschen hingerichtet. Allerdings unterhielt das Regime zahllose Straflager, in denen mindestens jeder zwanzigste Albaner einsaß. Dabei konnten schon christliche oder muslimische Gebete im „ersten atheistischen Staat der Welt“ zur Todesstrafe oder jahrzehntelanger Inhaftierung führen.

Das himmelschreiende wirtschaftliche Unvermögen der Maoisten zeigte sich in China am eindrucksvollsten während der Zeit des berühmten „Großen Sprungs nach vorn“ von 1958 bis 1961. Vor dem Hintergrund der radikalen Abwendung vom bisherigen Verbündeten Sowjetunion sollte die Wirtschaft Chinas auf eigene Füße gestellt und die Industrieproduktion aufs Land verlegt werden. Das Ganze begann mit der versuchten Ausrottung von „Störenfriedern“ wie Ratten, Mücken, Fliegen und Sperlingen, wobei der Wegfall der Vögel zur ökologischen Katastrophe führte.

„Nie wieder“ kennen Maoisten nicht

Danach wurden die Kooperativen der Bauern in Großkooperativen zusammengefasst, welche Staudämme und Bewässerungskanäle bauen mussten. Und schließlich begann dann auch noch die „Schlacht um den Stahl“. Überall entstanden primitive Hochöfen, in denen die Landarbeiter

sämtliches verfügbares Metall einschmolzen, ohne dass dies irgendeinen nennenswerten volkswirtschaftlichen Nutzen erbrachte. Allerdings führte der Abzug der Bauern von den Feldern alsbald zu Nahrungsmittelengpässen.

Daraus entwickelte sich die Große Chinesische Hungersnot, welche die Kommunistische Partei im Reich der Mitte heute als „Dreijährige Schwierigkeitsperiode“ verharmlost. Möglicherweise forderte der „Große Sprung“ bis zu 55 Millionen Menschenleben, womit der Maoismus für die tödlichste Hungerkatastrophe in der Geschichte der Menschheit verantwortlich wäre.

Ähnlich steil ging es mit der Wirtschaft im maoistischen Albanien bergab. Der Kleinstaat auf dem Balkan war zeitweise das drittärmste Land der Welt mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet 13 Euro pro Monat. Das resultierte nicht zuletzt aus der extremen Paranoia von Hodscha, der

meinte, Albanien sei von lauter Feinden umgeben, weshalb er alle Ressourcen der Volksrepublik nutzte, um den Ausbau der Streitkräfte und der Geheimpolizei Sigurimi sowie die Errichtung einer Unzahl von Kleinbunkern zu forcieren.

Insgesamt kamen durch die brutale Unterdrückung derer, welche von den herrschenden Maoisten in China, Kambodscha und Albanien als Feinde bezeichnet wurden, sowie auch den ökonomischen Dilettantismus von Mao und Co. wohl mehr als 100 Millionen Menschen ums Leben.

Vor diesem Hintergrund ist es äußerst beunruhigend, dass die Neo-Maoisten mit ihrer radikalen Kapitalismuskritik und ihrem Faible für eine totale staatliche Kontrolle über „die Massen“ heute nicht nur in China wieder an Einfluss gewinnen, sondern auch im Westen Anhänger finden. Denn für Maoisten existiert kein „Nie wieder“, wenn es um die Verbrechen im Namen der eigenen Ideologie geht.

SCHRECKENSJAHR 536 N. CHR.

Als die Natur der Weltgeschichte eine neue Richtung gab

Die „Kleine Eiszeit der Spätantike“ stürzte Byzanz in eine tiefe Krise – und bereitete so den Boden für die spätere Expansion des Islam

Wenn Historiker darüber diskutieren, welches das schlimmste Jahr in der Geschichte der Menschheit gewesen sei, verweisen viele von ihnen immer wieder auf das Jahr 536 n. Chr. Dabei tobte damals kein größerer Krieg, und es gingen auch keine Seuchenwellen um.

Dafür fand ein Naturereignis statt, das der byzantinische Chronist Prokopios von Caesarea so beschrieb: „Die Sonne, ohne Strahlkraft, leuchtete das ganze Jahr hindurch nur wie der Mond und machte den Eindruck, als ob sie fast ganz verfinstert sei. Außerdem war ihr Licht nicht rein und so wie gewöhnlich.“ Das Gleiche berichteten auch chinesische und indonesi-

sche Quellen, weshalb das Ganze wohl ein globales Phänomen darstellte.

Mittlerweile gilt als sicher, dass die Abschwächung des Sonnenlichtes aus einem Vulkanausbruch herrührte. Dabei ist immer noch unklar, ob er auf Island, in Nordamerika, dem heutigen Papua-Neuguinea oder in Indonesien stattfand. Auf jeden Fall bewirkte er in Europa, Nordafrika und Asien sowie Nord- und Mittelamerika schwere Missernten und Hungersnöte, weil die Durchschnittstemperaturen um bis zu 2,5 Grad fielen.

Die Folge waren erhebliche soziale Verwerfungen in etlichen Regionen rund um die Welt. So kam es beispielsweise

zum Niedergang von Teotihuacán im Hochland von Mexiko, der damals größten Stadt auf dem amerikanischen Kontinent, und zur Halbierung der Bevölkerungszahl in Skandinavien und dem Baltikum. Wahrscheinlich ist der Fimbulwinter der nordischen Mythologie eine Reminiszenz an diese Klima-Anomalie.

Andererseits währte das Drama über das Schreckensjahr 536 hinaus. Denn um 540 brach ein weiterer großer Vulkan aus – diesmal handelte es sich wohl um den Ilopango im heutigen El Salvador. Dadurch blieben die Temperaturen weiterhin niedrig, sodass das Jahr 536 den Beginn der sogenannten Kleinen Eiszeit der

Spätantike markierte, welche letztlich bis gegen 660 andauerte und der Welt rund um das Mittelmeer noch zwei weitere hochnegative Entwicklungen bescherte.

Zuerst breitete sich ab 541 die Justinianische Pest aus. Diese eskalierte binnen kürzester Zeit zur Pandemie, in deren Verlauf zwischen 30 und 50 Prozent der Bevölkerung des früheren Römischen Reiches starben. Die hohe Zahl der Toten war dabei auch eine Auswirkung des Nahrungs- und Vitamin-D-Mangels aufgrund der vorherigen Klimakapriolen. Von der Pest verschont blieb die Arabische Halbinsel, auf der es nun im Gegensatz zu vielen anderen Regionen häufiger regnete,

weswegen die landwirtschaftlichen Erträge stiegen.

Dadurch verschob sich das Kräfteverhältnis zwischen den arabischen Stämmen und den angrenzenden Großreichen der Byzantiner und Perser. Infolgedessen konnten die Heere der muslimischen Araber in der Zeit ab 634 die Armeen beider Nachbarmächte schlagen. Damit nahm der Siegeszug des Islam seinen Lauf. Dieser bescherte der Christenheit unzählige weitere bittere Momente, bis dann 1347 das Erscheinen des „Schwarzen Todes“, also der Beginn der mittelalterlichen Pestepidemie, für die nächste Mega-Katastrophe sorgte.

W.K.



HEILSBERG

„Achtung, die Kinder kommen!“

Viel Spaß beim Üben und Vorführen ihres Könnens – Etwa 40 junge Tänzer nahmen an der zwölften Tanzwerkstatt der LO teil

VON UWE HAHNKAMP

In diesem Jahr wurde von der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) einmal mehr eine Volkstanzwerkstatt für junge Menschen der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen auf die Beine gestellt. Die inzwischen zwölfte Ausgabe der Veranstaltung ging vom 14. bis zum 16. November im Hotel „Górecki“ in Heilsberg über die Bühne und brachte knapp 40 Kinder und Jugendliche zusammen.

Das Quartier in Heilsberg hat sich seit Jahren sehr gut bewährt. Mehrere Tanzsäle, viele Zimmer und Vollverpflegung zu erträglichen Preisen für junge, sportliche und hungrige Menschen ergeben ein gutes Gesamtbild, das auch in diesem Jahr eine hervorragende Basis für die Volkstanzwerkstatt darstellte. Selbst zwei am Sonnabend parallel stattfindende Partys stellten kein Problem dar, lediglich der ungehobelte Wortschatz einer dritten Gruppe männlicher Gäste, die vom Personal des Hotels und der Leiterin der Werkstatt Danuta Niewęglowska energisch und erfolgreich darauf hingewiesen wurde, dass Kinder in Hörweite waren ...

Ein Gefühl von Zuhause

Es ist in einem Hotel ungewöhnlich, dass eine große Gruppe Kinder unterschiedlichen Alters von ihren Zimmern durch Korridore und Treppenhäuser zum Übungssaal läuft. Für die erwähnten Gäste ein gewöhnungsbedürftiges Bild, für Monika Sochacka und ihr Team vom Hotel „Górecki“ seit Jahren jedoch eine Selbstverständlichkeit. Für Danuta Niewęglowska und ihre Tochter Dorota Cieklińska, die seit einigen Jahren als Tanztrainerin die Werkstatt bereichert, war es so, als kämen sie nach Hause. „Wir wissen, wer im Hotel wofür zuständig ist, wir finden die Wege beinahe mit geschlossenen Augen und können uns daher ganz auf das Training und unsere Tänze konzentrieren“, fasst Niewęglowska die sehr positive Situation vor Ort zusammen.



Höhepunkt der Veranstaltung: Die jungen Teilnehmer führen ihren Eltern ihr erlerntes Können vor

Bild: U.H.

Doch nicht nur diese beiden, die gemeinsam die Jugendtanzgruppe „Saga“ bei der Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Bartenstein leiten, fühlen sich bei der Werkstatt zuhause. Diese Atmosphäre spüren auch die Mitglieder der Gruppe, die traditionell einen großen Teil der Teilnehmer der Werkstatt stellen und schon häufiger dort mittrainiert haben, sowie die ebenfalls werkstattefahrenen Tänzerinnen und Tänzer aus Bischofsstein und Lemkendorf, die jeweils an ihren Schulen Deutsch als Minderheitensprache lernen und sich mit der regionalen Kultur und den hiesigen Tänzen befassen. Selbst die Neulinge, die jüngsten Teilnehmerinnen unter anderem aus Neidenburg, tauten nach anfänglicher Angst und Schüchternheit auf und wollten am Sonntag zum Ende der Veranstaltung gar nicht mehr nach Hause.

Während die beiden Bartensteiner Leiterinnen sowie die Lehrerinnen von

„Es war eine Herausforderung und nicht einfach mit den Figuren...“

Gabriela Zajchowska und Marcelina Styik
Tänzerinnen der Gruppe „Saga“

der Schule in Lemkendorf bereits ein eingespieltes Team in Training und Betreuung sind, war die Tanzwerkstatt für zwei andere Beteiligte anfangs noch ein ungewohntes Terrain.

Zum einen für den Verfasser dieses Artikels, der in den letzten Jahren als Journalist der Deutschen Minderheit in der Region die Werkstatt begleitet hatte und

in diesem Jahr als neuer Allensteiner Repräsentant der Landsmannschaft Ostpreußen, die die Werkstatt veranstaltet und finanziert, erstmals die organisatorischen Hintergründe managte. Zum anderen für Paweł Urbański von der Tanzgruppe „Saga“, der bisher als Tänzer und nun zum ersten Mal in der Rolle als Betreuer für die Jungen teilnahm.

„Es war ein seltsames Gefühl, auf der anderen Seite zu stehen, obwohl ich mich gut darauf vorbereitet habe und das seit Langem machen will“, sagt der gerade erst 20-jährige, aber erfahrene Tänzer und schmunzelt über den „Fluch der Verantwortung“: „Jetzt bin ich erwachsen, darf endlich viel mehr machen, aber als Vorbild bei der Arbeit mit den jungen Menschen geht das schon wieder nicht.“

In seine Verantwortung fiel die Integration der Teilnehmer am ersten Abend und die Disziplinierung vor allem der Jungen. Ein wichtiger Punkt im Seminar und beim

Tanzen ist die Zusammenarbeit, wie Niewęglowska erklärt: „Die Kinder spielen sich ein, helfen sich gegenseitig auch in praktischen Fragen wie dem für viele von ihnen neuen Benehmen im Hotel, und das hilft auch beim Tanzen. Es gibt keinen Tanz ohne Kooperation.“

Eigene Choreographien der Teilnehmer

Gleichzeitig lockt die Chance, etwas selbst gestalten zu können, auch anfangs unwillige Teilnehmer aus der Reserve. Eine Gruppe Achtklässlerinnen übernahm Verantwortung und die Führung beim Tanz zum Lied „let's kiss“, doch noch bedeutender war die Gestaltung der Präsentation vor den Eltern am Sonntag zum Abschluss der Werkstatt. „Diese Vorstellung machen wir seit drei, vier Jahren und bisher haben wir als Leiterinnen die Choreographie gemacht“, erklärt Cieklińska, „diesmal sollten die Teilnehmer nach dem Kennenlernen einzelner Tanzelemente selber einen Tanz entwickeln. Wir wollten sehen, ob sie es schaffen. Und ich war wirklich sehr beeindruckt von dem Potential ihrer Phantasie.“ Also wurden sämtliche sechs Tänze aufgeführt und der von den Teilnehmern als beste ausgewählte sogar mit allen Tänzern.

Gabriela Zajchowska und Marcelina Styik von „Saga“ sind ein klein wenig enttäuscht, dass nicht ihre Choreographie gewählt wurde, aber Spaß gemacht haben der Auftritt und die gesamte Werkstatt allemal: „Es war eine Herausforderung und nicht einfach mit den Figuren, aber bei der Veranstaltung konnten wir viele neue Leute kennenlernen, viel lernen und viel Spaß haben.“

Sie werden also vermutlich im nächsten Jahr wieder mit dabei sein, wenn es im Hotel „Górecki“ heißen wird: „Achtung, die Kinder kommen!“ Auf jeden Fall mit von der Partie ist Urbański: „Ich bleibe hier in der Region. Bartenstein ist meine Stadt und ich brauche keinen anderen Ort in Polen oder der Welt.“ Das Dutzend ist nun voll, Werkstatt Nummer dreizehn kann also kommen.

KLEINLITAUEN

Das kulturelle Gedächtnis von preußisch-Litauen lebt fort

Ein Gespräch zum 500. Jubiläum des Herzogtums Preußen

Vor 500 Jahren entstand mit dem Herzogtum Preußen der erste lutherische Staat der Welt. Dieses Jubiläum wurde in der Bundesrepublik kaum gewürdigt, umso mehr aber in den Republiken Polen und Litauen. Der litauische Radiosender XFM in Wilna widmete aus diesem Anlass dem geistigen und kulturellen Erbe der „Kleinlitauer“ – jener litauischsprachigen Protestanten, deren Geschichte eng mit Ostpreußen verknüpft ist – eine Sendung. Gesprächspartner waren die Journalistin und Reiseführerin Aurelija Arlauskienė und der Fotograf Valentinas Juraitis. Moderiert wurde die Diskussion von Kęstutis Pulkas, dem Vorsitzenden des Rates für die Angelegenheiten Kleinlitauens.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand zunächst Stanislovas Rapolionis (Rapolionis), eine zentrale Figur der litauischen Reformation. Um 1490 nahe Eišiškės geboren, trat er zunächst als Franziskaner-

mönch in Wilna auf, bevor er sich unter dem Einfluss der Reformation vom Klosterleben abwandte.

Nach dem Verbot der neuen Lehre durch König Sigismund dem Alten floh Rapolionis 1542 nach Preußen, promovierte



Er war eine zentrale Figur der litauischen Reformation: Stanislovas Rapolionis

in Wittenberg – in Anwesenheit Martin Luthers – und wurde Mitbegründer der protestantischen preußischen Albertus-Universität (Albertina) in Königsberg, deren erster Theologieprofessor er wurde.

Mitbegründer der Albertus-Universität

1545 veröffentlichte er das Werk „De ecclesia et eius notis“ („Über die Kirche und ihre Merkmale“) und wirkte auch an Martynas Mažvydas' (Martin Mosvid) „Katechismus“, dem ersten litauischen Buch, mit. Rapolionis starb im selben Jahr in Königsberg. Auf seinem Grab im Dom steht: „Hier ruht ein großer Mann, der Ruhm des litauischen Volkes.“

„Ich habe Rapolionis während meiner Arbeit als Reiseleiterin entdeckt“, so Arlauskienė. „Vor 15 Jahren plante ich eine Tour durch den Bezirk Šalčininkai und erfuhr, dass auf Gut Gornostajšškės der Frei-

heitskämpfer, Kirchenreformer und frühere Verbannte Bronius Skiauterė (1924–2013) lebte, der 1986 beschloss, Rapolionis ein Denkmal zu errichten.“ Die von Konstantinas Bogdanas geschaffene Bronzebüste wurde während der politischen Umbrüche 1990 zerstört; heute steht nur noch der Granitsockel am ehemaligen Herrenhaus. „Wenn ich mit Besuchern dorthin fahre“, so Arlauskienė, „legen wir Blumen nieder – zum Gedenken an Rapolionis und an den Mut von Skiauterė.“

Der Fotograf Valentinas Juraitis, Mitglied des Rates für Kleinlitauen, dokumentiert seit Jahren das protestantische Erbe in Ostpreußen. „Viele wissen kaum, dass hier auch die Wurzeln der litauischen Schriftsprache liegen“, sagte er. In seiner Arbeit zeigt er Kirchen, Friedhöfe und Schulhäuser, die einst Zentren litauischer Kultur waren – viele davon sind heute zerstört oder zweckentfremdet. „Ich habe et-

wa 15 Jahre lang für Zeitschriften und eigene Projekte fotografiert“, berichtete Juraitis. „Viele der Orte, die ich damals aufnahm, existieren heute nicht mehr. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die litauisch-preußischen Bewohner vertrieben oder ermordet – ihr Erbe verschwindet.“ Bis zum Beginn des Ukrainekrieges führten ihn Studienreisen regelmäßig nach Königsberg, Tilsit und Tolmingkehmen, wo das Donelaitis-Museum an den großen Dichter erinnert. „Heute ist das alles unerreichbar geworden“, sagte Juraitis. „Kleinlitauen, das geistige Herz der Reformation, liegt hinter Grenzen – doch sein kulturelles Gedächtnis lebt fort.“ Die Ausstellung „Das Erbe der Litauischen Preußen im Königsberger Gebiet“ (Lietuvinių paveldas Karaliaučiaus krašte) von Juraitis ist derzeit im Tuskulėnai-Memorial in Wilna (Žirmūnų g. 1F) zu sehen. *Bodo Bost*

Wir gratulieren...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 103. GEBURTSTAG

Wolf, Christel, geb. Olk, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

ZUM 102. GEBURTSTAG

Kiesling, Erna, geb. Barkus, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

101. GEBURTSTAG

Luetke, Meta, geb. Schulz, aus Ankern, Kreis Mohrungen, am 5. Dezember

Spangehl, Erhardt, aus Herren-dorf, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bardtke, Lilli, geb. Trylus, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kamann, Alfred, aus Gerhards-weide, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember

Moehrke, Karl-Heinz, aus Lyck, am 5. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kießling, Irmgard, geb. Borawski, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 11. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Eisner, Karl-Heinz, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Laddach, Egon, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Schneider, Anton, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 10. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brennig, Hildegard, geb. Trott, aus Lissau, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Gerull, Christel, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember

Gerull, Gerda, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dietz, Helga, geb. Tolksdorf, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember

Gubernatis, Marianne, geb. Karau, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember

Kerstan, Erna, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember

Kruska, Horst, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember

Möhrstedt, Helene, geb. Biallas, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 7. Dezember

Nötzel, Ruth, geb. Kerlies, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 7. Dezember

Rogowski, Anneliese, geb. Dölle, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Salk, Eitel, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember

Schönherr, Hans-Georg, aus Lötzen, am 8. Dezember

Ziegner, Elfriede, geb. Dwojakowski, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 11. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dorka, Hedwig, geb. Olbrisch, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember

Ebert, Horst, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Dezember

Grunau, Paul, aus Mohrungen, am 10. Dezember

Heckes, Else, geb. Möglich, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Kaulbach, Dora, geb. Bartel, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember

Royla, Werner, aus Kielen, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Schulten, Olga, geb. Puppa, aus Wildfrieden, Kreis Johannisburg, am 8. Dezember

Westphal, Hans-Joachim, aus Adelau, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bartholmei, Erhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Dezember

Engelbrecht, Gitta, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember

Jorzick, Günter, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Kölling, Sigrid, geb. Palten, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Korff, Vera, geb. Jurschat, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dietrich, Marga, geb. Kutzorra, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember

Friedrich, Joachim, aus Lötzen, am 10. Dezember

Giese, Christel, geb. Moritz, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember

Herholz, Edeltraud, geb. Dolch, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Kiesewetter-Langanke, Inge, geb. Langanke, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Dezember

Meyer, Loni, geb. Petrick, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember

Nicolovius, Else, aus Treuburg, am 5. Dezember

Oyman, Christel, geb. Broschinski, aus Pollwitten, Kreis Mohrungen, am 5. Dezember

Stannehl, Horst, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bolz, Christa, geb. Mohr, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 8. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauer, Sigrid, geb. Kulessa, aus Groß Warnau, Kreis Lötzen, am 10. Dezember

Bogdal, Brigitte, geb. Skorloff, aus Erlenrode, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember

Heister, Gertrud, geb. Bolz, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember

Moritz, Manfred, aus Treuburg, am 8. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Hänßchen, Hans-Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Ficht, Gerda, geb. Gause, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember

Josuweit, Siegfried, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

Koch, Kuno, aus Neu Bestendorf, Kreis Mohrungen, am 7. Dezember

Krämer, Annelore, geb. Kalwa, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Lubinski, Gisela, geb. Meyer, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Reck, Dietrich, aus Lötzen, am 5. Dezember

Schäfer, Martha, geb. Schwarz, aus Blumental, Kreis Lyck, am 9. Dezember

Skulimma, Willi, aus Waldau, Kreis Königsberg-Land, am 26. November

Zilian, Arno, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 11. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bauer, Christel, geb. Skambracks, aus Doblilien, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember

Baumgart, Christel, geb. Schemin, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Hildebrandt, Brigitte, geb. Torkler, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 7. Dezember

Kassat, Erwin, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember

Molitor, Horst, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 10. Dezember

Rohde, Erika, geb. Schadwinkel, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember

Spangenberg, Ruth, geb. Pilath, aus Ortelsburg, am 10. Dezember

Steding, Ingrid, geb. Schemmert, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 11. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Hänßchen, Hans-Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

ANZEIGE



seit 1912

Gehlhaar

Original Königsberger Marzipan

Pralinen, Butter- & Marzipanstollen, Edelkuvertüren & Gebäck.

Reine Handarbeit. Versand in alle Welt. Garantiert ohne Konservierungsstoffe!

Werner Gehlhaar GmbH, Klarenthaler Straße 3

65197 Wiesbaden; früher Königsberg/Preußen

Telefon 06 11 / 44 28 32 · Fax 06 11 / 44 14 13 · www.gehlhaar-marzipan.de



Ostpreussisches Landesmuseum

Weihnachten in Ostpreußen – ausgewählte Objektgeschichten
Führung durch die Dauer-
ausstellung des Ostpreußi-
schen Landesmuseums mit
Dr. Annabelle Petschow

Sonntag, 14. Dezember 2025,
14.00 Uhr, 1,50 € (zzgl. Muse-
umseintritt)

Bis heute ist der ostpreußische Winter mythisch aufgeladen und fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Zentrales Ereignis war das Weihnachtsfest, das feierlich und traditionell gefeiert wurde. In ihrer Führung erzählt Dr. Annabelle Petschow,

Abteilungsleiterin Bildung und Vermittlung, anhand ausgewählter Objekte spannende, bewegende und humorvolle Geschichten rund um Weih-

nachten in Ostpreußen. So entsteht ein lebendiges Bild der weihnachtlichen Bräuche und Lebenswelten Ostpreußens in jener Zeit.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten: Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt. Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei!

Müller, Dr. Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember

Posdziech, Werner, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 11. Dezember

Walka, Siegfried, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Hänßchen, Hans-Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Dezember

Paul, Ilse, geb. Siegmund, aus Ankern, Kreis Mohrungen, am 10. Dezember

Sühl, Astrid, geb. Willamowski, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Mazioschek, Christine, geb. Czyschi, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 11. Dezember

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 51-52/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 51-52/2025 (Erstverkaufstag 19. Dezember) bis spätestens Dienstag, den 9. Dezember, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreussischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2026“ präsentiert die Schicksale hinter den Kunstwerken. Der Kalender mit Bildern wie diesem Ölgemälde von Erich Gindler: Aus dem Königsberger Hafen, entstanden um 1960, kostet 25,50 Euro, einschließlich Portokosten, und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de

Bild: Ostpreussisches Landesmuseum

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Ostpreußisches Landesmuseum

Ernst Wiecherts literarisches Vermächtnis **Buchvorstellung und Vortrag mit dem Herausgeber Michael Friese**
Mittwoch, 10. Dezember, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,00 €

In der ersten Hälfte des 20. Jh. zählte Ernst Wiechert (1887-1950) zu den meistgelesenen und erfolgreichsten Erzählern im deutschsprachigen Raum. Vor 75 Jahren verstarb der ostpreußische Dichter in Stäfa am Zürichsee in der Schweiz. Aus diesem Anlass hat die Internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft (IEWG) den neuen Band »Lasse in der Truhe, was du Gutes hier getan!« – Ernst Wiecherts literarisches Vermächtnis« veröffentlicht.

In einem Einführungsvortrag beleuchtet Michael Friese, Vorsitzender der IEWG und Mitherausgeber des Buches, Leben, Werk und Wirkung Ernst Wiecherts. Er zeigt auf, dass Wiecherts Stimme – auch 75 Jahre nach seinem Tod – nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt hat.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten: Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt. Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei!

liche Zeit. Kaiser Joseph II. hob nach dem Tod seiner Mutter 1780 die Rechte der Sachsen auf. Nach dem verlorenen Krieg gegen Preußen musste Siebenbürgen an Ungarn abgetreten werden. Am Ende des Ersten Weltkriegs 1918 fiel das Gebiet an Rumänien.

Durch den Frontwechsel Rumäniens 1944 wurden die Siebenbürger Sachsen in die Katastrophe gestürzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgte eine über 40 Jahre dauernde Zeit der Verfolgung. Zwar fand keine Vertreibung außer Landes statt. Allerdings propagierte die kommunistische Führung Rumäniens die „Liquidierung“ der Volksgruppe und betrieb diese mit aller Macht. Nach der Kapitulation Deutschlands kamen 1945 die ersten Siebenbürger Sachsen als Flüchtlinge, entlassene Kriegsgefangene sowie als Deportierte an. Heute leben noch ca. 25.000 Landsleute im Land. Es gibt kein geschlossenes Siedlungsgebiet mehr. Bereits 1949 entstand der Verband der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben. Daraus bildeten sich die beiden Landsmannschaften, die als Sachverwalter aus dem freien Westen für ihre Landsleute eintraten.

Zum Schluss streifte Christian Joachim noch weitere deutsche Siedlungsgebiete, das Baltikum, Donauschwaben, Banat u.v.m.

Der Nachmittag ging mit einer angeregten Diskussion zum Gehörten zu Ende.

Adventsnachmittag

Hof – Sonnabend, 13. Dezember, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Adventsnachmittag.

Adventsfeier

Nürnberg – Dienstag 16. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbusch Straße 1, Langwasser: Adventstreffen. Wir lassen das Jahr Revue passieren und machen uns einen gemütlichen Nachmittag bei

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de



Landesgruppe Bremen Der „Markt in der Berliner Freiheit“ war ein voller Erfolg. Am Marktstand stehen von links nach rechts - Regine Mentz, Irene Pichottka und Dr. Gisela Borchers
Bild: Heinrich Lohmann

Weihnachtsgeschichten und Plätzchen.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, E-Mail:
heinrichlohmann@gmx.de,
Telefon (0421) 3469718

Adventsfeier

Bremen – Montag, 15. Dezember, 15 Uhr, Hotel Robben Grollander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland (BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“): Adventsfeier. Für das Kaffeegedeck werden vom „Grollander Krug“ 16,- Euro berechnet.

Wir freuen uns auf die Adventsansprache von Pastor Andreas Hamburg von der Bremer Markus-Gemeinde und möchten auch in diesem Jahr harmonisch und besinnlich zusammen sein, gemeinsam Lieder singen und uns an weihnachtlich heimatlichen Geschichten erfreuen. Schwester Ingeborg Rebischke wird das Singen wieder mit ihrer Gitarre begleiten. Das Haus erbittet eine Bestellung der

erforderlichen Kaffeegedecke. Daher benötigen wir Ihre Anmeldung, die Sie telefonisch bei Dagmar Schramm unter Telefon (04298) 698765) oder per E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de vornehmen können.

Bericht

Unser „Markt in der Berliner Freiheit“ am 20. und 21. November war wieder ein großer Erfolg. Er hat sich für uns erneut nicht nur finanziell gelohnt. An den Reaktionen unserer Besucher merkten wir, dass sich eine solche Präsentation als ein gern besuchter öffentlicher Auftritt unserer Landsmannschaft darstellt.

Wir danken Frau Susanne Krenz, ihrer guten Freundin und Frau Irene Pichottka, die Thorner Kathrinchen und ostpreußische Pfefferkuchen gebacken und gespendet haben. Dieses typische heimatliche Gebäck war, ebenso wie das Königsberger Marzipan, bereits am ersten Tag fast vollständig vergriffen.

Mindestens fünf Zeitungen hatten unsere Presseerklärung verbreitet, was zur Folge hatte, dass unser „Standpersonal“, bestehend aus Regine Mentz, Dr. Gisela Borchers, Irene Pichottka, St. Ingeborg Re-

bischke, Hartmit Rogall, Falk Möhlenhoff und Heinrich Lohmann mit dem Verkauf, vor allem aber auch als Gesprächspartner, an beiden Tagen von 8. Uhr bis 18. Uhr sehr gefordert war.

Wir danken auch Frau Bockelmann und Herrn Springer vom Center Management, die uns, wie jedes Jahr, den Platz einschließlich der Möblierung erneut kostenlos zur Verfügung gestellt haben, für die sehr freundliche Zusammenarbeit.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel,
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Adventsfeier

Dienstag, 9. Dezember, 12 bis 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Adventsfeier der ost- und mittel-

Fortsetzung auf Seite 16



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Siebenbürgen und andere deutsche Siedlungsgebiete

Hof - Christian Joachim begrüßte bei der Versammlung im November die Mitglieder und gratulierte den Geburtstagskindern der vergangenen Wochen. Thema des Nachmittags war Siebenbürgen. Im 12. Jahrhundert rief der ungarische König Geysa II. deutsche Kolonisten zum Schutz der Kronen nach Siebenbürgen. Viele kamen aus dem Rhein-Mosel-Gebiet. Die Siedler verschmolzen zu einem neuen deutschen Stamm, den „Saxones“. Im Golde-

nen Freibrief von 1224 bekräftigte König Andreas II. die verliehenen Rechte. Dazu gehörten die Gebiets-hoheit über das besiedelte Gebiet, eine eigenständige Gerichtsbarkeit und Selbstverwaltung. Es entstanden u.a. die befestigten Städte Hermannstadt, Kronstadt, Schäßburg und Bistritz, sowie ca. 300 mit Kirchburgen bewehrte Dörfer. In den Städten gab es ein hochentwickeltes Zunfts-system. Die sächsischen Kaufleute trieben bis nach Vorderasien und Westeuropa Handel. Auch ein eigenständiges Schulwesen wurde entwickelt.

Das selbstständige, aber tributpflichtige Fürstentum Siebenbürgen trat 1547 geschlossen zum Luthertum über. Zwar bekräftigte Kaiser Leopold I. 1691 die sächsischen Autonomierechte. Diese mussten jedoch gegen den ungarischen Adel mühsam behauptet werden. Seuchen und Kriege prägten die dama-

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-09-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Adventsfeier

Anklam - Sonnabend, 6. Dezember, 10 bis 16 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49: Adventsfeier für alle Ostpreußen, Pommern, Westpreußen, Sudetendeutschen, Neumärker, Schlesier und alle Freunde der Heimat.

Erstmals gibt das Akkordeon-Orchester „Die Strandtasten“ aus Greifswald ein Adventskonzert in Anklam. Außerdem wird der Posauen- und Gesangschor Bansin / Usedom mit Weihnachtsliedern erwartet. Auch das gemeinsame Singen soll nicht zu kurz kommen. An die Adventsandacht schließt sich das feierliche Gedenken an die verstorbenen Landsleute des Jahres 2025 an. Vorbereitet sind ein gemeinsames Mittagessen, eine weihnachtliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang, Heimatbüchern und Kalendern.

Kuno Kutz

Am 6. Dezember ist im Volkshaus noch Gelegenheit, für die jährliche Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“ zu spenden. Die Spenden erhalten der russische Kant-Chor Gumbinnen und die Diakonie-Station „Sandora“ Heydekrug. Es ist zugleich die Jahresversammlung des Verbandes mit Rückblick und Kassenbericht 2025 sowie einem Ausblick auf die Vorhaben 2026. So ist das nächste Landestreffen der Ostpreußen MV am 12. September 2026 im Volkshaus Anklam geplant. Eingeladen sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen sowie aus anderen Heimatgebieten.

Angehörige, Gäste und Interessenten sind ebenfalls herzlich willkommen.

Manfred F. Schukat



Vorsitzender: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850, Bezirksgruppe Lüneburg: Helmut E. Papke

Adventsfeier

Oldenburg - Mittwoch, 10. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38: Adventsfeier. Zum Adventsnachmittag mit Liedern, Gedichten und Geschichten rund um Advent und Weihnachten sind Mitglieder und Freunde herzlich willkommen. Ein Basar mit Weihnachtsprodukten oder -basteleien wird nicht eingerichtet. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort. Die Gruppe trifft sich immer am zweiten Mittwoch im Monat im Stadthotel, Hauptstraße 38 in 26122 Oldenburg-Eversten, jeweils um 15 Uhr, Telefon (0441) 5009-0; jedoch nicht im Januar 2026. Das nächste Treffen wird stattfinden am Mittwoch, 11. Februar.



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzender: Joachim Mross, Schriftführerin: Dr. Bärbel Beutner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Weihnachtstreffen

Bielefeld - Der letzte im Jahr 2025 stattfindende Heimatnachmittag der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen steht ganz im Zeichen des Advents. Wir laden alle interessierten Menschen unserer Stadt, ganz besonders aber die Bewohner aller ehemaligen deutschen Ostgebiete sowie ihre Nachkommen und die Angehörigen der Deutschen aus Russland zu unserer Adventsfeier am 15. Dezember in das Lokal 1802 am Bültmannshof ein. Der bunte Nachmittag beginnt um 15 Uhr, wir möchten zusammen Kaffee trinken, singen, Traditionen der Heimat und Gemeinschaft pflegen und uns auf Weihnachten einstimmen. Lassen Sie sich gerne einladen und bereichern unsere Feier durch Ihre Teilnahme mit Ihren Gedanken und Erlebnissen.

Adventliches Ostpreußentreffen Lippe - Die Landsmannschaft Ostpreußen Kreisgruppe Lippe lädt für Mittwoch, den 10. Dezember, 15 Uhr, zu ihrer Adventsveranstaltung in die Stadthalle Detmold (Kleiner Festsaal, I. Obergeschoss) alle Mitglieder, Freunde und Interessierten herzlich ein.

Pfarrer Richard Krause hält eine Andacht zum Advent, außerdem

werden Adventslieder gesungen und eine weihnachtliche Geschichte vorgetragen. Nicht fehlen darf die festliche Kaffeetafel mit Planchandern (auf ostpreußisch: Gute Gespräche führen).

Jedermann ist willkommen, Anmeldung unter Telefon 05232/3232 oder E-Mail stephan@grigat.eu wird dringen erbeten. Gäste zahlen einen Kostenbeitrag von 10 €.



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Brauchtum

Dresden - Mittwoch, 10. Dezember, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße: Der ostpreußische Weihnachtsmann - Brauchtum.

Weihnachten

Limbach-Oberfrohna - Sonnabend, 13. Dezember, 14 bis 16 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3, H.-Mauersberger Raum: Heimatliche Weihnacht.



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenstede, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V. - Der November ist meist voller Termine, so auch bei

uns. Neben dem routinemäßigen Wrukenessen kommen stets Volks- trauertag und Toten- oder auch Ewigkeitssonntag hinzu. Der Letztgenannte ist zugleich der große Erinnerungstag mit der Niederlegung der Kränze der Stadt Flensburg und von uns am Ehrenmal „Unsern Toten, die im Osten ruhn“. Es ist ein feierliches Gedenken, seit Jahren von der Harrisleer Pastorin Silke Wierk geleitet, von „unserem“ Organisten Sven Rösch an der Orgel begleitet und umrahmt vom Bläserchor unter Jens Wischmeyer.

Auch wenn die Zahl der Anwesenden immer kleiner wird - diesmal waren wir gerade mal 20 Personen - tut dies der innigen Anteilnahme keinen Abbruch; eine stärkere Beteiligung wäre natürlich wünschenswert. Pastorin Wierk sagte dazu verständnisvoll, wer heute noch eigene Erinnerungen habe, sei deutlich über 80 Jahre alt. Sie stellte in ihrer Predigt die Heimat in den Mittelpunkt, ausgehend von derjenigen des ersten Vertriebenen-Bischofs der Nachkriegszeit, Bischof Maximilian Kaller, die er im Juni 1945 gehalten hatte und den vertriebenen Gläubigen sinngemäß sagte: Die Heimat ist uns genommen, aber man kann ohne Heimat nicht leben. So muß man eine neue Heimat aufbauen, wie es unsere Vorfahren machten, die nach Ostpreußen kamen und dort siedelten.

Dies taten die zahlreichen Flüchtlinge erfolgreich im Flensburg Raum, wie es auch der Vertreter Flensburgs, der stv. Stadtpräsident Ralf Loell, lobend erwähnte. Er wies darauf hin, daß die rund 40.000 nach Flensburg gekommenen Vertriebenen mit ihrem Beispiel als Vorbild für heutige Flüchtlinge dienten.

Michael Weber



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefert@t-online.de

Monattreffen

Aßlar - Sonntag, 7. Dezember, 14 Uhr, Ratsstuben der Stadthalle Aßlar, Mühlgrabenstraße 1: gemeinsame Advents- und Weihnachtsfeier des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Landsmannschaften.

Adventsfeier

Kassel - Sonntag, 14. Dezember, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldaal Straße 140, Kassel-Wolfsanger: Advents- und Vorweihnachtsfeier der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, unter der Leitung von Dorothea Deys.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

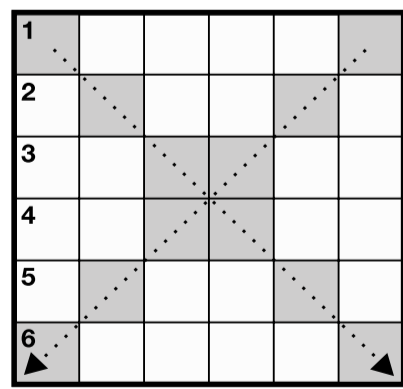
Rätsel

Word search puzzle grid with clues in German. Clues include: Schaubild, lediglich, Aristokrat, Rassehund, sportlicher Wettkämpfer, Schmuckstein, vorderer Hals, ermächtigt, obere Gesichtspartie, Wassermarder, Widerhall, Spielblatt, Abfolge von Augenblicken, altindischer Gott, großer Behälter, fass, jmdn. zu e. Außerung veranlassen, Destillationsgefäß, Südostasien (ugs.), Kante, Winkel (süddeutsch), Tiermund, Einheit d. Beleuchtungsstärke, amerik. Schauspieler (Clark), Odyssee, dt. Schauspielerin (Hannelore), kleiner Junge (Kosewort), Matte, Decke, Fremdwortteil: unter, norweg. Komponist (Edvard), wertvolles Möbelholz, an dieser Stelle, an diesem Ort, auf der Violine spielen, barchschroff, griechische Göttin, Elektronikmesse in Berlin, Vorpäckungsgewicht, Fließ zur Seine, chemisches Element, früherer französische Münze, japanischer Farbkärfen, Schaf- rasse, dick, wohlgenährt, langweilig; schlecht gewürzt, begeisterter Anhänger (engl.), erzählender Dichter, Laubbaum, Ölbaumgewächs, Großmutter, ein Nestor- papagei, Titelheldin bei Jane Austen, Getreideart, Kukuruz, weicher griech. Schafskäse, persönl. Fürwort (erste Person), männliche Anrede, Ausruf der Verwunderung, dt. Maler: ... Nolde, Standortbestimmmer (Schiff), Halbton über g (Musik), franz. Modeschöpfer (Christian), ohne Zweck und Verstand, Mietwagen mit Fahrer, britische Insel, ebenfalls, Abkürzung: Siehe unten!, Ausblick, Form des Fitness- trainings, Ansiedlung mit Heilquellen, den Tatsachen entsprechend, Bücherbord, das Paradies, Gesangs- paar, Bezeichnung, als Anlage zugefügt, Halbinsel der Danziger Bucht, dt. Sozialist (Friedrich), eine Zahl, Reiz- klima (Meer), Glieder- reißen, Winter- sportart, Raub- Speise- fisch, Dorsch, Brett- spiel, außer- ordent- lich, irischer Autor (George Bernard), chem. Zeichen für Helium, Kleidungs- stück, aus- genommen, frei von, auf sich zu, Fest- kleid; Fest- konzert, weib- licher Vorfahr, Trauben- ernte, oriental- ische Kopf- bedeckung, krautige Pflanze, Nelken- gewächs, Zu- spruch, Aufmun- terung, Klebe- mittel, französisch: und, mäßig warm, Horn- schuh des Pferdes, ein Be- wohner Belgiens, Spalt- werk- zeug für Holz, Frage- wort

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

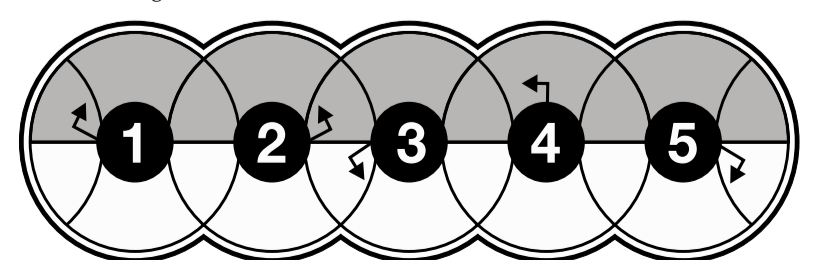
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Wasserfahrzeuge.

- 1 entgegenkommend
2 orientalischer Herrschertitel
3 Sohn Alberichs (deutsche Sage)
4 Stachelpflanze
5 Sprossenstiege
6 Schreitvogel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Entmutigung.

- 1 Gartenzierpflanze, 2 Frauenname, 3 geneigte Bergseite, 4 Gesellschaftsinsel, 5 flüssiges Kosmetikum



Heimatkreisgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaft der Memelländkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

Treffen der Memelländer

Dortmund – Sonnabend, 6. Dezember, 13 Uhr, Heimattube, Landgrafen/Ecke Märkische Straße, zu erreichen ab Hauptbahnhof mit den Linien U-41, U-45, U-47 und U-49 bis zur Haltestelle Markgrafenstraße: Adventsfeier mit einem Mittagsbuffet und einem kleinen weihnachtlichen Programm mit Kaffeetafel. Anmeldungen bitte an Gerhard Schikschmus per E-Mail: g.schikschmus@web.de, unter Telefon (0231) 62836900 oder (0173) 8103050.

Heydekrug – Sonntag, 14. Dezember, 13 Uhr, Saal „Truksedzi ai“, rotes Gebäude, Tradiciju g. 4: Weihnachtsfeier vom Verein Heide.

Köln – Sonnabend, 6. Dezember, 13 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Mittagessen, ab 14 Uhr Adventsnachmittag mit lebhaften Gesprächen. Ingrid Schröder

Memel – Sonnabend, 6. Dezember, 15.30 Uhr, Kulturzentrum im Skulpturenpark, Donelaicio g. 68: Der Deutsche Kulturverein Memel lädt zur Weihnachtsfeier ein.

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimtmuseum** im Kreishaushaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Ostpreußenreise 2026

Pr. Eylau – Sonnabend, 13. Juni, bis Sonntag, 21. Juni 2026: Reise in den Heimatkreis im südlichen Ostpreußen.

Den Auftakt macht dabei der Besuch von Thorn an der Weichsel. Danach geht es weiter zum Besuch der Marienburg.

Bei Elbing steht die Erkundung des Drausensees bei einer Schiffsfahrt auf dem Programm. Weiter geht es an den Oberländischen Kanal mit einer Besichtigung des Maschinenhauses.

Beim Besuch der Ermländischen Hauptstadt Allenstein ist neben der Stadtführung ein weiterer Höhepunkt ein Besuch der „Stiftung Borussia“. Vom Gut und Gestüt Gallingen aus geht es nach Landsberg, Partnerstadt im südlichen Teil des Kreises Preußisch Eylau zu einem Treffen mit den heute dort lebenden Bürgern. Die Reisetilnehmer werden be-

sonders den äußersten Süden Ostpreußens mit Johannsburg und der Johannsburger Heide erkunden. Eine Schiffsfahrt auf den miteinander verbundenen Seen bei Rudczany/Ruciane Nida und eine Staken-Bootfahrt auf dem wohl malerischsten Flüsschen Masurens, der Kruttinna, stehen auf dem Programm.

Schon wieder Richtung Heimat geht die Reise zur Frischen Nehrung und einer Fahrt mit der historischen Eisenbahn durch die Weichselniederung im Danziger Werder.

Ein Höhepunkt am Ende der Reise wird der Besuch von Danzig sein. Die Heimreise führt durch Pommern mit der letzten Übernachtung in einem zum Hotel umgestalteten mittelalterlichen Ritterschloss tief im pommerischen Buchenwald.

Das genaue Programm wird voraussichtlich im Herbst feststehen. Gerne werden detaillierte Reisebeschreibungen an alle Interessenten zugeschickt. Bitte melden Sie sich hierzu bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries, unter Telefon (02103) 64759, oder per E-Mail: Preussisch-eylau@landkreis-verden.de.

PAZ wirkt!

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Weltschmerz - Lyrikabend anlässlich des 175. Todestages von Nikolaus Lenau Donnerstag, 11. Dezember, 19:30 Uhr, Haus für Poesie, Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg, Knaackstraße 97, 10435 Berlin

Eintritt: 8 € (erm. 5 €)

Seine Melancholie war legendär, doch nicht minder sein leidenschaftlicher Einsatz gegen Ungerechtigkeit und Willkür, Bevormundung und Bespitzelung. Freiheit und Fortschritt, geistige Bildung und Vervollkommenheit waren für ihn keine Floskeln, sondern Lebensdesiderate: Nikolaus Lenau, der Weltschmerz-Poet, war eine aufgeschlossene, kosmopolitisch gesinnte und politisch liberal denkende Persönlichkeit.

Geboren 1802 als Nikolaus Franz Niemsch Edler von Strehlenau in Tschadat/Csatád – einer Ortschaft im Banat, die heute dem Dichter zu Ehren Lenauheim (auf Deutsch und Rumänisch) heißt – zog es ihn in die weite Welt hinaus. Den ausgedehnten Reisen durch Europa folgte jene ins ferne Nordamerika. Desillusioniert kehrte er von seinen Ausflügen zurück. Das Gefühl, ein „unsteter Mensch auf Erden“ zu sein, wurde er bis zu seinem frühen Tod nicht los. Lenau starb 1850 in einer Heil-

IBAN-Abgleich bei Geldüberweisungen

Bitte beachten Sie, dass ab sofort **bei sämtlichen Zahlungen an die Preußische Allgemeine Zeitung** als Empfängernamen die **Landsmannschaft Ostpreußen e.V.** anzugeben ist.



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Die **Dittchenbühne zeigt als Weihnachtsmärchen „Der Froschkönig“**. Karten für den 4. bis zum 21. Dezember und weitere Informationen unter Telefon (04121) 89710 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

ANZEIGE

Ob einfach, doppelt oder Windsor - Ostpreußisch

Seidenkrawatte mit
Elchschaufel,
Jaquard-gewebt,
29,- Euro, inklusive
Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@ostpreussen.de

**Nur
29,- Euro**
inklusive Porto und
Verpackung



Winterliche Stimmung in Bartenstein „Der Winter hält das Land in stiller Hand“ schrieb der aus Tilsit stammende Dichter Johannes Bobrowski einst. Ein Eindruck, der sich am vergangenen Wochenende in der malerischen Landschaft rund um das Adventstreffen in Bartenstein besonders zeigte.

Bild: Ingrun Renker



Ostpreußisches Landesmuseum

Führung durch die Kabinettausstellung „Thomas Mann in Nidden. Fotografien von Fritz Krauskopf“ mit Manfred Schekahn Sonntag, 7. Dezember 2025, 14.00 Uhr, 1,50 € (zzgl. Museumseintritt)

Thomas Mann – Literaturnobelpreisträger und Weltbürger – verbrachte zwischen 1930 und 1932 die Sommermonate mit seiner Familie im damals litauischen Nidden. Hoch über dem Haff ließ er sich ein Sommerhaus errichten, das ihm zugleich Aussichtspunkt, Rückzugsort und Inspirationsquelle war. Die Eindrücke jener Jahre schilderte er ausführlich im Vortrag „Mein Sommerhaus“, den er 1931 bei den Rotariern in München gehalten hat. Seine Tagebücher aus dieser Zeit hat er später in Amerika verbrannt.

Manfred Schekahn, gebürtiger Niddener, Fischer- und Pastor, erzählt vom Leben des Schriftstellers und seiner Familie in Nidden und lässt die Atmosphäre jener Sommer lebendig werden. Er war 16 Mal als Sommerpastor in Nidden tätig. Seit 2010 engagiert er sich ehrenamtlich im Ostpreußischen Landesmuseum.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol.de erforderlich.



In Nidden: Thomas Mann Bild: ETH-Bibliothek Zürich, Thomas-Mann-Archiv / Fotograf: Fritz Krauskopf/TMA_0186



Portrait Nikolaus Lenau (Friedrich Amerling, 19. Jahrhundert)

Bild: Wikimedia Commons



Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern
Telefon (09141) 86440
Internet www.kulturzentrum-ostpreussen.de

TAPIAU

Im Kampf gegen Sturm, Wellen und Müdigkeit

Die Langzeitschwimmerin Anna Weynell brach viele Rekorde – sie scheiterte nur an ihrer größten Herausforderung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ostprien hat nicht nur viele hervorragende Männer, sondern ebenso viele bedeutsame Frauen hervorgebracht. Zu diesen zählt zweifellos auch Anna Weynell, die am 11. Juni 1904 in Tapiau geboren wurde. Die Tochter eines Fischereimeisters konnte schon als kleines Mädchen hervorragend schwimmen und bewahrte mit acht Jahren ihren älteren Bruder sogar vor dem Ertrinken. Insofern war es nur folgerichtig, dass sie 1926 den Lebensrettungsschein erwarb und bald darauf eine Stelle als Schwimmlehrerin in Breslau annahm.

Kurz zuvor, am 6. August 1926, hatte erstmals eine Frau den Ärmelkanal zwischen Dover in England und Cap Gris-Nez in Frankreich durchschwommen. Für die mehr als 32 Kilometer lange Strecke benötigte die US-Amerikanerin deutscher Abstammung Gertrude Caroline Ederle 14 Stunden und 32 Minuten. Von dieser hervorragenden Leistung inspiriert, versuchte sich auch Anna Weynell im Langstreckenschwimmen. Ihr diesbezüglicher Einstand war die Umrundung der Nordseeinsel Helgoland am 19. Juli 1927.

Ohne jedes vorhergehende Spezialtraining bewältigte sie die schwierige Elf-Kilometer-Strecke in sagenhaften vier Stunden und acht Minuten, während die Wellen immer höher schlugen und die Wassertemperatur von 17 auf 13 Grad fiel. Aber sie hatte noch weitaus mehr zu bieten. Denn nur wenige Wochen später gelang der jungen Schwimmerin aus Ostpreußen ein noch größeres Bravourstück.

Vorbereitet durch Rekorde

Bevor Weynell dieses Unterfangen am 24. August 1927 in Angriff nahm, hatte es bis dato noch niemand vermocht, die breiteste Stelle des Frischen Haffs schwimmend zu überwinden. Der letzte gescheiterte Versuch des Königsberger

Seemanns Wilhelm Leuschner, die 22 Kilometer zwischen Pillau und dem Brandenburger Haken zu schaffen, lag damals nur eine Woche zurück. Die Tapiauerin stieg kurz vor 8 Uhr morgens ins Wasser und erreichte das gegenüberliegende Ufer des Haffs nach neuneinhalbstündigem Kampf mit der Dünung und den vielen tückischen Strömungen. Danach wollte sie, von ihren bisherigen Erfolgen motiviert, endlich auch einmal die Überquerung des Ärmelkanals angehen.

Einmal rund um Helgoland

Ihr diesbezügliches Training umfasste 40 Kunstsprünge vom Zehn-Meter-Turm und tausend Meter Schwimmen pro Tag. Den hierdurch erreichten Leistungsstand demonstrierte Anna Weynell am 12. und 13. Mai 1928, als sie im Hallenbad von Breslau den 24-Stunden-Weltrekord der Dänin Jansen im Dauerschwimmen brach.

Von Sonnabendabend 23 Uhr bis Sonntagabend 24 Uhr zog die junge Frau ihre Bahnen im Männerbecken, wobei sie sich im Wasser mit Schokolade, Obst, Bonbons, gekochten Eiern und belegten Brötchen stärkte. Dem folgte ein Langstreckenschwimmen rheinabwärts anlässlich des 14. Deutschen Turnfestes, in dessen Verlauf Weynell die 130 Kilometer zwischen St. Goar und Köln in 18 Stunden und 30 Minuten zurücklegte. Danach ging es an die französische Kanalküste.

Den ersten Versuch, nach Dover zu schwimmen, startete die Athletin am 29. August 1928. Diesen brach sie jedoch nach gut fünf Stunden wegen extrem schlechten Wetters ab.

Am 3. September 1928 sprang Weynell dann erneut um 4.25 Uhr morgens ins Wasser. 13 Stunden später fehlten ihr immer noch acht Kilometer bis Dover, trotzdem musste sie nun wegen lebensgefährlicher Erschöpfung aufgeben. Wie Weynell später schrieb, hatte das Vorhaben bis zu diesem Zeitpunkt an die 2000 Mark verschlungen, womit ihre kleine Erb-



1928 stellte Anna Weynell im Hallenschwimmbad Breslau mit 25 Stunden einen Weltrekord im Dauerschwimmen auf
Bild: Wikimedia

schaft fast aufgezehrt war. Ungeachtet dessen stand sie drei Jahre später, am 1. September 1931, erneut am Cap Gris-

Netz, um ihren dritten Versuch zu wagen. Als Begleiterin fungierte diesmal Elli Tetschke, ein schlesisches Tauch- und

Schwimmtalent. Das Unternehmen scheitert allerdings schon nach zwei Stunden wegen zu starker Winde. Somit wurde Weynell nicht die erste Deutsche, die den Ärmelkanal durchschwamm, wie es oft fälschlich heißt.

Tragische Heldin

Vielmehr gebührt dieser Ruhm der aus Thüringen stammenden Ärztin Bruna Wendel-Plarre. Sie kam am 25. August 1938 nach 15 Stunden und 33 Minuten im Wasser zum Erfolg, starb allerdings schon im Folgejahr an der Grippe. Ihr früher Tod mit nur 36 Jahren wird auf die extremen Anstrengungen im Verlauf der Kanalüberquerung zurückgeführt.

Weynell hatte währenddessen die Lizenz als Fußball-Schiedsrichterin erworben und 1938 eine Anstellung als Schwimmmeisterin und Sportlehrerin in Frankfurt am Main erhalten. Bei den anglo-amerikanischen Terrorbombardements im Zweiten Weltkrieg wurde sie verschüttet, aber überlebte mit schweren Verletzungen durch ihre Fähigkeit, lange die Luft anzuhalten. Anschließend musste die Sportlerin mühsam wieder gehen lernen, wonach dann ab 1955 die erneute Teilnahme an Schwimmwettkämpfen folgte, auf die sie erst im Alter von 70 Jahren verzichtete.

Mehrfache Lebensretterin

Weynell starb am 6. Juni 1991 in der Mainmetropole. In vielen Nachrufen wurde neben den schwimmerischen Glanztaten der Ostpreußin stets auch erwähnt, dass sie 25 Menschen vor dem Ertrinken gerettet hatte. Die ihr selbst nicht vergönnte Durchquerung des Ärmelkanals ist bis heute ein höchst schwieriges und gefährliches Unterfangen geblieben. Während inzwischen rund 10.000 Personen auf dem Mount Everest, also dem höchsten Berg der Welt, standen, liegt die Zahl der erfolgreichen Ärmelkanalschwimmer nur bei etwa 2.500.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Wir sind aus den unterschiedlichsten Ecken gekommen“

Schlesische Trachten haben ohne Schlesier in Schlesien wieder eine Chance

Im Ethnographischen Museum zu Breslau wurde die Kunst der schlesischen Weißstickerei zumindest für einige Stunden wieder wach. Olga Budzan vom Museum erklärte Frauen im Alter von Mitte 20 bis 80 Jahren, worum es bei dieser Kunstform geht, bevor sich die Damen ans Werk machten. „Wir haben hier im Museum einige Elemente der Riesengebirgstracht. Diese Tracht ist museal am besten erforscht. Man erkennt sie daran, dass sie schlicht ist, mit vielen städtischen Elementen. Doch eine Niederschlesierin erkannte man vor allem an der Haube. Denn Schlesien war das Land der Hauben. Sie wurden von Frauen hergestellt, die sich professionell damit beschäftigten. Und hier im Museum kann man solche Trachten bewundern, besonders die Riesengebirgstracht“, sagt Budzan stolz.

Die schlesische Stickkunst, allen voran die im Riesengebirge, war im 17. und 18. Jahrhundert noch Teil der Hausarbeit. Frauen stellten Leinen her oder bezogen es von lokalen Webern und versahen es mit einfachen Ornamenten. Die Muster wurden innerhalb der Familien weitergegeben. In den Tälern um Hirschberg [Jelenia Góra], Landeshut [Kamienna Góra] und Lomnitz [Łomnica] entstanden regi-

onale Varianten mit meist floralen Formen, geometrischen Bordüren und religiösen Symbolen.

Im 19. Jahrhundert verdrängten maschinell gewebte Stoffe das handgesponnene Leinen und Fertiggarn erleichterte den Zugang zu feineren Stichen. Gleichzeitig stieg der Bedarf an dekorierten Textilien. Zu den lokalen Ornamenten kamen Mustervorlagen in den Umlauf. In dieser Zeit haben sich auch Schablonen und Mustertücher verbreitet, die heute in den Sammlungen des Riesengebirgsmuseums in Hirschberg und im Landeshuter Textilmuseum dokumentiert sind. Bestickte Mieder, Schürzen und Hauben wurden Bestandteil der regionalen Tracht, die eine identitätsstiftende Rolle spielte.

Nach 1900 begannen Vereine, Schulen und volkskundliche Sammlungen, die handwerklichen Techniken zu erfassen. Museen in Hirschberg, Landeshut und später auch in Schreiberhau nahmen gestickte Textilien in ihre Sammlungen auf, beschrieben Stiche und ordneten Mustergruppen erstmals systematisch. So konnte das Landeshuter Textilmuseum Kataloge und Fachtexthe in polnischer Sprache herausgeben. Eine dieser Publikationen unter dem Titel „Traditionelle Techniken



Olga Budzan (links) erklärt historische schlesische Stickarbeit aus den Beständen des Ethnographischen Museums zu Breslau
Bild: Wagner

der Textilverzierung“ lag auf dem Tisch des Stickworkshops in Breslau. „So ein Rückgriff auf die Geschichte ist wichtig, denn wir sind aus den unterschiedlichsten Ecken nach Niederschlesien gekommen“, sagt Małgorzata Pyzlerska aus Nimkau (Miękinia). Sie engagiert sich im örtlichen Landfrauenverband. Es sei schwer, an Überlieferungen aus der Vor-

kriegszeit zu kommen, deshalb nimmt sie an derartigen Workshops teil. „Ich bin in Niederschlesien geboren, aber es gibt im Dorf niemanden mehr, der das deutsche Niederschlesien noch kennt. Es musste doch damals schön gewesen sein, als sich Frauen aus dem Dorf trafen und während der langen Winterabende stickten“, bedauert sie.

Grażyna Wiatrowska ist Kunsthistorikerin und schon deshalb an alter Stickerei- und Klöppelkunst interessiert. Sie habe den Eindruck, dass die schlesische Kunst, besonders die volkstümliche, heute noch „sehr oft gegenüber der Krakauer-, der Masowischen oder der Kaschubischen Kunst vernachlässigt wird. Das liegt wohl daran, dass Niederschlesien sehr lange nicht polnisch war und zur deutschen Geschichte gehört. Deshalb wird diese Kunst aus Niederschlesien oft unterschlagen“, sagt sie.

Dem möchte Budzan entgegenwirken und berichtet, dass „diese Gebiete sehr wohlhabend waren. Es gab hier einen großen Bevölkerungszustrom und daher verflüchtigte sich das Bewusstsein, die eigene Volkszugehörigkeit so stark zu betonen. Es gab viele Trachten, die ich als ländlich-städtisch bezeichnen würde.“ Im Riesengebirge sei der Anteil gestickter Elemente an der bäuerlichen Tracht begrenzt. „Mieder und Schürzen enthielten zwar Stickereien, die Hauptform der Verzierung erfolgte jedoch über fabrikgewebte oder gekaufte Borten. Im Landeshuter Raum dagegen wurde Stickerei deutlicher in festliche Kleidung integriert“, sagt Budzan.
Chris W. Wagner

BAUDENKMAL

Verkörperung der Geschichte Pommerns

Nordflügel des Stettiner Herzogschlosses wieder baulich gesichert – Dabei gab er einige Geheimnisse preis

VON TORSTEN SEEGERT

Wer Stettin von Osten mit dem Pkw über eine der Oderbrücken erreicht, nimmt schon aus der Ferne neben der Hakenterrasse auf der rechten Seite, das auf einer Anhöhe thronende Stettiner Herzogschloss wahr. Begründet 1346 durch Barnim III. mit einem festen Hause an der Nordseite Stettins und einer Kapelle des Heiligen Otto, erweiterte es sich in den folgenden Jahrhunderten durch die Herzöge stetig. So wurde ihm unter Bogislaw X. ein Südflügel im Stil der Spätgotik angefügt, der 1577 durch ein Obergeschoss Ergänzung erfuhr.

Im Jahr 1538 komplettierte man das Schloss unter Barnim XI. durch einen Ostflügel. Auch unter Johann Friedrich wurde weiter daran gewirkt und der innere Westflügel geschaffen. Den Münzthron im Westen begann Philipp II. und Vollendung erfuhr er durch Franz I.

In den folgenden Kriegen wurde das Stettiner Schloss wiederholt zerstört – letztmalig im Zweiten Weltkrieg –, aber immer wieder aufgebaut, zuletzt zwischen 1958 und 1980. Im Schlosshof, wo 1694 die Schweden die berühmte Uhr mit Mohr, Narr und Weltenkugel als Siegeszeichen am Uhrenturm eingebaut hatten, haben die Augen des Uhrengesichtes seit her vieles kommen und gehen sehen.

Unterschiedliche Nutzung

Nach dem Aussterben der pommerschen Herzöge war das Schloss oftmals nur noch Verwaltungssitz. So wurde es Regierungssitz und Gerichtsstand. Dennoch wurde hier auch später wieder residiert, denn als Kronprinz wohnte an diesem Ort auch der spätere preußische König Friedrich Wilhelm IV. Er ließ beispielsweise den Turm an der nordöstlichen Ecke des Schlosses errichten und den Nordflügel noch um eine Etage erhöhen. In diesem Nordflügel gab vor acht Jahren die tragen-



Im Nordflügel des Schlosses: Diese Säule im Elisabethanischen Saal sackte ab und wurde in achtjähriger Bauzeit saniert

de Säule im Elisabethanischen Saal nach und sackte um mehrere Meter ab. Dies führte zur Sperrung des Nordflügels.

Erst seit dem 26. Oktober (die „Pommersche Zeitung“ berichtete) wurde er wieder für die Öffentlichkeit nach achtjähriger Bauzeit und der Investition von etwa 23,5 Millionen Euro freigegeben. Die Hälfte der Summe stammte aus europäischen Finanzmitteln.

Schon während der Sanierungsarbeiten förderten umfangreiche Baugrunduntersuchungen einige Überraschungen zutage. Man fand ein ausgedehntes Netz unterirdischer Gänge, die alle aus der Zeit vor 1945 stammen. Neben dem Verwen-

den von Backsteinen kamen damals auch bereits Betonfertigelemente zum Einsatz.

Der Einsturz einer der vielen Tunnel löste laut den Untersuchungsergebnissen das Nachgeben des besagten Pfeilers aus. Dadurch bedingt mussten zunächst die Decken in diesem Teil des Nordflügels durch Eisenträger und eine Abfangkonstruktion gesichert werden, um eine entsprechende Entlastung zu schaffen. Erst nach Abschluss der Sicherungsmaßnahmen konnte im Außenbereich mit der Rekonstruktion sowie der Sicherung des Nordhangs sowie einer Terrassenanlage begonnen werden, die sich nördlich und östlich an das Schloss anschließt.

Hatte man zunächst im Oktober die Gruft der Herzöge im Kellergeschoss sowie mehrere Säle und eben diese vorab erwähnte Außenterrasse für Einheimische und Gäste geöffnet, so konnte man Anfang November dann schon die Gruft und den Elisabethanischen Saal mit der restaurierten Säule besuchen. Dort ist historisches Mobiliar wie Sitzmöbel, Tische, Schränke und Gemälde aus dem Nationalmuseum Warschau, dem Mittelpommerschen Museum Stolz und dem Schloss Stettin zu besichtigen. Alle Etagen sind neben der historischen Treppe auch barrierefrei mit einem Fahrstuhl bequem zu erreichen.

VERKEHR

Wegbegleiter aus vergangener Zeit

Meilensteine – Früher waren sie wichtige Orientierungshilfe, heute muten sie nostalgisch an

Sie standen einst in fester Ordnung als Distanzwächter an den deutschen Fernstraßen: die Meilensteine. Als leicht durch ihre Höhe unterscheidbare Meilen-, Halbmeilen- und Viertelmeilenpunkte gaben sie Postillionen, Fuhrmännern und Wandersleuten Entfernungsorientierung mit auf die Reise. Eine preußische Meile betrug 7,5 Kilometer. Die Wegmarken bestanden aus Sandstein, aber auch aus Granit und waren in der Regel schlicht behauen. Ihren Ursprung haben die Meilensteine zumeist im 18. und 19. Jahrhundert, einer Hochzeit des Fernstraßenbaus auch in Pommern. Sie sorgten schon damals für rasche Verbindungen zwischen größeren Städten und Wirtschaftsräumen.

Die heutige B 104, vor 1945 Reichsstraße 104, ist ein Beispiel dafür. Sie reichte über 302 Kilometer von der pommerschen Provinzhauptstadt Stettin über Neubrandenburg (Mecklenburg-Strelitz), Güstrow und Schwerin (beide Mecklenburg-Schwerin), bis zum holsteinischen Lübeck. Später führte sie von Stettin weiter durch das südliche Pommernland über Stargard, Deutsch Krone bis nach Schneidemühl, woraus sich insgesamt 465 Kilometer ergaben.

Die polnischen Behörden deklarierten die viel befahrene Verkehrsrouten nach 1945 als Landesstraße DK 10 um.

Zwischen der alten vorpommerschen Kürassierstadt Pasewalk und Stettin fallen aufmerksamen Autofahrern indes noch einige dieser Meilensteine unterschiedlicher Größe auf. Nicht alle sind komplett, sondern bestehen teilweise nur

aus dem Unterbau. Der Forschungsgruppe Meilensteine e.V. mit Sitz in Bernau bei Berlin und der zuständigen Straßenverwaltung ist es zu verdanken, dass die Geschichtszeugnisse geborgen, erneuert und, so es möglich war, wieder aufgestellt worden sind.

Ins Auge fällt vor allem ein großer Obelisk auf einer Anhöhe am Abzweig

Plöwen der B 104 zwischen der Kleinstadt Löcknitz und Stettin. Nach Recherchen der Forschungsgruppe, die sich seit Jahrzehnten um Denkmale der Verkehrsgeschichte im Bereich des Norddeutschen Bundes kümmert, dürfte er 1829/30 aufgestellt worden sein. Man hat ihn vor einigen Jahren restauriert. An seinem Fuß präsentiert sich eine Infotafel, versehen mit deutschem und polnischem Text.

Ein Meilenstein im eigentlichen Sinn ist dieser Obelisk jedoch schon lange nicht mehr. Er und mit ihm die anderen seiner Art verloren bald nach 1872 mit der Einführung des metrischen Systems ihre Bedeutung. Die Steine wurden daraufhin entsprechend dem Dezimalprinzips umgesetzt, und zwar an den Nordrand der Straßen. Es galten 20, zehn, fünf und zweieinhalb Kilometer Abstände als Orientierungspunkte für jene, die unterwegs waren. Der Obelisk zwischen Löcknitz und Stettin gehört zur eher seltenen Gattung der 20-Kilometer-Steine. Vom Ausgangspunkt der Messung in Stettin bis zu ihm sind es also 20 Kilometer. Die kleineren Steine am südlichen B 104-Fahrbahnrand sollen aber nach wie vor der Meilenmethode folgen. *Karl-Heinz Engel*



Zwischen Löcknitz und Stettin: Dieser Obelisk hat dort seinen Platz seit 1829

MELDUNGEN

Stollen, Kelch und Bismarckturm

Stettin – Der auf dem Weinberg von Gotzlow stehende und am 1. April 1915 eingeweihte Bismarckturm lud am vergangenen Wochenende zum „Tag der offenen Tür“ ein. Gezeigt wurde der Stand der Sanierung sowie alte Ansichten des dem Eisernen Kanzler gewidmeten Turms. *TS*

Greifswald – Mit „Der Zauberer von Oz“ ist das Theater Vorpommern in die Weihnachtssaison gestartet. Neben dem Klassiker, der 41-mal zu sehen sein wird und für Schulen auch am Vormittag spielt, stehen Ballette wie „Der Nussknacker“ in Stralsund ab dem 6. Dezember im Programm. *TS*

Kolberg – Ein liturgischer Kelch aus der 1867 abgerissenen Kolberger Heiliggeistkirche wurde im Franziskanerarchiv Gnesen gefunden. Der 1688 durch F. J. Winter und L. F. von Guldenklein gestiftete Kelch kehrte 2025 zurück. Am 14. November wurde er in Kolberg der Presse präsentiert. *TS*

Stolpmünde – Die 1887 errichtete Seenotrettungsstation soll endlich saniert werden. Grundlage ist ein Ende Oktober unterzeichneter Vertrag in Höhe von rund 590.000 Euro. 2027 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein und ein Jugendclub in dem historischen Gebäude einziehen. *TS*

Pasewalk – Der Industriepark Berlin-Stettin wird erweitert. Wie das Bauamt mitteilte, wächst das Gebiet um 60 Hektar auf die dreifache Größe. Für die Erschließung durch Leitungen und Straßen werden etwa 20 Millionen Euro investiert. Nach Birkenstock und Topregal siedelt sich Enertrag an. *TS*

Jamund – Katarzyna Klamon hat nach dem Gewinn der Bodyfitness-Wettbewerbe in Luxemburg und Prag auch die Weltmeisterschaft im spanischen Santa Susanna (13. bis 17. November) gewonnen. Ihr Trainer Daniel Kreft, bekannt durch Bütower Boxturniere, lobte ihre Arbeit und Ausdauer. *TS*

Stralsund – Der älteste Weihnachtsmarkt in Pommern findet seit 1512 in Stralsund statt. Die Eröffnung mit traditionellem Stollenanschnitt erfolgte am 24. November durch Bürgermeister Alexander Badrow. *TS*



Für einen guten Zweck: Bürgermeister Badrow verteilt den Stollen

Pommersche Weihnachtsmärkte

Bis 4. Januar Stralsund; bis 21. Dezember Stettin; 5. bis 6. Dezember Penkun; 5. bis 7. Dezember Bergen & Pasewalk; 12. bis 14. Dezember Ueckermünde, Wolgast, Demmin und Bansin; 14. bis 21. Dezember Swinemünde; 19. bis 21. Dezember Barth, Anklam & Köslin; 21. Dezember Mönkebude. *TS*



Zum 2. Advent – Pommern historisch: „Bilder aus Ostpommern – Stadt und Kreis Bütow“

„Das Bündnis Sahara Wagenknecht fällt zu Recht“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Wäre es nicht naheliegender, der Gewalt im eigenen Land entgegenzutreten“

Johanna Stegen, Lüneburg
zum Thema: Zenturio Pistorius
rüstet auf (Nr. 45)



Ausgabe Nr. 48

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE NOTWENDIGE PARTEI? ZU: BEDINGT REGIERUNGSFÄHIG (NR. 47)

Im Vergleich zu den unfähigen bis volks- und democratieschädlichen sogenannten Altparteien ist die AfD mit großem Abstand die beste Partei für eine Erfolg verheißende deutsche Regierung. Sie hat das beste Programm und die vernünftigsten Köpfe. Meinungsunterschiede innerhalb der Partei sind in einer demokratischen Organisation nicht nur normal, sondern notwendig. *Werner Reinhold, Pietzpuhl*

EIN RUSSLAND-KLASSIKER ZU: BEDINGT REGIERUNGSFÄHIG (NR. 47)

Man sollte die Sache nicht zu sehr „verkopfen“ und ideologisch aufladen. Die Bürger interessieren sich für überschaubare und diesseitige Fragen: Wie wird meine wirtschaftliche, finanzielle und soziale Lage in naher und weiterer Zukunft sein? Wie steht es jetzt und zukünftig um meine Sicherheit und Freiheit? Alle anderen Problematiken und Pseudoprobleme müssen ihnen erst propagandistisch nahegebracht und eingebläut werden.

Allerdings gelingt dies nur mit mäßigem Erfolg. Das Russland-Feindbild ist zwar ein echter Klassiker, aber die Generation, die darauf sofort angesprungen ist, ist biologisch nur noch dünn vertreten.

Auch das Systemangebot Russland und AfD im Doppelpack findet relativ wenig Anklang und ist mehr etwas für sowie so schon ganz Überzeugte. Rente, Geldentwertung, Staatsverschuldung oder Deindustrialisierung wären relevante Politikfelder. Der Ukrainekrieg hat da nur geringe Bedeutung, meist pflichtschuldigst verbunden mit einer moralischen Empörung. Das Christendesaster im Sudan und Nigeria oder die Gaza-Tragödie sind schon „out of area“. Dass bestimmte Konflikte innenpolitisch genutzt und instrumentalisiert werden, erkennen viele Bürger. Auf den Esel könnt ihr euch mal draufsetzen, guten Ritt!

Was aber nicht ins Konzept passt, wird bagatellisiert, marginalisiert oder ganz totgeschwiegen. Bei China haben sich unsere Chefideologen noch nicht eindeutig festgelegt. Hier sind also noch keine Bekenntnisse gefordert. Eine schwierige Sache, man hat Angst, der Schuss könnte voll nach hinten losgehen. Wenn unsere Politiker real auf dem heimischen Kraut- und Rüben-Acker halbwegs erfolgreich tätig werden würden, dann wäre uns allen geholfen. *Jan Kerzel, Diespeck*

PARALLELEN ZU 1933 ZU: ABSCHIED VON DER ALTEN WELT (NR. 47)

Leider sind es die Parallelen zur heutigen Zeit, die diese Rezension von Florian Illies Buch „Wenn die Sonne untergeht“ so interessant und auch beängstigend machen. Sie bestehen tatsächlich darin, dass mittlerweile Verbote konservativen Gedankenguts, Gleichschaltung der Medien, jüdenfeindliche Hetze, Formen der Kriegsverherrlichung, Legalisierung und gesetzlich festgeschriebenen Aufforderungen zur Denunziation den Alltag beherrschen.

Insofern könnte man sich tatsächlich vorstellen, die Zeit im und um das Jahr 1933 erlebt haben zu müssen: Es sind eben tatsächlich die Parallelen.

Manfred Kristen, Freital

GESCHÄFTE MIT DEM LEBEN ZU: WAS DIE MENSCHEN IN SCHAREN AUF DEN GIPFEL DER WELT TREIBT (NR. 47)

Wer es nie selbst ausprobiert hat, kann es nicht verstehen. Als Alpinist und begeisterter Kletterer habe ich mich über ein Jahrzehnt in den Westalpen bewegt. Das ist Hochleistungssport mit ungewissem Ausgang, grandioser aber lebensfeindlicher Natur und einem unglaublichen Schub für die eigene Psyche und dem Erfahren der eigenen Grenzen. Leider treiben sich zunehmend in der Hauptsaison

ganze Heerscharen von Bergtouristen ohne alpine Kenntnisse auf den Graten herum, gefährden sich und andere, weil sie ständig Steinschläge auslösen und die engen Zustiege verstopfen.

Der Rückgang der Permafrostgrenze verschärft obendrein die Gefahren von Bergstürzen. Alles zusammengenommen ist das eine Negativliste, die mich auf weniger spektakuläre Berge ausweichen ließ und die Freude am Bergsteigen, Fels- und Eisklettern vermiest. Die Berge werden zur Sportarena und zum Abenteuerspielplatz verklärt und die unzureichende Fitness und falsche Eitelkeiten bezahlen viele mit dem Leben.

Am Mount Everest wird der fehlende Respekt vor der Natur deutlich. Für die Veranstalter ist es ein gutes Geschäft. Wie am Bahnsteig rollen die Massen heran, und dann Latschen bis zu 300 Personen im Gänsemarsch nach oben. Am Mont Blanc sieht es genauso aus. Täglich! Wer soll das genießen? Wer latscht mit 300 Personen durch die Innenstadt und hat daran Freude?

Es gibt einen Markt und der wird bedient. So einfach ist das.

Gregor Scharf, Leipzig

IM FREIEN FALL ZU: PARTEI OHNE EIGENES PROFIL (NR. 47)

Es zeugt schon von gewaltiger Hybris, eine Partei nach sich selbst zu benennen. Damit steht und fällt diese Partei mit dieser Person. Das Bündnis Sahara Wagenknecht fällt zu Recht. *Andreas Völz, Varel*

WOHIN MIT DEN BLÄTTERN? ZU: LEBENSGEFAHR DURCH WINDRAD (NR. 45)

Die Windräder, die angeblich zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen sollen, dürften in Zukunft gewaltige Umweltprobleme verursachen. Momentan stehen hierzulande bereits 30.000 Windturbinen mit jeweils bis zu 60 Metern lan-

gen Rotorblättern im Einsatz. Und diese müssen nach spätestens 20 Jahren ersetzt werden. Dabei ist aber weder eine Vernichtung noch ein Recycling der Blätter möglich, die aus glasfaserverstärktem Kunststoff samt Füllungen aus Plastikschaum und Balsaholz bestehen.

Aufgrund des hohen Anteils an Harzen und ähnlichen Materialien sind sie nicht für die Deponierung geeignet. Ebenso scheidet eine Verbrennung aus, weil dabei krebserregende Stoffe in die Umwelt gelangen und die Glasfaserreste die Filteranlagen verstopfen. Auch sonst existieren keinerlei praxistaugliche Verfahren für die Entsorgung der Rotorblätter, wie das Umweltbundesamt Ende 2022 eingestand. *Jürgen Frick, Dessau-Roßlau*

ZUM BLEIBEN GENÖTIGT? ZU: SYRER BLEIBEN IN DEUTSCHLAND (NR. 46)

Es hat seine Gründe, weshalb so wenig Syrer in ihre Heimat zurückkehren. So kamen hauptsächlich junge Männer, die nicht in der Lage oder willens waren, sich in ihrer Heimat eine eigene Lebensgrundlage zu schaffen. Darüber hinaus soll (wie in diversen anderen Ländern auch) die Regierung mit der Bedingung nach Europa und speziell nach Deutschland zu gehen, die Gefängnistore geöffnet haben, um diesen „Ballast“ loszuwerden.

Andere haben sich, wie beschrieben, hier eine sichere Existenz aufgebaut, für die wäre es unklug, diese hier aufzugeben, um in ihrer alten Heimat wieder bei null neu anzufangen.

Zudem widerspricht es der von den Linken gewollten und bis jetzt sehr erfolgreich gelungenen „Umvolkung“ Europas. Das ist auch der Grund, weshalb vonseiten der Regierenden noch kein richtiger Druck auf die hier größtenteils illegal lebenden Ausländer ausgeübt wird. Stattdessen werden sie sogar zum Bleiben genötigt, indem man ihnen immer mehr Zuwendungen und vielfach sogar Strafmilderung bis zur Straffreiheit zugesteht.

Horst Vajen, Wöllstein

ANZEIGE

Energiediagnostik!

So sieht die Zukunft der Prävention und Heilung aus

■ Fühlen Sie sich manchmal erschöpft, müde oder älter, als Sie eigentlich sind? Dann liegt die Antwort oft verborgen in einem winzigen Molekül, das in jeder Ihrer Zellen wirkt: **NAD+**. Dieses Coenzym ist der unsichtbare Kraftstoff, der Ihre Mitochondrien antreibt, Energie erzeugt, die DNA repariert und die Abwehrkräfte stärkt. Doch mit zunehmendem Alter sinkt Ihr NAD+-Spiegel rapide – und mit ihm schwinden Vitalität, Belastbarkeit und Schönheit.

Dieses Buch zeigt Ihnen, warum NAD+ heute als einer der entscheidendsten Faktoren für **Langlebigkeit, Gesundheit und Jugendlichkeit** gilt – und wie Sie Ihre körpereigenen Vorräte gezielt wieder auffüllen können.

Ihr Weg zu neuer Energie und innerem Leuchten

Die renommierte Medizinjournalistin Brigitte Hamann erklärt klar und wissenschaftlich fundiert:

- warum NAD+ das Fundament für Zellgesundheit, Hormonbalance und starke Abwehrkräfte ist,
- wie ein Mangel zu Erschöpfung, Burn-out, Schlafproblemen, Hautalterung oder Stoffwechselstörungen führt,
- welche **praktischen Strategien** – von Ernährung über Lebensstil bis hin zu Nahrungsergänzungen – Ihren NAD+-Spiegel spürbar anheben können.

Sie erfahren außerdem, warum NAD+ bereits erfolgreich in Anti-Aging-Kliniken, bei Long Covid und Post Vac, Depressionen oder chronischem Fatigue-Syndrom eingesetzt wird.

Bleiben Sie jung – innen wie außen

Ob mehr Energie im Alltag, bessere Konzentration, straffe Haut oder ein starkes Herz: **NAD+ ist der zentrale Schalter für Vitalität.** Dieses Buch führt Sie Schritt für Schritt durch die faszinierende Welt der Zellenergie – und zeigt, wie Sie aktiv Einfluss auf Ihre biologische Uhr nehmen können.

Greifen Sie jetzt zu und entdecken Sie das Geheimnis Ihres inneren Jungbrunnens!

Brigitte Hamann: NAD+ Paperback • 240 Seiten • durchgehend farbig illustriert Best.-Nr. 991 640 • 15,- €

www.kopp-verlag.de • **Jetzt bestellen!** Versandkostenfrei Lieferung innerhalb Europas

LEBENSSTIL

Einen Funken Hoffnung bewahren

Das „Heiligenhafener Sternsingerspiel“ – Fritz Grasshoff schrieb es für Flüchtlinge und Kriegsgefangene

VON BERND GERWANSKI

Das „Heiligenhafener Sternsingerspiel“ hat eine einzigartige Entstehungsgeschichte. Es wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Herbst 1945 von Fritz Grasshoff in Heiligenhafen an der Ostsee in Baracke 7 des Barackenlagers geschrieben. „Dieses Spiel habe ich ... für die Gefangenen und Flüchtlinge zu Heiligenhafen in Ostholstein geschrieben“, berichtete Grasshoff später: „Gefangene und Flüchtlinge spielten es unter der Leitung von Mathias Wiemann dort in Scheunen und Sälen vom 1. Advent bis zum Heiligen Dreikönigstage 1946 48mal.“

Der am 9. Dezember 1913 in Quedlinburg geborene Maler, Autor und Schlagerdichter war als Kriegsgefangener in das britische Kriegsgefangenenlager in Ostholstein gekommen. Ebenso wie er harrten zigtausende Soldaten und Flüchtlinge in der kleinen Hafenstadt einer ungewissen Zukunft entgegen. Erstmals wieder im Frieden wollten die Menschen Weihnachten feiern. Doch was bedeutete das schon angesichts von Elend, Flucht und Gefangenschaft?

„Denen, die im Stall leben bei Ochs und Schaf; denen, die nachts schlaflos auf ihrer Schütte liegen und unter Tränen die Hände ballen; denen, die hart und ohne Hoffnung sind“, aber auch „den Herzen, die noch einen Funken Hoffnung bewahren“, wollte Fritz Grasshoff mit dem Sternsingerspiel ein „kleines Laternenlicht“ anzünden. „Vielleicht hat nach langen, langen Jahren Wartens und Blutens, Sterbens und Reifwerdens bei uns ein Gnadenschiff angelegt.“

Die Leitung des „Heiligenhafener Sternsingerspiels“ hatte der bekannte Schauspieler Mathias Wiemann, der selbst die Rolle des Caspar spielte. Unter seiner Obhut hatte sich in Heiligenhafen schon zuvor ein Soldatenensemble gegründet, das sich künstlerisch betätigte. Wiemann hatte auch Grasshoff ermuntert, das Weihnachtsspiel zu schreiben. Die Musik komponierte Walter Unger, ebenfalls ein Gefangenen-Kamerad.



Eine Erinnerung an Flüchtlinge, die in Heiligenhafen nie untergeht: Ein Fischerboot namens „Ostpreußen“ im Kreis Ostholstein

Die Geschichte fing folgendermaßen an: „Bin ausgebombt und abgebrannt. Ein Wanderer im Vaterland“, so stellt sich „Caspar“ Mathias Wiemann in dem Stück vor. Nachdem die Heiligen Drei Könige zunächst unter Flüchtlingen und Soldaten weilen und karge Geschenke sammeln, kommen sie zu den Hirten auf dem Feld und schließlich zu Maria und Joseph, um die Geschenke weiterzureichen.

„Seid ihr die Krippe und das Haus, dann füllt euch Gott mit Liebe aus. Kommt Gottes Kind in euch zur Welt, ist Friede und Freude euer Zelt. Seid Magd und Mutter ihr zugleich, dann ist in euch das Himmelreich.“ Dies sagen die Drei Heiligen Könige im Wechsel am Ende des Stückes und beschließen es mit dem Weihnachtslied „Stille Nacht, Heilige Nacht“.

Das „Sternsingerspiel“ ist nie ganz in Vergessenheit geraten, was auch daran

liegt, dass es eine gedruckte Fassung gibt, die im Jahr 1946 erschien. Diese war die Grundlage für eine Wiederaufführung in der Stadtkirche zu Heiligenhafen im Advent 2005. Sie fand unter der Leitung von Pastorin Elisabeth Caesar und Pastor Carsten Sauerberg statt, die auch als Maria und Joseph auftraten.

Grasshoff, der sich nach dem Abitur als Kirchenmalerlehrling und Journalist betätigte, ehe er in den Krieg ziehen musste, weilte nicht sehr lange in Heiligenhafen. Bereits 1946 zog er nach Celle, wo er bis 1967 als freier Schriftsteller und Illustrator der eigenen Werke lebte. Später wohnte er in Zwingenberg an der Bergstraße. Er starb im Februar 1997 im kanadischen Hudson, wohin er 14 Jahre zuvor ausgewandert war.

Bekannt wurde er durch seine Lyrik über „unbürgerliche Existenzen“, wie es

ein Autorenlexikon vorsichtig ausdrückt. Matrosen, Gauner, Zuhälter und Huren bevölkern seine Werke. So tragen seine Bücher auch Titel wie „Halunkenpostille“, „Seeräuber-Report“ oder „Grasshoffs unverblühtes Lieder- und Lästerbuch“.

Sein „Heiligenhafener Sternsingerspiel“ erscheint im Gegensatz dazu wie ein Relikt aus einer fremden Epoche. „Es wird eine andere Zeit werden“, schrieb Grasshoff im Dezember 1945 vorausblickend in einem Geleitwort zur ersten gedruckten Ausgabe des Spiels.

Der Heiligenhafener Chronist Otto Rohkohl kommentierte das „Sternsingerspiel“ später einmal so: „Der wachsende Wohlstand der Bundesbürger brachte es mit sich, dass die Beziehungen der Menschen zu diesem Stück geringer wurden, während die Verse der ‚Halunkenpostille‘ sie auch heute noch ergötzen.“

STERNENMARKT

Oblaten von jenseits der Oder

Ein deutsch-polnischer Begegnungsort – Adventsfest im Kutschstallhof des Brandenburg-Museums

Am gesamten zweiten Adventswochenende feiert der Sternenmarkt im Kutschstallhof am Brandenburg-Museum seine 20. Ausgabe. Schwerpunkt dieser Veranstaltung Am Neuen Markt in Potsdam ist – wie gewohnt – das Nachbarland Polen.

Wenn in der katholisch geprägten Republik Polen an Heiligabend der erste Stern am Himmel erscheint, erwacht auch dort die besinnliche Magie der Weihnacht. Mit dem ersten Sternenlicht beginnt das festliche gemeinsame Singen, Schenken und Schmausen im Kreise der Liebsten. Diese warme, glanzvolle Stimmung fängt der Potsdamer Sternenmarkt im Kutschstallhof ein – mit polnischem Kunsthandwerk, landestypischen Köstlichkeiten und einem über 20-stündigen Sternenfest, das Künstler aus Polen und Deutschland gemeinsam gestalten.

Der diesjährige Jubiläumsmarkt steht zugleich im Zeichen eines Neubeginns: Nach 20 Jahren gemeinsamer Arbeit verabschiedet sich Anna Dejewski-Herzberg aus dem Organisationsteam des Sternenmarktes mit Sternenfest. Als langjährige

Gestalterin hat sie das deutsch-polnische Kulturereignis entscheidend geprägt – mit ihrem Gespür für künstlerische Vielfalt, atmosphärische Gestaltung und den Dialog zwischen beiden Ländern.

Veranstalter des 20. Sternenmarktes und des Sternenfestes ist das Brandenburg-Museum für Zukunft, Gegenwart und Geschichte in Kooperation mit der

Agentur „deutschundpolnisch“ von Pawel Rutkowski, der die Gesamtkoordination der Veranstaltung übernommen hat.

Mit der Eröffnung der weihnachtlichen Begegnung mit Polen am Freitag vorm 2. Advents um 18 Uhr beginnt ein Wochenende voller Musik und weihnachtlicher Atmosphäre im Zeichen der deutsch-polnischen Freundschaft. Der

stellvertretende Ministerpräsident sowie Minister der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, Robert Crumbach (BSW), spricht ein Grußwort.

Polnische Künstler und Kunsthandwerker präsentieren ihre liebevoll handgefertigten Kreationen auf dem Sternenmarkt sowie süße und herzhaft Spezialitäten aus ihrer Heimat. Die historische Gewölbehalle verwandelt sich auch in diesem Jahr in einen lebendigen deutsch-polnischen Begegnungsort.

Für die jüngsten Gäste ist die Weihnachtsbastelwerkstatt im Foyer des Brandenburg-Museums am Sonnabend und Sonntag jeweils von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Bastelfreunde können Kerzen aus Sojawachs oder Weihnachtsbaumschmuck aus Oblaten herstellen. H. Tews



Sternenmarkt zur Dämmerung: Der adventliche Kutschstallhof in Potsdam

MARKT DER WÜNSCHE

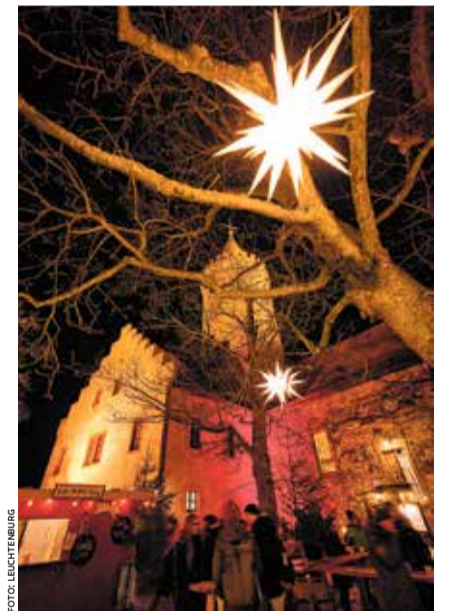
Advent auf der Leuchtenburg in Thüringen

Die Leuchtenburg bei Seitenroda in Thüringen verwandelt sich in diesen Tagen in eine funkelnde Winterwelt. Der „Weihnachtsmarkt der Wünsche“ lädt am zweiten, dritten und vierten Adventswochenende jeweils von 11 bis 18 Uhr Familien, Kunstliebhaber und Genießer in eine Welt voller Poesie und Handwerk ein.

Im Burginnenhof präsentieren mehr als vierzig Kunsthandwerker ihre Werke – von Porzellan über Leder, Holz, Keramik und Glas bis hin zu Stoffen und filigranen Schneckenhäuschen. Jede Arbeit trägt die Handschrift ihrer Schöpfer und erzählt eine eigene Geschichte. Es gibt personalisierte Christbaumkugeln, Glasdesigns, Schieferkunstwerke, Kreatives aus Metall und Papier – dazu der Duft von gebrannten Mandeln, Glühwein, geräucherten Waren und dem einzigartigen Flair der mittelalterlichen Burganlage. Diese individuelle Vielfalt ist es, die den Weihnachtsmarkt jedes Jahr so besonders macht.

Ein weiteres Erlebnis, das es nur hier gibt, ist der Steg der Wünsche. Auf der 20 Meter langen Konstruktion, die frei über die Burgmauer ins Saale-tal hinausragt, können Besucher ihre Wünsche auf Porzellanteller schreiben und in die Tiefe fallen lassen.

Für festliche Klänge sorgt ein musikalisches Duo, das Dudelsack und Trommel mit weihnachtlichen Melo-



Adventsstern über der Leuchtenburg

dien verbindet und so eine unverwechselbare mittelalterliche Atmosphäre in der Adventszeit schafft. Dazu gesellen sich Orgelmusik in der Porzellankirche, märchenhafte Burgeschichten und viele kleine Momente, die das Burgareal in ein klingendes Weihnachtsdorf verwandeln.

Auch Kinder kommen auf ihre Kosten: Sie können auf Ponys den Panoramaweg entlangreiten, die Ziegen einer Weihnachtskrippe streicheln oder in der Weihnachtsbäckerei in der Porzellanlounge kleine Köstlichkeiten selber herstellen und naschen. Die preisgekrönten Porzellanwelten, das Schattenkino und ein Blick in den geheimnisvollen Burgbrunnen runden das Erlebnis ab.

Die Burgschänke sorgt mit regionalen Spezialitäten und wärmenden Getränken für das leibliche Wohl. Wer möchte, reist entspannt mit dem Weihnachtsbus vom Bahnhof Kahla an. Der „Weihnachtsmarkt der Wünsche“ auf der Leuchtenburg ist weit mehr als ein Markt – er ist ein Ort, an dem Wünsche Gestalt annehmen und Erinnerungen entstehen. H. Tews

● www.leuchtenburg.de

● Das traditionelle Sternenfest begleitet den Jubiläumsmarkt mit einem abwechslungsreichen Kultur- und Bühnenprogramm. Das komplette Programm unter: www.gesellschaft-kultur-geschichte.de/veranstaltungen



FÜR SIE GELESEN

Ein erfüllender Roman

Kurz nach der Verfilmung und Kinopremiere seines einzigen Romans „Amrum“ durch Fatih Akin ist am 14. November der Hamburger Regisseur Hark Bohm („Nordsee ist Mordsee“, 1976) gestorben. Seine autobiographische Geschichte, die Bohm mit dem Autor Philipp Winkler verfasst hat, ist zuvor bereits in Buchform erschienen.

Erzählt wird die Geschichte des zehnjährigen Jungen Nanning, der vor Kriegsende 1945 aus dem zerbombten Hamburg auf die Nordseeinsel Amrum geschickt wird. Er nutzt jede Gelegenheit zur Arbeit, da er dafür sorgen muss, dass seine hochschwangere Mutter und die beiden Geschwister etwas zu essen bekommen. Der Vater ist in Hamburg zum Arbeiten, was Nanning bezweifelt, denn alle anderen Väter sind an der Front.

Nanning ist überzeugter Pimpf in der Hitlerjugend, seine Mutter hat ihm im Glauben an den Führer und seine Taten für das deutsche Volk erzogen. Diese Überzeugung muss nun abgestritten werden, denn nach dem Krieg ist es besser, keine braune Vergangenheit zu haben. Nanning versucht das alles zu ergründen, aber vordergründig geht es darum, dass keiner in seiner Familie Hunger leidet. Dafür ist ihm keine Arbeit zu schwer.

Die Insel wird liebevoll und bildreich aus der Sicht des Kindes beschrieben. Die poetische Sprache macht den Roman zum Lesevergnügen, da man sich die Natur und Erlebnisse des Jungen bildlich vorstellen kann. Entstanden ist ein anspruchsvoller, erfüllender Roman mit der einen oder anderen eigenen Kindheits-erinnerung Bohms, der das Kriegsende auf Amrum im Alter von sechs Jahren erlebt hat.

Angela Selke



Hark Bohm: „Amrum“, Ullstein Verlag, Berlin 2025, Taschenbuch, 320 Seiten, 14,99 Euro

In Gesichtern lesen hilft

In der traditionellen chinesischen Medizin (TCM) ist das sogenannte Face Reading eine 2.000 Jahre alte Tradition. Anhand bestimmter Falten und anderer Markierungen lassen sich Rückschlüsse auf die Persönlichkeit und die Gesundheit eines Menschen ziehen.

Elke Hauenstein-Stief arbeitet seit 40 Jahren im medizinischen Bereich. Sie hat sich unter anderem im Face Reading ausbilden lassen. Mit ihrem Buch „Dein Gesicht spricht zu Dir“ verfolgt sie einen ganzheitlichen Ansatz, um sich selbst zu untersuchen. MRK



Elke Hauenstein-Stief: „Dein Gesicht spricht zu Dir. Mit chinesischem Face Reading Kraft, innere Sicherheit und Freude finden“, Lapismedia Verlag, München 2025, broschiert, 144 Seiten, 19,90 Euro



ANTHOLOGIE DER WOCHE



BILD: SHUTTERSTOCK

Raus aus dem Alltag

Was kann man sich Schöneres vorstellen, als mit unterhaltsamer Lektüre und einem Glas Tee oder einem Kaffee gemütlich am Kamin zu sitzen? Mit „Weihnachtsgeschichten am Kamin“ kann man die Adventszeit als genussvolle Auszeit erleben



Barbara Mürmann (Hg.): „Die schönsten Weihnachtsgeschichten am Kamin aus 40 Jahren“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2025, gebunden, 272 Seiten, 16 Euro

Geschichten für Groß und Klein – die diesjährigen „Weihnachtsgeschichten am Kamin“ sind gleichsam ein Jubiläumsband. Was einst als Hörfunksendung im Sender NDR2 begann, wird seit Jahren als Sammlung herausgegeben, die jährlich zur Adventszeit erscheint. Die

Geschichten stammen sämtlich von Lesern. Barbara Mürmann wählt die schönsten davon aus. Neben Besinnlichem und Vorfreude erzählen die Geschichten von Versöhnung, Verständigung und Nächstenliebe. Für jeden dürfte etwas dabei sein, was das Herz berührt. MRK

BIOGRAPHIE I

Dieser Papst tut der Welt einfach gut

Es war eine Überraschung, als der US-Amerikaner Robert Francis Prevost zum Pontifex gewählt wurde – doch es sollte ein Glücksfall sein

VON JENS EICHLER

Andreas Englisch gelingt mit seinem aktuellen Buchtitel „Leo XIV. Der leise Mönch an der Spitze der Macht“ ein wirklich außergewöhnliches Meisterwerk, das weit über eine bloße Papstbiographie hinausgeht. Mit seinem unverwechselbaren Stil, seiner tiefen Kenntnis des Vatikans und einer bemerkenswerten erzählerischen Leidenschaft entführt er die Leser in die faszinierende Welt des modernen Pontifikats – in eine Zeit, in der Stille, Demut und Spiritualität zu einer unerwartet kraftvollen Form der Führung werden.

Das Buch zeichnet das eindrucksvolle Porträt von dem ersten US-amerikanischen Papst Leo XIV., eines Mannes, der ohne prunkvollen Pomp, ohne politische Machtspiele und ohne großes Aufsehen zu einem der aktuell prägendsten Gestalten der jüngeren Kirchengeschichte wird. Englisch beschreibt ihn dabei nicht als unnahbaren Kirchenfürsten, sondern als spirituellen Revolutionär, dessen leise Stimme lauter wirkt als jede donnernde Predigt und der dennoch versteht, nachhaltig Klartext zu reden: keine ideologischen Spinnereien, sondern ehrliche Realität. Der Autor versteht es zudem meisterhaft, aus historischen Fakten, persönlichen Begegnungen und atmosphärischen Beobachtungen ein lebendiges Bild entstehen zu lassen – so intensiv, dass man meint, selbst im Vatikan zu stehen und das Flüstern der Kardinäle in den Gängen zu hören.

Längst ist Englisch mehr als nur ein bloßer Vatikankenner – er ist wahrhaft ein Chronist des Glaubens und der Macht, ein Erzähler, der das Unsichtbare im Glauben sichtbar, ja, fast greifbar macht. Seine Sprache ist präzise, poetisch und zugleich voller Spannung. Er schafft es, die komplexen Strukturen der Kirche verständlich zu machen, ohne sie zu vereinfachen. Jede Seite zeugt von seiner tiefen Verbundenheit mit dem Thema und von seinem einzigartigen Zugang zu den Menschen hinter den Mauern des Apostolischen Palastes.

Englisch legt nicht nur ein faszinierendes Stück Zeitgeschichte vor, sondern auch ein Buch, das zum Nachdenken anregt – über Demut, Menschlichkeit und die stille Kraft, die die Welt verändern kann. Es ist ein Werk voller Hoffnung und innerer Größe, das man nicht so schnell wieder vergisst.

Der großartige Autor beweist einmal mehr, dass er derzeit der wohl beste Erzähler des Vatikans ist – ein Journalist mit Herz, ein Schriftsteller mit Seele und ein Beobachter mit einem untrüglichen Gespür für die leisen, aber entscheidenden Momente der Geschichte.



Andreas Englisch: „Leo XIV. Der leise Mönch an der Spitze der Macht“, C. Bertelsmann, 2025, gebunden, 368 Seiten, 26 Euro

BIOGRAPHIE II

Ein Hauch des Außerordentlichen

Aufgrund seiner Fähigkeit, zuzuhören, gilt Wilfried Kretschmann als guter Landesvater – Dagmar Seitzer verfolgte seinen politischen Werdegang

VON DIRK KLOSE

Noch immer umweht Winfried Kretschmann ein Hauch des Außerordentlichen. Es war im März 2011 einfach nicht vorstellbar, dass ein Grünenpolitiker Ministerpräsident in einem Bundesland werden könne, noch dazu im „schwarzen“ Baden-Württemberg. Und dann erlaubte das Wahlergebnis eine Koalition von Grünen und SPD. Die fast ununterbrochen regierende CDU musste in die Opposition.

Kommendes Jahr hört Kretschmann auf, dann ist er fast 77 Jahre alt. Die SWR-Journalistin Dagmar Seitzer berichtet seit Jahren über die Bundes- und Landespolitik. Ihre Kretschmann-Biographie ist Abschied und Resümee. Die Erwartungen der Leser richtig einschätzend beginnt sie mit der Landtagswahl 2011. SPD und Grüne hatten lange auf ein Bündnis hingearbeitet, deren Jubel am Abend des 27. März 2011 hallte durch die ganze Republik.

Kretschmann ist aufgrund seines Naturells, seiner Fähigkeit, ausgleichend zu wirken und zuhören zu können, zum Inbegriff eines Landesvaters geworden. Von Beruf war der 1948 geborene Politiker (seine Eltern waren 1945 aus Ermland geflüchtet) Lehrer für Biologie und Chemie. Als Student erlebte er wilde Jahre beim Kommunistischen Bund Westdeutschlands, er kam mit dem Radikalenerlass in Konflikt. 1980 zogen erstmals sechs Grüne in den Landtag. Er war dabei, erlebte Höhen und Tiefen und erarbeitete sich mit der Zeit den Fraktionsvorsitz.

Er bestreitet nicht, dass eine Reihe von Zufällen seinen Weg ganz nach oben begünstigten. Das war vor allem die erbitterte Auseinandersetzung um den neuen Hauptbahnhof Stuttgart 21 und die überharte Reaktion auf Proteste seitens der CDU-geführten Landesregierung unter dem Hardliner Stefan Mappus. Einmal oben etablierte sich Kretschmann schnell: Seine „Politik des Gehörtwerdens“ kam gut an, Bürgerbeteiligung und die Wahl von „Zufallswählern“ bei wichtigen Vorhaben ebenso. Es war auch spürbar, dass er sich dem philosophischen Ethos einer Hannah Arendt und der Jaspers-Schülerin Jeanne Hersch zutiefst verpflichtet fühlte, ebenso seiner katholischen Kirche.

Dem mit spürbarer Sympathie geschriebenen Buch hätte man mitunter etwas mehr Kritik (die es ja durchaus auch gab) und etwas weniger Idylle beim häuslichen Umfeld gewünscht. Aber das sind Kleinigkeiten. In summa ist es ein faktenreiches, sehr lesenswertes Buch über diesen „Instinktpolitiker“, dem man wohl nicht nur in Baden-Württemberg nachtrauert. Sein Nachfolger will Cem Özdemir werden – die Latte liegt hoch.



Dagmar Seitzer: „Wilfried Kretschmann. Im Herzen grün – die Biographie“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2025, gebunden, 288 Seiten, 26 Euro

WEIHNACHTLICHER WELTHIT

„Das Liedl hat mei Vater g'schrieben ...“

Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. ließ den Komponisten suchen und machte die Weise so weltberühmt

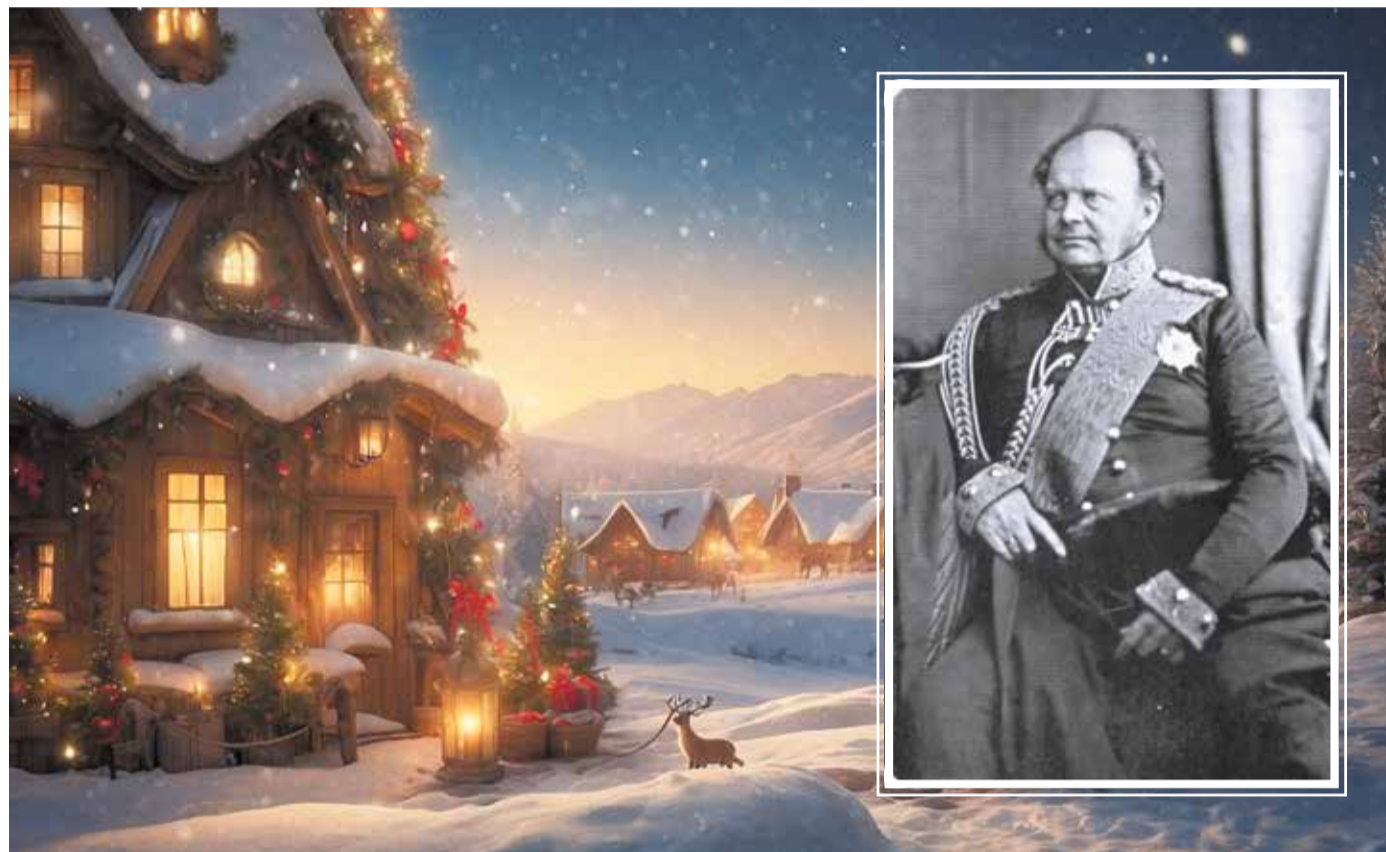
VON LEO-HEINZ HAJEK

Überall auf unserer Erde, in unzähligen Sprachen, erklingt zu Weihnachten das weihnachtliche Lied der Lieder „Stille Nacht, heilige Nacht“. Im Jahr 1818 wurde es im kleinen Örtchen Oberndorf nahe Salzburg von dem Pfarrer Joseph Mohr geschrieben und vom Lehrer und Organisten Franz Xaver Gruber mit seiner weltberühmten eingängig-festlichen Melodie vertont. So schön das Lied auch ist, aber es wäre sicherlich dennoch wohl in Vergessenheit geraten, hätten nicht Zillertaler Sänger aus dem österreichischen Bundesland Tirol die „anmutige Weise“ entdeckt und in alle Welt getragen. Und auch ein großer Preußenkönig hat seinen Beitrag dazu geleistet, dass dieses wunderbare Lied auf der ganzen Welt bekannt wurde.

Die Geschichte über die Verbreitung dieses „Weihnachtsmits“ der über die Jahre zum weihnachtlichen Volkslied avancierte, ist eine kuriose und ebenso erstaunliche Geschichte. Viele Einzelheiten dazu erforschte einst ein Kaufmann aus dem nordöstlich von Innsbruck gelegenen Fügen: Josef Argus Rainer, auch „Stille-Nacht-Seppel“ genannt. Er starb Anfang der 70er Jahre, sein Sohn und die Enkelkinder pflegen bis heute sein Erbe. Im Fügener Heimatmuseum fanden in einer „Stille-Nacht-Stube“ die wertvollsten der von Argus-Rainer gesammelten Dokumente ihren Platz.

Weil die Orgel kaputt war

Der Sohn, der ebenfalls auf den Vornamen Josef hört, weiß zu berichten: „Mein Vater stammte ursprünglich aus dem Elsass, aber heiratete der Liebe wegen nach Fügen. Vorfahren meiner Mutter waren die berühmten Fügen-Sänger, die im 19. Jahrhundert überall in Europa



Viele verbinden bis heute das Lied „Stille Nacht“ mit einer winterlichen Idylle. Das tat auch Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV., als er das Lied erstmals hörte, sich in die Melodie verliebte und deren Schöpfer suchen ließ *Bilder: pixabay; Wikimedia (2)*

gastierten und sogar im fernen Amerika auftraten. Ein Forscher, der in den 20er Jahren in Fügen auftauchte, machte meinen Vater darauf aufmerksam, dass vieles in der Geschichte der weltweiten Verbreitung des Liedes ‚Stille Nacht, heilige Nacht‘, in der unsere Ahnen eine bedeutende Rolle spielten, noch ungeklärt war. Er begann daher selbst weiterzuforschen und kam von diesem Hobby einfach nie mehr wieder los!“

Der Pfarrer und der Organist von Oberndorf schufen wie gesagt 1818 das

Lied, weil die Orgel kaputt war und man „etwas zum Singen mit Gitarrenbegleitung“ für die Christmette am Heiligabend brauchte. Die notwendige Orgelreparatur führte der ebenfalls aus Fügen stammende Karl Mauracher durch. Ihm gefiel das neue Lied auf Anhieb – auch wenn es eher für die Gitarrenbegleitung komponiert worden war. Er schrieb sich den

Text auf, merkte sich die einprägsame Melodie und begeisterte kurz darauf zu Hause damit die Rainer-Sänger. Auch die nahmen wiederum kurzerhand

die wunderbare Weihnachtsweise in das Programm ihrer Konzertreisen auf und trugen so das Lied hinaus in die weite Welt. Zudem verkauften sie überall auf dem Erdenrund die entsprechenden Noten- und Textabdrucke nach ihren Konzerten an begeisterte Zuhörer. So wurde das Lied aus dem kleinen Oberndorf sehr bald jenseits der Grenzen von Deutschland und Österreich bekannt, wurde in England, Frankreich und vor allem aber in den USA gesungen, gefeiert und geliebt. Da die Rainers aber den Namen des eigentlichen Komponisten des Liedes nicht kannten, weil Mauracher ihn damals vergessen und daher nicht mitnotiert hatte, erschienen die

Notendrucke stets mit dem bloßen Vermerk „Komponist unbekannt“.

Königlicher Suchauftrag

Ein überaus gründlicher Preuße, König Friedrich Wilhelm IV., dem „Stille Nacht, heilige Nacht“ außerordentlich gut gefiel, gab sich mit dem ungenauen Hinweis nicht zufrieden. Daher ließ er in Wien umgehend nach dem Komponisten suchen und forschen. Dort war man wiederum erstaunt über die Suche des Preußenkönigs, da man weder die Melodie noch den Text wirklich kannte. Um dem preußischen Monarchen aber gefällig zu sein, „verdächtige“ man sehr bald von Mozart über Beethoven bis zu Haydn alle bedeutsamen österreichischen „Compositeure“ der Urheberschaft. Die Nachforschungen gelangten bis Salzburg, wo ein Stifts-Chorleiter eines Tages im Advent ein paar Chorbusen das Lied singen hörte. Einer der Sängerknaben hieß Franz Gruber und antwortete auf die Frage des regelrecht elektrisierten Chorinspektors, woher er das Lied kenne: „Das Liedl hat mei Vater g'schrieben ...“

Dem „Stille-Nacht-Seppel“ verdanken das Fügener Heimatmuseum unter anderem auch eine umfangreiche Sammlung an Übersetzungen der Weise. Josef Argus-Rainer korrespondierte mit Chorleitern, Missionaren und Lehrern in allen Erdteilen. Selbst Albert Schweitzer schickte ihm aus Lambarene im afrikanischen Gabun Übersetzungen in mehrere Eingeborenendialekte. Die Sammlung umfasst bis heute Versionen auf Hindi, Sudanesisch, Gälisch, Flämisches, Rätoromanisch, Neugriechisch, Chinesisch, Russisch, Irisch, Kisuaheli, Arabisch, Türkisch, Bengalisch und sogar auf Esperanto. „Stille Nacht, heilige Nacht“ ist damit wohl einer der ersten und größten Welthits überhaupt.

WEIHNACHTS-VERLOSUNGSAKTION

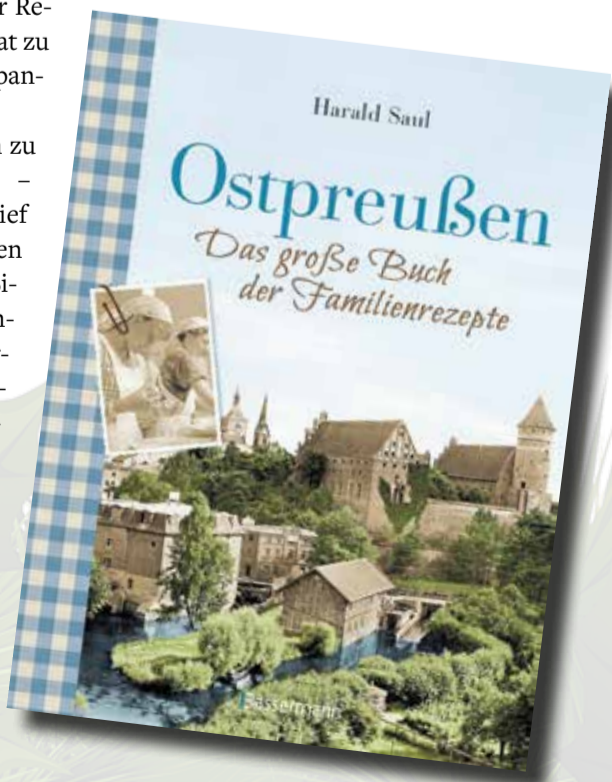
Gewinnen Sie ostpreußische Festtags-Leckereien

Schmeckt wie Heimat pur – unvergessene Rezepte mit großartigen Geschichten

Gewinnen Sie, liebe PAZ-Leserinnen und -Leser, eines von drei außergewöhnlichen Kochbüchern. Eine echte Rarität und ebenso ein Stück Heimat. „Ostpreußen – Das große Buch der Familienrezepte“. Auf über 200 Seiten sind hier Köstlichkeiten samt der Rezepte aller Art aus der Heimat zu finden, seltene Fotos und spannende Biographien.

Was Sie tun müssen, um zu gewinnen? Ganz einfach – schreiben Sie uns per Brief oder per E-Mail und nennen Sie uns Ihr liebstes ostpreußisches Weihnachtessen. Unter allen Einsendungen verlosen wir dann die wunderbaren Kochbücher und schicken Sie Ihnen nach Hause. Darum vergessen Sie bitte nicht, auch Ihren Absender anzugeben.

Schreiben Sie an: Preussische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Stichwort: Weihnachten, oder per E-Mail an: redaktion@preussische-allgemeine.de. Viel Glück!



QUELLE: Alle Rezepte aus den Büchern von Harald Saul, „Ostpreußen – Das große Buch der Familienrezepte“ sowie „Schlesien – das große Buch der Familienrezepte“; im Bassermann-Verlag, dem wir für die Unterstützung danken.

DIE OSTPREUSSISCHE FESTTAGS-SCHUSTERPASTETE

Wenn's mal so richtig lecker werden sollte, dann machte Mutter am Heiligabend mal etwas anderes als Gänsebraten, Wildbret oder die Heringsklassiker. Dann stand die Schusterpastete auf dem kulinarischen Weihnachtsprogramm. Ein bunter Mix aus allem, was die Küche Ostpreußens zu bieten hatte – deftig, kräftig, aber dennoch keine zu teure Angelegenheit. Und vor allem: Dieses Gericht war ein Leckerbissen, der bei Jung und Alt beliebt war. Dazu noch ein feines Sahnesößchen oder eine selbst gemachte Remoulade und fertig war der Festschmaus. Und das Beste daran: Das Essen ließ sich ideal vormittags schon zubereiten, sodass auch Mutter den Heiligabend nicht bis zur Bescherung in der Küche stehen musste, sondern etwas entspannter gemütlich mitfeiern konnte.

Zutaten:
750 g Kartoffeln gekocht
Bratfett oder Öl
1 Prise Salz
250 g Fleischreste, gegart

2 Zwiebeln
2 Salzheringe gewässert
250 g Sauerkraut oder Weißkraut
¼ l Saure Sahne
30 g Mehl
50 g Reibkäse
50 g Nüsse
Butterflöckchen

Und so wird's gemacht:

1. Kartoffeln in Salzwasser mit einem EL Kümmel 25 Minuten gar kochen, dann etwas ausdampfen lassen, pellen und in Scheiben schneiden.
2. Dann in reichlich Fett knusprig braten, leicht salzen und danach in eine gefettete feuerfeste Form schichtweise Bratkartoffeln mit in Würfel geschnittenem Fleisch, gehackten Zwiebeln, entgrätete und in Würfel geschnittene Heringe sowie gedünstetes Kraut geben.
3. Die letzte Schicht soll quasi als Deckel aus Kartoffeln bestehen.
4. Sahne mit Mehl verquirlen, salzen und über die Pastete gießen.
5. Reibkäse drüberstreuen, Butterflöckchen aufsetzen und Nüsse draufgeben.
6. Im auf 180 Grad Ober-/Unterhitze vorgeheizten Backofen etwa 40 Minuten backen lassen.



7. Wer mag, serviert zur Pastete eine klassische Remoulade oder eine Sahnesoße aus Zwiebeln, Wein und etwas Maizena zum Andicken. Mmh, guten Appetit wünscht Ihnen Ihre PAZ.



Deftig, kräftig und traditionell – die Schusterpastete ist eine Spezialität aus Ostpreußen. *Bild: A. Bastien*

● AUFGESCHNAPPT

Zwei der Angeklagten sind bereits in der Untersuchungshaft verstorben, die übrigen gehen auf ihr viertes Weihnachten hinter Gittern zu. Derweil entpuppt sich der Frankfurter „Reichsbürger“-Prozess gegen die Gruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß immer mehr als Farce. Trotz aller Bemühungen will es dem Generalbundesanwalt nicht gelingen, der Gruppe auch nur einen Hauch jener Gefährlichkeit nachzuweisen, derer sie bezichtigt wird. Hellsichtige verspotteten die Sache von Anfang an als „Rollator-Putsch“ und sollten Recht behalten. Abgesehen von aberwitzigen Mythen finden die Ankläger nichts in Telefonmitschnitten und Chats. Praktisch angestellt hat die Gruppe sowieso nichts. Angeblich sei es ihr auch nie um die Stürmung des Reichstags gegangen, sondern um die Befreiung missbrauchter Kinder aus einem unterirdischen Gefängnis bei Basel. Die Justiz hat sich festgefressen und läuft Gefahr, ihrerseits einem Phantasiegebilde hinterherzulaufen, statt sich der Wirklichkeit zu stellen. Damit macht sich der Staat lächerlich. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Mayer deutet in der „Welt“ (27. November) auf den Kern der deutschen Misere:

„Deutschland ist krank. Die Symptome sieht jeder: Politikversagen, Staatsversagen, gespaltene Gesellschaft, Erosion der Meinungsfreiheit, Niedergang der Wirtschaft. Doch um die Benennung des Grundes drücken sich alle herum: Die Deutschen haben den Liberalismus vergessen, der ihnen nach der Kriegskatastrophe das Wirtschaftswunder und die beste Gesellschaftsordnung brachte, die sie je hatten.“

Der Chef der Drogeriekette dm, Christoph Werner, unterstützt in der „Süddeutschen Zeitung“ (26. November) die Entscheidung des Verbandes der Familienunternehmer, die „Brandmauer“ zur AfD einzureißen:

„Statt permanent über andere Parteien zu sprechen, sollten sich die politischen Verantwortungsträger in der Tiefe mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger beschäftigen und Lösungen anbieten, die überzeugen und wirksam sind.“

Die scharf kritisierten finanziellen Umrübe von Kulturstaatsminister Wolfram Weimer vergleicht Jan Fleischhauer in „Focus“ (29. November) mit dem Zustand der Republik insgesamt:

„Diese Republik ist finanziell so unsolid, die verträgt auch einen Weimer. Verglichen mit den Potemkinschen Dörfern, die unser Finanzminister mit all seinen Schatten- und Nebenhaushalten errichtet hat, ist der Mann vom Tegernsee fast schon wieder ein Ausbund an Rechtschaffenheit.“

Ben Brechtken wundert sich bei „Apollo News“ (1. Dezember) über die kaum hörbaren Reaktionen des rechten Lagers auf den neuen Chef der AfD-Jugend, Jean-Pascal Hohm. Brechtken fordert, bei Hohm die gleichen Maßstäbe anzusetzen wie bei linken Politikern:

„Ist es der politischen Rechten wirklich egal – nachdem sie sich jahrelang über Ricarda Langs fehlende Qualifikation lustig machte und sich über Jette Nietzards Radikalität und Nähe zu Extremisten und Gewaltsymbolik empörte – dass mit Jean-Pascal Hohm jemand ohne Berufsabschluss, ohne Distanz zu Extremisten und mit Nähe zu gewaltaffiner Musik die AfD-Jugend anführt? Dann wäre sie genauso woke wie ihre linken Gegner. Die Wahl ist klar: Prinzipientreue oder Nibelungentreue.“

● WORT DER WOCHE

„Der Linksextremismus hat sich in Gießen mal wieder von seiner hässlichen Fratze gezeigt – scheinheilig, selbstgerecht, undemokratisch, menschenverachtend und gewalttätig.“

Thorsten Schleider, Vize-Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Berlin, auf X am 30. November

DER WOCHENRÜCKBLICK

Nicht lustig

Warum Bärbel Bas zu Recht empört ist, und was dem Durchschnittsdeutschen auffällt

VON HANS HECKEL

Es ist ja wohl selbstverständlich, dass Bärbel Bas diese Unverschämtheit nicht auf sich sitzen lässt. Beim Juso-Kongress hat die Bundesarbeitsministerin ihrer tiefen Empörung Luft gemacht über die Dreistigkeit der Arbeitgeber: Spätestens auf diesem Arbeitgebertag – „wenn nicht schon vorher!“ – sei ihr klar geworden, „gegen wen wir gemeinsam kämpfen müssen“, so die Sozialdemokratin unter dem Jubel der Nachwuchs-Sozialisten.

Sie haben das vielleicht mitgekriegt: Auf dem Arbeitgebertreffen wenige Tage zuvor hatte die Ministerin die anwesenden Unternehmer aufgeklärt, warum die „stabilen Renten“ für die arbeitenden Deutschen überhaupt kein Problem seien, denn: „Wir finanzieren diese Haltelinie aus Steuermitteln. Wir belasten damit die Beitragszahler nicht.“

Daraufhin konnte sich der Saal vor Lachen kaum halten. Was wollte Bas denn da sagen? Rentenbeitragszahler zahlen schließlich auch Steuern, also sind sie so oder so die Gerupften. Weiß die Ministerin das nicht? Das wäre dann wirklich zum Kichern.

Fand Bas aber gar nicht: „Ja, das mag für Sie lustig sein. Das ist aber überhaupt nicht lustig!“, blaffte sie die Versammlung sichtlich irritiert an. Und sie hat ja recht – aus ihrer sozialdemokratischen Sicht jedenfalls. Nach deren Überzeugung ist Steuergeld nämlich keineswegs Geld, das eigentlich dem arbeitenden, steuerzahlenden Volk gehört, und worüber der Staat nur als gewissenhafter Treuhänder verfügen darf. Nein, eigentlich steht alles Geld der Bürger dem Staat zu, und die Leute sollen jeden Cent, den man ihnen huldvollerweise lässt, voller Dankbarkeit als Geschenk des Staates an seine Bürger feiern.

Aus dieser Denke stammt auch das putzige Wort von den „Steuergeschenken“, das immer dann auftaucht, wenn aus Sicht der Sozialisten schlampigerweise zu viel Geld beim Bürger belassen worden ist. „Steuergeschenk“ hat etwas Anrüchiges – wie Korruption. Und genauso soll es auch klingen.

Dass die Arbeitgeber die Großzügigkeit des gütigen Staatskraken mit solcher Häme abgespeist haben, traf Genossin Bas daher ins Mark. Gegenüber den Jusos spie sie ihren ganzen Groll aus über die Arbeitgeber: „Da saßen sie, die Herren in ihren bequemen Sesseln, der eine oder andere im Maßanzug!“ Nicht nur waren es also in der Mehrzahl Män-

ner, die waren zudem noch zivilisiert angezogen! Zum feurigen Abscheu gegen Unternehmertum, Marktwirtschaft und Männer gesellte sich so noch der uralte rote Rochus auf das klassische Bürgertum und dessen Attribute wie den „Maßanzug“. Bas ließ uns tief in ihre dunkle Seele blicken. Dort bekamen wir Dinge zu sehen, die selbst auf dem „Müllhaufen der Geschichte“ noch hervorstechen wegen ihres außergewöhnlichen Gestanks.

Dabei sollten sich Bas und ihre Gesinnungsgenossen viel weniger vor den Maßanzügen fürchten als vor den gewöhnlichen Durchschnittsdeutschen in ihren Alltagsjacken. Und im Grunde wissen sie das auch, weshalb sie den Alltagsjacken-Michel gern vorsichtshalber mit Rente und so kaufen würden. Doch der ist misstrauisch geworden. Deshalb fallen ihm merkwürdige Veränderungen auf. So galt früher der arbeitende, steuerzahlende und rechtstreue Staatsbürger als Zentrum des Landes. Als geschätzte und umworbene Stütze der Gemeinschaft, weil jeder wusste, dass er es ist, der die Wirtschaft am Laufen und den Staat stabil hält.

Das hat sich drastisch verschoben, wie ein Beispiel zeigt: Vor wenigen Tagen hat das Bundesverfassungsgericht beschlossen, dass die Polizei nicht mehr in die Wohnung oder das Asylheimzimmer eines Asylsuchers eindringen darf, um dessen rechtmäßig beschlossene Abschiebung einzuleiten. Sie muss erst höflich anklopfen und den Ausreisepflichtigen fragen, ob sie hineindarf. Wenn der nicht will ... tja!

Nur ein „und“ trennt Täter und Opfer

So etwas liest der Durchschnittsdeutsche, während er sich erinnert, dass die Polizei das Haus eines rechtschaffenen Bürgers morgens um sechs gestürmt hat, weil der einen Witz über einen grünen Minister gemacht hatte. Und er entsinnt sich weiterer solcher Fälle, zuletzt bei dem bekannten Medienwissenschaftler Norbert Bolz. Keine Spur von Anklopfen. Und auch kein Bundesverfassungsgericht. Heißt: Ein Ausländer, der gegen das Asylrecht verstößt, indem er seiner Ausreisepflicht nicht nachkommt, genießt den Schutz der Wohnung – selbst wenn es sich um ein Asylheim handelt, dass der deutsche Steuerzahler bezahlt. Bei besagtem Steuerzahler dagegen pfeift man auf dessen Recht und stürmt einfach hinein in dessen Privatsphäre.

Szenenwechsel: In Gießen hat die Jugend der AfD einen neuen Verband gegründet, der-

weil Linksextremisten die Stadt mit roher Gewalt überzogen, um die Gründung brutal zu verhindern. Kanzler Merz gab sich betroffen von den Vorgängen und geißelte die heftige Auseinandersetzung zwischen „ganz links und ganz rechts“.

Wir mussten schlucken: Wen meint Merz denn mit „ganz rechts“? Die Polizei? Zwar wurde auch ein AfD-Politiker von den „ganz Linken“ angegriffen und verletzt, was schlimm genug ist. Dem standen aber 50 Polizeibeamte gegenüber, die von linken Gewalttätern verwundet wurden. Zudem: Die AfDler haben nur ihr Bürgerrecht auf Versammlungsfreiheit ausgeübt, die Linken wollten deren Recht brechen. Dabei haben linke Brutalos sogar Journalisten von „Welt“ und „Tichys Einblick“ attackiert, nur weil sie von den Extremisten als „rechts“ identifiziert wurden. Dass ausgerechnet der Kanzler dann Angreifer und Angegriffene mit einem bloßen „und“ nebeneinander stellt, als seien sie gleich zu beurteilen, erweckt den Eindruck, er folge bereits der Logik von Bürgerkriegsparteien in einem aufgelösten Staat.

Aber nein, das tut er natürlich nicht. Wir müssen die Klemme verstehen, in welcher der CDU-Chef steckt. Seine Regierung fördert mit teils hohen Summen Organisationen und Verlage, etwa über das Förderprogramm „Demokratie leben!“, die ganz offen mit der „Antifa“ sympathisieren oder sich sogar selbst als Teil dieser extremistischen Bewegung begreifen. Da kann Merz doch jetzt nicht so einfach Ross und Reiter nennen und sich damit selbst reinreiten.

Außerdem käme die „bürgerliche“ Unterscheidung in verfassungskonforme und verfassungsfeindliche Akteure in einer Koalition mit der heutigen SPD auch schlecht an, sobald die verfassungsfeindlichen als Linke zu erkennen sind. Da schwurbelt Friedrich Merz lieber um den heißen Brei herum

Aber ob es ihm nützt? Auf dem Juso-Kongress polterte die Landeschefin der SPD-Jugend in NRW, Nina Gaedike, gegen „irgendeine Scheiß-Union“ mit einem „komplett enthemmten Fritze Merz“ – und erhielt begeisterten Applaus von den Delegierten. Dass Merz und die Union das alles hinnehmen und angesichts von Gießen sogar ihre rechtsstaatliche Orientierung vermissen lassen, mag dem Koalitionsfrieden zuträglich sein. Der rechtschaffene Durchschnittsbürger dagegen könnte aus alledem Schlüsse ziehen, welche die Union „nicht lustig“ finden dürfte.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de